



Politische Berichte

Nummer 17/12. Jahrgang

16. August 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

Keine Hilfe für die Türkische Republik!

Der größte Widerstand in der Geschichte Kurdistans entwickelt sich

Die vom kolonialfaschistischen türkischen Staat am 3. August 1991 begonnenen Luft- und Bodenangriffe auf Südkurdistan gehen in unverminderter Stärke weiter. Die von Batman, Diyarbakir und Malatya-Erhac startenden F-4, F-104 und Phantomflugzeuge sowie Hubschrauber

dringen bis zu 40 Kilometer weit über die türkisch-irakische Staatsgrenze vor und bombardieren zivile Siedlungsgebiete. Über 40000 Mann Bodentruppen, bestehend aus Spezialmilitäreinheiten, „Dorfschützern“ und Spezialteams mit Panzern, sind nach Südkurdistan eingedrungen.

Während die ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) keinerlei Verluste erlitten und die türkische Armee an wichtigen strategischen Punkten zurückgeworfen hat, haben die gegen zivile Ziele gerichteten Luftangriffe der türkischen Kolonialisten sehr viele Menschenleben gefordert. Durch die Luftangriffe, vor allem auf die im Gebiet Xaxurke gelegenen Kupfermärkte und die Dörfer Firan, Nize, Serman, Zinekan und auf die Flüchtlingslager im Gebiet Desta Berazgir in der Nähe von Diyana, wurden Hunderte von Menschen massakriert, darunter auch Frauen und Kinder.

Dies ist auch nicht der erste Angriff auf Südkurdistan. Seit 1988, als sich unser bewaffneter Widerstand dort erst darauf vorbereitete, seine ersten Schritte zu unternehmen, bis heute wurden viele Male grenzüberschreitende Boden- und Luftangriffe und Militäroperationen durchgeführt. Der jetzige Angriff besitzt den früheren gegenüber einige Besonderheiten. Nach den getroffenen Vorbereitungen und den Erklärungen des kolonialfaschistischen Regimes will die Türkische Republik (TR) dieses Gebiet dauerhaft okkupieren. Schon jetzt hat sie einen fünf Kilometer breiten Streifen im Süden jenseits ihrer Staatsgrenzen zu einer „Sicherheitszone mit dem Ziel, die PKK aufzuhalten“, erklärt. Die ganze Welt weiß und die aktuellen Entwicklun-

gen in Kurdistan zeigen in eindeutiger Klarheit, daß unsere Volksbefreiungsarmee ARGK mit ihrer ganzen Stärke in Nordwestkurdistan verankert ist und dort kämpft. Die ARGK hat durch die große Unterstützung und Stärke unseres Volkes auf dem Land die kolonialistische Autorität dem Erdboden gleichgemacht und ihre eigene Autorität installiert. Indem sie nun ihre intensiven Aktivitäten auf die Stadtzentren richtet, hat sie die Herrschaft der TR in den Städten zu einem großen Teil lahmgelegt.

Diese gnadenlose Aggression der TR gegen Südkurdistan und seine dauerhafte Okkupation ist unter dem Aspekt internationaler Rechtsnormen nichts anderes als die Okkupation Zyperns 1974 oder der Einmarsch des Irak in Kuwait. Die Worte des türkischen Generalstabs in seiner Erklärung: „Unserer Meinung nach besteht die Legitimität der türkisch-irakischen Grenze nicht mehr“ zeigen offen die räuberische Aggressivität der TR. Die Imperialisten, die schon bei viel geringeren Anlässen im Namen des Rechts, der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der Freiheit in übertriebenes Geschrei ausbrechen, wenn es ihren Interessen entgegenkommt, finden nichts, was sie darin erschüttern könnte, dieser Aggression der TR Zustimmung und Unterstützung zu gewähren.

Das Volk Kurdistans ist entschlossen,

unter der Führung unserer Partei gegen jede Art imperialistischer und kolonialistischer Angriffe bis zum Schluß Widerstand zu leisten. Es darf auf keinen Fall vergessen werden, daß dieser Widerstand unseres Volkes ein Kampf der Menschlichkeit gegen die imperialistische Aggression ist, die die Zukunft der Menschheit bedroht, daß dies ein Widerstand ist, der die Interessen der gesamten Menschheit auf konkrete Weise vertritt. Wir rufen alle Revolutionäre, Demokraten und fortschrittlichen, vor allem die revolutionären-demokratischen Kräfte der Türkei, dazu auf, diesen bedeutsamen Widerstand zu unterstützen und Widerstand zu leisten gegen die Imperialisten und ihre verlängerten Arme, gegen die kolonialistischen und reaktionären Regimes und deren Kollaborateure, die die selbstbestimmte Zukunft der Menschheit bedrohen.

Die unter der Führung unserer Partei PKK sich entwickelnde Revolution Kurdistans wird auf noch stärkere und entschlossener Weise fortfahren, sich gegen die imperialistische Politik und ihre Pläne zu stellen. Der Brocken wird den türkischen Kolonialisten im Halse stecken bleiben.

Kurdistan wird, im Süden wie im Norden, zum Grab des Kolonialismus und des Imperialismus werden.

— (Kurdistan-Komitee)



Olle Kamellen mit neuen Sprüchen verkauft: Norbert Blüm, CDU-Sozialminister, wirbt in der *Süddeutschen Zeitung* (9.8., S. 22) für „Investivlohn und Ertragsbeteiligung“. Die alte „Vermögensbildung für Arbeitnehmer“: Im Endeffekt weniger Lohn, dafür mehr Einbindung ins „eigene“ Unternehmen. Und, wie Blüm selbst sagt, „Entspannung des Kapitalmarkts“ — (mke)

Neue Kampagne gegen Asylrecht

SPD leistet keinen Widerstand gegen den Regierungskurs

Brav aufgeschlabbert haben jetzt die Medien, was die Innenministerien durch fast tägliche Pressemitteilungen in den letzten Wochen als „dringendstes Problem“ dieser Gesellschaft offeriert haben. Schon im April hatte der baden-württembergische Innenminister Schlee die Marschrichtung für die Sommerkampagne entworfen. Die Innenminister der Länder seien sich bereits im Dezember '90 über die Asylrechtsänderung weitgehend einig gewesen. Man habe sich aber darauf geeinigt, die Grundgesetzänderung nicht über den Bundesrat, sondern über den Bundestag zu betreiben. Damit war die Notwendigkeit einer erneuten öffentlichen „Katastrophen-debatte“ klar, um die Volksvertreter, insbesondere von SPD und FDP, zu rechtzuklopfen und der Anhängerschaft dieser Parteien die Notwendigkeit von „Problemlösungen“ zu demonstrieren. Auch der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU hatte schon im April für den Sommer eine Initiative für die Grundgesetzänderung angekündigt (*Badische Neueste Nachrichten*, 16.4.91). Die wird jetzt von Kohl und Schäuble ergriffen. Und die SPD reagiert.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Däubler-Gmelin hat die Grundgesetzänderung abgelehnt, stattdessen vorgeschlagen, „Vorprüfungsausschüsse“ einzurichten, die die Flüchtlinge innerhalb weniger Tage in drei Kategorien einteilen sollten: 1) in die Kategorie der wirklich politisch Verfolgten, 2) in die Kategorie derjenigen, die unter die Genfer Konvention fielen, also keine indivi-

duelle Verfolgung nachweisen könnten, und 3) in die Kategorie der Zuwanderer. Diese sollten unverzüglich ausgewiesen und abgeschoben werden (*Frankfurter Rundschau*, 3.8.91). Gegen einen negativen Entscheid der Kommission solle es nur eine gerichtliche Instanz geben.

Innenminister Schäuble hat die Vorschläge der SPD zutreffend für mit Art. 16 Grundgesetz unvereinbar erklärt. Däubler-Gmelins Vorschlag beinhaltet die Beseitigung des Individualrechts auf Asyl, da irgendeine Kommission durch ihre Entscheidung Flüchtlingen den Zugang zum wirklichen Asylverfahren verweigern kann. Was SPD-Vertreter zur Vermeidung einer GG-Änderung vorschlagen, stellt tatsächlich die Beseitigung des Grundrechts dar, ohne Verfassungsänderung. Die SPD schlägt damit beim Asylrecht einen Weg ein, der schon bei der Frage des weltweiten Bundeswehreinsetzes praktiziert wurde: Sie propagiert und unterstützt die Loslösung des Regierungshandelns von Gesetz und Verfassung.

Schäuble hat die Signale der SPD aufgegriffen und erklärt, falls es mit der SPD zu keinem Konsens komme, werde die Regierung das Nötige notfalls ohne Grundgesetzänderung tun, „dann aber vermutlich vom Bundesverfassungsgericht „eines besseren belehrt“ werden“ (*FR*, 8.8.91). Aber das wird dann auch die SPD zur endgültigen Einsicht bringen, zumal der SPD-Vorsitzende Eng-holm sogar Quoten festlegen will, wieviele Flüchtlinge pro Jahr als „politisch verfolgt“ anerkannt werden. — (bab, uld)

Protest- und Solidaritätskundgebung mit Gefangenen in Frankfurt



Am Samstag, 10. August 1991, fand auf dem Römerberg umd im Römer eine Protest- und Solidaritätsaktion statt. Damit sollte auf die Zustände im Preungesheimer Knast aufmerksam und die Forderungen der sozialen und politischen Gefangenen in der Öffentlichkeit unterstützt werden. Die Haftbedingungen in

der JVA Preungesheim sind menschenunwürdig. Seit Monaten machen die Gefangenen der JVA I mit Lärmaktionen, Offenen Briefen an Medien und Organisationen, Unterschriftensammlungen und Strafanzeigen gegen die Anstaltsleitung darauf aufmerksam. — (Presserklärung der Preungesheim-Solidarität)

Tankstellen: Neuer Vorstoß gegen Ladenschluß

Der Mineralölwirtschaftsverband will bei der Regierung auf „eine Klarstellung im Ladenschlußgesetz“ drängen. Der Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs an Tankstellen-Supermärkten außerhalb der normalen Ladenöffnungszeiten solle erlaubt werden entsprechend der Regelung für Bahnhöfe und Flughäfen, wo in Städten mit mehr als 200000 Einwohnern von 6 bis 22 Uhr geöffnet sein darf. Die Mineralölkonzerne argumentieren, für viele Tankstellenpächter seien die „Nebengeschäfte“ längst Haupteinnahmequelle geworden. Große Tankstellen werden zu kleinen Supermärkten ausgebaut. — (alk)

Bund der Vertriebenen zu den Verhandlungen mit der CSFR

Im Namen der „Sudetendeutschen“ macht das Verbandsorgan *Deutscher Ostdienst* Druck auf die Verhandlungen der Bundesregierung mit der CSFR. Beim Thema Privatvermögen der Sudetendeutschen und der Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an zeige die Regierung der CSFR „historische Rechthaberei“. Die

Äußerung des Außenministers der CSFR, eine Rückgabe von Eigentum an die vertriebenen Sudetendeutschen käme in welcher Form auch immer nicht in Frage, veranlaßt den Bund der Vertriebenen zur drohenden Frage: „Soll so eine neue Nachbarschaft begründet werden?“ Im Fall eines von der CSFR erwogenen EG-Beitritt fordert der *Ostdienst* mehr als Niederlassungsfreiheit: „Es ist ein Unterschied, ob sich ein Egerländer wieder im Egerland niederläßt, oder ob sich ein Saarländer in der Toskana ein Ferienhaus kauft.“ — (alk)

Andenken an Widerstand bedroht

Der Bundesausschuß der VVN/Bund der Antifaschisten forderte auf einer Gedenktagung aus Anlaß des 20. Juli 1944 den Schutz der Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes und der Opfer des Nationalsozialismus: „Wir sind bestürzt, daß trotz aller offiziellen Erklärungen zur Bedeutung des Widerstandes das Andenken an diesen „besseren Teil der deutschen Geschichte“ bedroht ist. Besonders aus den neuen Bundesländern müssen wir täglich erfahren, daß durch Umbenennungen von Straßen, Schulen und Einrichtungen dieses

Andenken ausgelöscht werden soll. In diesem Klima entwickelt sich auch der unwürdige Umgang mit dem Gedenken an die faschistischen Konzentrationslager, wie das Beispiel der Gedenkstätte Ravensbrück in den letzten Wochen zeigte.“ — (nach UZ, 9.8.)

Mehr kommunale Sozialkosten Gewerbesteuer deckt sie knapp

Im ersten Quartal 1991 sind die sozialen Leistungen der Kommunen auf 8,5 Milliarden Mark gestiegen. Sie lagen damit um 638 Millionen Mark höher als im 1. Quartal 1990. Hochgerechnet auf das gesamte Jahr bedeutet dies einen Anstieg der Belastung der kommunalen Haushalte um 2,5 Milliarden auf rund 34 Milliarden Mark. Diese Rechnung machte die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU bekannt. Ihr Vorsitzender, Horst Waffenschmidt, kommentierte die Zahlen mit einer ungewohnten Argumentation: Wenn die Sozialhilfekosten, v.a. die für die 2 Mio. Pflegebedürftigen, weiter stiegen, wären die Städte gezwungen, die Gewerbesteuer zu erhöhen; im ersten Vierteljahr 1991 betrugen die Gewerbesteuererinnahmen 8,6 Milliarden Mark, die Sozialkosten bereits 8,5 Milliarden Mark. — (baf)

Reichsgerichtsurteil gegen Carl v. Ossietzky bleibt bestehen

Das Reichsgerichtsverfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse gegen den ehemaligen Chefredakteur der *Weltbühne* Carl v. Ossietzky wird nicht wieder aufgenommen. Die Berliner Justiz teilte mit, daß das Kammergericht den Antrag der Tochter Ossietzkys, das Strafverfahren vom November 1931 wiederaufzunehmen, als unzulässig zurückgewiesen hat. Die Tochter habe in ihrer Darstellung nicht ausreichend belegen können, daß die im *Weltbühne*-Artikel beschriebenen Vorgänge nicht die „Sicherheit des Reichs“ gefährdet hätten. Damit verurteilt ein bundesrepublikanisches Gericht erneut die antimilitaristischen Bestrebungen, die durch die Artikel in der *Weltbühne* verfochten wurden, die sich gegen die militärische Restauration und gegen den Bruch des Versailler Vertrages richteten. In dem maßgeblichen Artikel war enthüllt worden, daß es bei der staatlich subventionierten Zivilluftfahrt eine geheime Abteilung „M“ gibt, in der entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages Kampfflugzeuge entwickelt und erprobt wurden. Das Urteil lautete: 18 Monate Gefängnis. — (hao)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Waffengleichheit?

Ludwig Zachert, Chef des Bundeskriminalamts (BKA), hat am 4.8. die geplanten Gesetze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität als unzureichend kritisiert. Insbesondere seien sog. V-Leute (verdeckte Ermittler) gegenüber den normalen Kriminellen benachteiligt, weil sie keine Gesetze verletzen dürfen und sich demnach nicht „milieugerecht“ verhalten können. Außerdem würden sie auf Verlangen der Rechtsanwälte, die oftmals in Wirklichkeit Kollaborateure der Verbrecher seien, vor Gericht gezwungen, ihre Identität preiszugeben. Und: die Kronzeugenregelung solle („bewährt“) verlängert werden.

Rechtsstaat interessiert nicht

Kinkel drängt: Die erhofften spektakulären Verfahren gegen „SED-Verbrecher“ bleiben aus, die Gerichte zögern und äußern vielerlei rechtsstaatliche Bedenken. Das Kabinett beschloß vor rund vierzehn Tagen auf Drängen seines Justizministers Prämien für solche, die sich als Opfer melden. Die Berliner Justiz „arbeitet Daten früherer DDR-Häftlinge auf“, damit auch endlich die entsprechenden Anträge auf Haftenschädigung kommen und man darüber zur Täterverfolgung kommt. Jetzt besteht noch das Hemmnis westdeutsche Gerichte: Gehen sie rechtsstaatlich vor, kann eine Verfolgung meist schon wegen Verjährung nicht stattfinden. Also fordert Kinkel jetzt die Gerichte zu rechtswidrigem Handel auf: Der Gesetzgeber könne zwar keine Aufhebung der Verjährung beschließen, „doch habe er großer Vertrauen in die Justiz“. Schließlich hat Kinkel bei der Verfolgung grobe Eingriffe in die Unabhängigkeit der Anwaltschaft vorgesehen: Wer früher Richter in der DDR war, dürfe nicht einfach Anwalt werden, entsprechende Überprüfungen wie für Richter und Staatsanwälte müßten auch für Rechtsanwälte sein.

Forderungen von Pro Asyl

Am 21. Juni war das Arbeitsförderungs-gesetz so geändert worden, daß das vor zehn Jahren eingeführte Erwerbsarbeitsverbot für Asylwerberinnen und -bewerber entfällt. Sie werden aber zu deutschen und vielen anderen ausländischen Arbeitssuchenden nachrangig vermittelt. Herbert Leuninger, Sprecher der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl forderte die Abschaffung der übrigen Abschreckungsmaßnahmen wie Lagerunterbringung, Beschränkung der Freizügigkeit, Gemeinschaftsverpflegung, Gutscheine statt Geld und Kürzung der Sozialhilfe.

Deutsches Volkstum

Laut Spiegel (12.8., S. 16) heißt es in einem Entwurf der Koalitionsfraktionen CDU, CSU und FDP zur Reform des Bundesvertriebenengesetzes, „die bloße Abstammung“ solle künftig zur Aufnahme von Aussiedlern nicht mehr ausrei-

chen. Zusätzlich müsse das „Bewußtsein deutscher Volkszugehörigkeit“ bei den Kindern durch die „Vermittlung der deutschen Sprache als Muttersprache“ entwickelt worden sein. Das Bundesverwaltungsamt in Köln habe schon in mehreren Fällen diese Änderung „vorweggenommen“. Es wurde einigen Familien kein Recht auf Einwanderung gewährt, da die Antragstellenden untereinander nicht deutsch sprächen. Ein Antragsteller in Rastatt bekam zu hören, seinen Kindern fehle die „erforderliche Prägung im deutschen Volkstum“.

Unter UNO-Flagge

Seit Montag, 6. August, ist ein Transportflugzeug der Bundeswehr sowie 31 Mann unterwegs zum Einsatz im Irak. Das Transportflugzeug wurde ebenso wie drei Hubschrauber laut Verteidigungsministerium weiß lackiert und mit dem Schriftzug UNO versehen. Die Hubschrauber würden auf Abruf warten. Die Zahl der Soldaten, die an der Irak-Mission beteiligt sind, betrage insgesamt 48, sie trügen allerdings keine Uniform und seien als Zivilisten dort. Obwohl der Einsatz, auch unter UNO-Flagge, vom Bundestag nicht beschlossen ist, handelt die Regierung und schafft Fakten. (Südd. Ztg., 6.8.)

Hermes-Kredite

Seit dem Frühjahr dieses Jahres gab es für Handelsgeschäfte mit Jugoslawien keine Hermes-Bürgschaften mehr. Am 9.8. verkündete ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums in Bonn, daß Geschäfte deutscher Unternehmen mit Kroatien und Slowenien wieder durch solche Kreditbürgschaften gesichert werden. Finanzminister Waigel kündigte zusätzlich an, man prüfe derzeit, ob weitere Formen der Unterstützung für Kroatien und Slowenien in Betracht kämen.

Lohnfortzahlung bei Krankheit

Arbeitgeberpräsident Murrmann hat sich erneut über einen ihm zu hoch erscheinenden Krankenstand in den Betrieben geäußert. Was bei den ersten Anläufen mißlang, glückte jetzt: Er hat in der Politik Resonanz gefunden. Bundestagsvizepräsident Cronenberg von der FDP fordert „Anreize gegen das Krankfeiern“. Durch „geringfügige Lohnabstriche in den ersten Tagen der Krankheit“, die bei längerer Krankheit zurückgezahlt würden, solle dem „Mißbrauch von Krankmeldungen“ vorgebeugt werden. Cronenberg fordert eine Kommission des Bundestages, die Maßnahmen dagegen ausarbeiten soll.

Was kommt demnächst?

Am 14. August trifft sich das Bundeskabinett. Vermutliche Tagesordnung u.a. Asylrecht. In der ersten Septemberwoche soll auf der Kabinettsitzung ein Gesetzentwurf über die Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes vorliegen. Vom 10.—17. September Atlantik-Manöver North-Star der Nato

Pioniergewinne durch DDR-Annexion

Versicherung bereiten Eroberung weiterer Ex-RGW-Länder vor

Kaum eine Branche hat den Anschluß der DDR zu solcher Expansion nutzen können wie die Versicherungen. Um 30 % sind die Neuabschlüsse 1990 gegenüber 1989 gestiegen. Die Geschäftsausweitung hält an. Dabei haben die größten Versicherungen ihre Positionen noch mal ausbauen können, die Monopolisierung schreitet voran.

Noch vor der „Währungsunion“ vom 1.7.1990 hatte sich die Allianz München die komplette Staatliche Versicherung einverleibt, bis dahin einzige Versicherung in der DDR mit 12000 Beschäftigten im Innen- und Außendienst. (vgl. Kasten) Damit hatte sich die Allianz eine einzigartige Ausgangsposition und Zugriff auf sechs Millionen DDR-Bürger bzw. -Familien verschafft, die sie auch nutzte. Die übrigen Versicherungsgesellschaften, die diesen Coup zwar attackierten, aber nicht verhindern konnten, fielen mit Startschuß am 1.7.1990 mit Heerscharen von Werbern flächendeckend über die DDR her.

370 westdeutsche Versicherungen, davon 107 Lebensversicherungen, sind im Mai 1991 in der ehemaligen DDR registriert. Jetzt nach einem Jahr ist festzustellen, daß die Branchenriesen am erfolgreichsten waren: Die Allianz, die im Westen einen Marktanteil von etwa 15 % besitzt, hat sich in der ehemaligen DDR geschätzte 40 % gesichert. Die Hamburg-Mannheimer, in der alten BRD auf

Platz zwei mit 5—6 %, kommt im Osten auf 15 % Anteil. Obwohl das Ostgeschäft nur im zweiten Halbjahr in die Geschäftsberichte der Versicherungen für 1990 eingehen konnte, schlägt es sich bereits mit einem Plus von 30 % bei den Neuabschlüssen der gesamten Branche nieder. Die Spanne reicht hier von 10 % Zuwachs bis zu 90 % Steigerung im Neugeschäft gegenüber 1989.

Die Eroberung der DDR wird als siegreicher Feldzug gesehen, in den Vorstandsetagen trifft man immer häufiger auf militärisches Vokabular. So schwärmt H. Laux in der *Versicherungswirtschaft* — Zentralorgan der westdeutschen Versicherungen — über die „Pionieraufgaben der Männer und Frauen der ersten Stunde“ und darüber, daß „die Kerntruppe natürlich aus dem Westen stammte“. Die „Pionieraufgabe“ bestand bekanntlich darin, möglichst schnell und möglichst viel der ca. 100 Milliarden DM Spargelder der DDR-Bürger (nach der „Währungsunion“) in die Kassen der westdeutschen Versicherungskonzerne zu schleusen und sich über langfristige Verträge den Zugriff auf die noch fließenden Lohnzahlungen in der DDR zu sichern. Über Erfolg oder Mißerfolg bei dieser Aufgabe entschieden Schnelligkeit, zahlenmäßige Stärke (= Kapitalkraft) und Skrupellosigkeit. Die *Börsen-Zeitung* beschreibt die Ausgangssituation an-

hand des Beispiels Deutscher Ring (DR), einer mittelgroßen Versicherung, die mit über 50 % an der Werberorganisation OVB („Objektive Vermögensberatung“) beteiligt ist. Diese wiederum ist für ihr rüdes Vorgehen bekannt:

„Unter der Stabführung ihres Vorsitzenden Grutusch hatten die Vorstände des Deutschen Ring im Jahre 1990 eine dramatische Entscheidung zu fällen: Mit der OVB in einer als einmalig angesehenen Situation schnell Geschäft im Osten aufzubauen oder — wie manche anderen Versicherer — langsam vorzugehen und damit die Chance zu vergeben, sich auf Anhieb einen wesentlich höheren Marktanteil zu sichern als im Westen. Beim Ring entschied man sich für die Investition in die Zukunft und den Aufbruch gen Osten. Die OVB unterhält inzwischen ein Heer von 10000 Werbern und ein Netz von 200 Büros im Osten. Bis heute hat die Ring-Gruppe 450000 Verträge im Osten abgeschlossen (und erreicht bereits für 1990 gegenüber 1989 ein Plus von 90 %, d. Verf.). Eine Expansion solchen Ausmaßes hat keiner der Lebensversicherer, die bisher ihren Geschäftsbericht für 1990 vorgelegt haben, erreicht.“

Während der DDR-Markt unter den Versicherungen inzwischen aufgeteilt ist, wird die Eroberung weiterer ehemaliger RGW-Länder vorbereitet. Die Branche frohlockt über die Möglichkeiten, die sich für die Versicherungen in Ungarn, der Tschechoslowakei, in Polen und der Sowjetunion auftun, seit das Staatsmonopol aufgehoben wurde. Kontakte zu den staatlichen Versicherungen werden geknüpft, erste Beteiligungen erworben. In Ungarn sind u.a. die Allianz, die Colonia und die Erste Allgemeine vertreten. In der Sowjetunion (in „Rußland“, wie es in der *Versicherungswirtschaft* heißt) sind mehrere Gesellschaften unter BRD-Beteiligung gegründet worden: Die Colonia will sich mit 25 bis 40 % an der Rossija — einer neugegründeten Versicherungs-Aktiengesellschaft — beteiligen und hat bereits ein Mitglied im Aufsichtsrat. Die Allianz hat eine Schlüsselstellung besetzt, indem sie mit der Stadt Moskau eine Ausbildungsgesellschaft „Ost-West-Allianz“ mit dem Ziel gegründet hat, ein Versicherungsunternehmen aufzubauen. Hieran ist die Allianz mit 95 % beteiligt.

Die Alte Leipziger Versicherung und die Staatliche Versicherungs-Anstalt der „Republik Litauen“ haben die erste litauisch-deutsche Versicherung mit Sitz in Vilnius gegründet. Die Alte Leipziger betrachtet die Gründung „als Begleitung der Firmenkunden aus den neuen Bundesländern in deren angestammten Märkten in Osteuropa“. Gedacht sei an eine Geschäftsausweitung nach Estland und Lettland.

Quellen: Versicherungswirtschaft; Börsen-Zeitung; FAZ; verschiedene Ausgaben — (res)

Allianz kassiert 7,5 Milliarden Mark

„Handstreichartig, schneller und konsequenter als jede andere Branche hat die bundesdeutsche Finanzwirtschaft den größten Teil ihrer ‚Schwesterbranche‘ in der DDR übernommen.“ So kommentierte die *Süddeutsche Zeitung* die Übernahme der Staatlichen Versicherung durch die Allianz sowie der Staatsbank durch die Deutsche Bank/Dresdner Bank bereits im Juni 1990.

Die Allianz hat für 270 Mio. DM die Staatliche Versicherung der DDR erhalten. Dieser ohnehin lächerliche „Preis“ wurde nicht an die DDR gezahlt, sondern an die neugegründete DVAG, floß also innerhalb des Konzerns von der Mutter zur Tochter. Die Allianz erhält Milliarden von Versicherungsguthaben geschenkt, kann diese zu höheren Zinsen anlegen, ohne sie an die Altkunden weiterzugeben zu müssen, Gewinnabführungen an den Staat entfallen.

Zweiter Teil des Coups ist die Klausel, daß Rentenfälle oder Schäden, die vor dem 1.7.1990 eingetreten sind, „im Namen und auf Rechnung des Staates abgewickelt werden“. Für 1991 wird der Staatshaushalt 476 Mio. DM aufbringen müssen, 1992 300 Mio. DM, in der Summe 6 Mil-

liarden DM in 20 Jahren.

Teil 3 wurde jetzt im Juli „überraschend“ präsentiert: Die DVAG besitzt alte Wohnungsbauobligationen, deren Tilgung laut Einigungsvertrag der Bundeshaushalt aufzubringen hat. 1,5 Milliarden DM müssen an die Allianz gezahlt werden. Macht zusammen 7,5 Milliarden DM Bares.



Ostberlin, 23. März 1991

Öffentlicher Dienstherr plant Spaltung

Tarifgemeinschaft will Vordienstzeiten nur für das Pflegepersonal anerkennen

Trotz der Vereinbarung über die Aufnahme von Tarifverhandlungen über die Anerkennung der Vordienstzeiten für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der ehemaligen DDR

finden weitere Protestaktionen statt. Neben dem Pflegepersonal beteiligen sich zunehmend auch Beschäftigte aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

So demonstrierten nur wenige Tage nach dem „Spitzengespräch“ zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der ÖTV erneut Beschäftigte der Ostberliner Charité und forderten die Anhebung ihrer Einkommen auf 100 %; und in der letzten Woche demonstrierten in Brandenburg auch Beschäftigte aus Kindertagesstätten und der Feuerwehr für Gleichbehandlung.

Obwohl sich im Pflegebereich die Situation zuspitzt, konnte sich die TdL auf einem Treffen am 7.8. nicht zu Sofortmaßnahmen durchringen. Es wurde lediglich der 11. September als Verhandlungstermin bestätigt. Per Beschluß wurde den Mitgliedsländern sogar untersagt, Alleingänge bei der Anrechnung von Vordienstzeiten zu unternehmen. Dies hatten z.B. der Berliner Senat und die Thüringer Landesregierung angekündigt.

Bestätigt hat sich auch, daß die TdL nur für das Pflegepersonal zur Aufnahme von Tarifverhandlungen bereit ist. Und hier wiederum nur für die Anerkennung der Vordienstzeiten, nicht jedoch über die Anhebung der Einkommen von

60 auf 100 Prozent. Hier zeichnet sich eine Spaltungslinie ab, die die TdL offensichtlich ganz bewußt legt. Es ist nämlich insbesondere das Pflegepersonal, das vollen Westlohn fordert. Werden dem Pflegepersonal nun die Vordienstzeiten angerechnet, so erhalten sie zwar einiges mehr an Geld, aber eben nur 60 %, und damit wird die Abwanderungsbewegung nicht zum Stillstand kommen. Und dies wiederum wäre der Beweis, daß es nicht am Geld liegt, die anderen Bereiche also ruhig bis zum Auslaufen des Tarifvertrages warten können. Hier wird die ÖTV, die die Anerkennung der Vordienstzeiten für alle Beschäftigtengruppen fordert, „Standhaftigkeit“ zeigen müssen.

Dies wird um so nötiger sein, als die Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst damit in eine „Vorreiterrolle“ gerät. Denn zunehmend lauter wird Kritik an den abgeschlossenen Tarifverträgen für die Beschäftigten in der ehemaligen DDR geäußert. So hat jüngst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium „schwerwiegendes Versagen der Tarifautonomie“

festgestellt. Die Tarifparteien hätten sich über die Notwendigkeit einer marktgerechten Lohndifferenzierung nach Berufsgruppen und regionalen Erfordernissen hinweggesetzt. Die „führenden deutschen Nationalökonom“ treten für eine „vorübergehende Aussetzung der im Westen üblichen Arbeitsmarktordnung“ ein. Wanderungen von Arbeitskräften von Ost nach West seien nicht unerwünscht, da sie dem Mangel im Westen entgegenwirken und damit dem Lohnauftrieb. Der Staat solle vorläufig auf Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen verzichten. Den Kapitalisten soll ermöglicht werden, durch nachträglichen Austritt aus einem Arbeitgeberverband Tarifverträge zu unterlaufen. In all diesen Punkten folgt der Wissenschaftliche Beirat den Vorschlägen der Deregulierungskommission. Und die Kapitalisten fordern bereits öffentlich, daß die tariflich vereinbarten Stufenanpassungen ausgesetzt werden müßten.

Quellenhinweis: Berliner Landespressedienste, Das Parlament v. 2.8., Der Tagesspiegel v. 7.10. u. 11.8. — (har)

Fast Ausnahme: Normalarbeitszeit

1993 soll auch das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen fallen

Inzwischen ist ein Richtlinienentwurf der EG zur Arbeitszeit ausgearbeitet, der u.a. Regelungen zur Nachtarbeit enthält. Danach soll das in der BRD bislang geltende Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen entfallen: eine Begrenzung der täglichen Nachtarbeitszeit auf acht Stunden ist vorgesehen, wobei innerhalb eines Ausgleichszeitraumes von 14 Tagen Überschreitungen möglich sein sollen. Nach Presseberichten soll auch eine Regelung enthalten sein, nach der ein Arbeitnehmer Anspruch auf einen Wechsel in Tagschicht hat, wenn ihm die Nachtarbeit nachweisbar gesundheitliche Schwierigkeiten bereitet.

Das Bundesarbeitsministerium rühmt sich, den Sonntag „grundsätzlich als wöchentlichen Ruhetag“ in der EG-Richtlinie durchgesetzt zu haben. Die Bundesregierung werde bis Jahresende eine Anpassung der bisherigen Arbeitsschutzvorschriften an die EG-Richtlinien in die Wege leiten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung des Arbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen. In einer bundesweit durchgeführten Umfrage zur Arbeitszeit wurde festgestellt: — Regelmäßige Samstagsarbeit müssen 57,4 Prozent der Beschäftigten machen. Bezogen auf die Betriebe machen 69

Prozent der Groß- und 57,4 Prozent der Kleinbetriebe Samstagsarbeit.

— In jedem fünften Betrieb (21,5 Prozent) wird sonntags gearbeitet. Dabei ist Sonntagsarbeit in Großbetrieben mit 44,2 Prozent doppelt so häufig wie in Kleinbetrieben (21,7 Prozent).

— Überstunden sind in mehr als einem Viertel der Betriebe (28,6 Prozent) die Regel.

Das Bundesarbeitsministerium hat ebenfalls Zahlen über die Entwicklung der Sonntagsarbeit vorgelegt. Danach mußten 1989 insgesamt 4,4 Millionen von 24,7 Millionen abhängig Beschäftigten in der BRD sonn- oder feiertags regelmäßig oder gelegentlich arbeiten, davon rund die Hälfte regelmäßig. Gegenüber 1975 hat der Anteil damit von 16,4 Prozent auf 17,8 Prozent aller Beschäftigten zugenommen (Männer 19,7 Prozent, Frauen 15 Prozent).

Für die Gewerkschaften wird die Auseinandersetzung um Grenzen für die Nachtarbeit nicht einfach werden. In der DDR existierte kein Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen, eine Kampagne, die sich darauf beschränken würde, stößt dort wegen Angst vor Entlassungen von Frauen auf großes Unverständnis.

Südd. Ztg., 8.8.; FAZ, 1.8.; Kölner Stadt-Anzeiger, 13.8. — (alk)

„Die Verteidigung wird gehindert, zugunsten ihrer Mandanten einzugreifen“

Aus der Pressekonferenz von Rechtsanwälten der politischen Gefangenen vom 5. August in Bonn

Rechtsanwältin A. Brenneke-Eggers

1. Gegen etwa 25 politische Gefangene hat die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, § 129a StGB, eingeleitet: der Tatbestand soll durch ein angebliches illegales Informationssystem erfüllt sein. Die Medien der letzten Wochen und Monate waren voll davon. Aus Papieren, die bei den Gefangenen sichergestellt wurden und die Bestandteil des Ermittlungsverfahrens sind, wurde öffentlich zitiert, und aus diesen aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten wurden haltlose Schlussfolgerungen gezogen: „Steuerung der Aktionen der RAF aus dem Gefängnis heraus“, „Anwälte als Nahtstellen zur Kommandoebene der RAF“ usw.

1) Dazu möchte ich als erstes feststellen, daß es kein Informationssystem der Gefangenen gibt. Die Gefangenen wären froh, wenn es eines geben würde. Während des Hungerstreiks 1989 haben die Gefangenen mit der Regierung über die Schaffung eines Kommunikationsprojekts geredet. Das war, als deutlich wurde, daß die von den Gefangenen geforderte Zusammenlegung in einer oder zwei großen Gruppen nicht durchgesetzt werden würde. Als Kompromiß haben die Gefangenen die Zusammenlegung in vier kleineren Gruppen und die Institutionalisierung eines Kommunikationsprojekts unter allen politischen Gefangenen gefordert. Die Evangelische Kirche Deutschlands hatte sich bereit erklärt, den organisatorischen Rahmen dafür zu stellen. Die Gespräche hierüber gingen auch nach dem Ende des Hungerstreiks weiter, und erst etwa ein Jahr später lehnte die Regierung gegenüber der EKD ihre Zustimmung zu diesem Projekt ab.

2) Dies Kommunikationsprojekt war eine Kompromißforderung. Die Zusammenlegung in große Gruppen ist weiterhin die Forderung und das Ziel der Gefangenen. Der schriftliche Austausch kann die Zusammenlegung nicht ersetzen.

Die Notwendigkeit der Zusammenlegung ergibt sich aus der Geschichte der Haftbedingungen, d. h. vor allem aus der langen Zeit der Isolation, der die Gefangenen unterworfen waren, und aus den Folgen, die die Isolation für sie hat. Keiner und keine der politischen Gefangenen ist noch gesund.

Für die Geschichte der Haftbedingungen steht meine Mandantin Irmgard Möller. Sie ist jetzt länger als 19 Jahre im Gefängnis: etwa 7 Jahre davon verbrachte sie in zumeist vollständiger Einzelisolation, etwa 9 Jahre in Kleingruppenisolation bei einer Gruppengröße von 3–5 Gefangenen. Erst seit etwa 2 1/2 Jahren kann sie beim Hofgang mit weiteren Gefangenen zusammenkommen. Von den Folgen der Isolation ist Bernd Röbner besonders hart getroffen. Er ist seit mehr als 16 Jahren im Gefängnis und durch die langjährige Isolation und andere isolierende Maßnahmen so krank geworden, daß die Gefangenschaft für ihn eine tägliche Qual bedeutet. Ich weiß es, weil ich ihn als Anwältin besuche.

Die Folgen der Isolation können unter den Bedingungen der Teilnormalisierung der Haftbedingungen, die jetzt für die meisten der politischen Gefangenen gilt, nicht überwunden werden. Soweit das überhaupt im Gefängnis möglich ist, geht es nur, wenn die Gefangenen in großen Gruppen zusammen sind, wo Austausch und Gespräch mit vielen möglich ist. Nur in großen Gruppen können sie die spezifische Erfahrung der Isolation verarbeiten. Die Teilnormalisierung bringt dafür nichts. Ihr Zweck liegt auch nur darin, den Gefangenen die Begründung für die Zusammenlegungsforderung aus der Hand zu schlagen.

Die andere Seite der Zusammenlegung ist, daß sie den Gefangenen die kollektive politische Diskussion ermöglicht. Als politische Gefangene wollen sie diese Diskussion, auch um als Gruppe an der ganzen politischen Diskussion und Auseinandersetzung der Linken teilnehmen zu können.

3) Wir Anwälte arbeiten dafür, daß die Zusammenlegung der Gefangenen erreicht wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Gefangenen politisch präsent sein. Es gehört zu unseren notwendigen und legitimen Aufgaben, das

zu ermöglichen. Ich erinnere zum Beispiel an das Interview mit Helmut Pohl in der *Frankfurter Rundschau* vom 2. 7. 91 und die gleichzeitig veröffentlichten Erklärungen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar. Dafür ist natürlich eine Verständigung unter den Gefangenen nötig gewesen. Sie herzustellen, gehört zu den selbstverständlichen Aufgaben der Verteidigung. Das ist nur eine Beispiel für die notwendige Verständigung unter den Gefangenen, die nur durch ihre Anwälte hergestellt werden kann. Hinzuzufügen ist, daß so überhaupt nur das Allernotwendigste, und nicht einmal das, an Verständigung möglich ist.

Im Hungerstreik '89 wurde damit politisch umgegangen. Ausdruck davon sind die Verhandlungen über das Kommunikationsprojekt, das die EKD tragen wollte. Die Kampagne jetzt soll die Rekriminalisierung der Verständigung unter den Gefangenen und ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit vorantreiben. Alles, was die Gefangenen aus ihrer Vereinzelung heraus versuchen, wird kriminalisiert. So wurde zum Beispiel eine Erklärung von Adelheid Schulz, die in einer legal herausgegebenen linken Zeitung erschien, zur Begründung für die Zeldurchsuchungen im März 1991 herangezogen. In dem Durchsuchungsbeschuß heißt es dann, diese Erklärung werde in Untergrundkreisen verbreitet und deute auf die Signalisierung neuer Anschläge hin. Das zielt auch gegen diese Zeitung. Auf der gleichen Linie liegt die Verfolgung des Informationsblatts der Angehörigen, das ein Forum auch für die Gefangenen ist. Jede Artikulation der Gefangenen soll verhindert werden.

4) Es geht bei der Kampagne gegen die Gefangenen nicht um die Verhinderung von Straftaten, nicht um „Zellensteuerung“ oder „Nahtstellen zur RAF“. Vielmehr geht es darum, den politischen Faktor, den die Gefangenen darstellen, zu beseitigen. Ein politischer Faktor sind sie schon dadurch, daß es sie als politischen Zusammenhang seit 20 Jahren gibt und weil sie für eine 20jährige politische Geschichte stehen. Um das auszulöschen, soll der Zusammenhang der Gefangenen zerstört und sollen die Gefangenen aufgerieben werden — um auch an dieser Stelle, nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, die Geschichte zu bereinigen.

II. 1) Jetzt zu den „Beweisen“ in dem Ermittlungsverfahren wegen des angeblichen illegalen Informationssystems, den viel zitierten „7000 Seiten“, die in den Zellen der Gefangenen sichergestellt worden seien. In den Medien wird der Eindruck erweckt, als hätten diese 7000 Seiten allesamt einen unerlaubten Inhalt oder seien einen illegalen Weg gegangen. Es war sogar schon von „7000 ... Zetteln mit verschlüsselten Informationen“ die Rede.

Tatsächlich besagt die Menge der sichergestellten Papiere nichts über ihre Qualität. Allein bei den drei Gefangenen in Aichach sind bei der Razzia im März 1990 wohl an die 6000 Blatt Papier mitgenommen worden. 5000 davon waren zensierte Post, also Briefe und Postkarten, die durch die Zensur des Gefängnisses gegangen sind. Bei dieser Razzia wurden die Zellen von 25 Gefangenen durchsucht, und auch bei anderen Gefangenen wurden die Postordner mitgenommen. Auf 7000 Seiten zu kommen, ist also absolut kein Problem; genauso gut hätten es 20000 sein können. Wir kennen das genauso von Hausdurchsuchungen bei politischen Menschen draußen, wo sichergestellte Papiere kartonweise abtransportiert werden; ein Jahr später wird dann regelmäßig fast alles zurückgegeben.

Die sichergestellten Papiere bestehen also ganz überwiegend aus zensierter Post, darunter bei meiner Mandantin Brigitte Mohnhaupt zum Beispiel 108 Seiten Briefe ihrer Mutter, die schließlich sogar vom Bundesgerichtshof beschlagnahmt wurden. Bei meiner Mandantin Irmgard Möller — um noch ein Beispiel zu sagen — wurden mitgenommen: ein grobes Inhaltsverzeichnis ihrer Aktenordner, z. B. mit Zeitungsausschnitten, die sich im Laufe ihrer 19jährigen Haftzeit angesammelt haben, ein Auszug aus dem Katalog der Gefängnisbibliothek und eine Bücherliste. Der Beschlagnahmeantrag der Bundesanwaltschaft wird damit begründet, daß diese Listen eine systematische Auswertung

von Literatur usw. über den bewaffneten Kampf darstellen können und sich aus ihnen deshalb weiterführende Aufschlüsse über „die Strukturen des illegalen Informationssystems“ ergeben könnten. Viele der Zitate aus sichergestellten Papieren, die in der Presse erschienen sind, stammen übrigens aus Zetteln, die Manuela Happe und Eva Hauke sich über Verstecke im Gefängnis zugeschoben haben, als sie beide in Stammheim saßen, ohne sich je sehen zu können. Das ist das natürlichste Verhalten von Gefangenen überall.

Dies zur groben Charakterisierung der „7000 Seiten“, auf denen die angeblichen Erkenntnisse über „Zellensteuerung“ und „Anwälte als Nahtstellen“ usw. beruhen sollen. In Wirklichkeit glaubt niemand, daß es solche Erkenntnisse gibt, und insbesondere der Staatsschutz weiß, daß daran nichts ist. Das ist auch immer wieder von dem einen oder anderen Staatsschutzbeamten oder Politiker ausgesprochen worden, zuletzt besonders deutlich vom Präsidenten des Bundeskriminalamts Zachert zur „Zellensteuerung“ (SZ, 19. 7. 91) und vom Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten Lochte ebenfalls zur „Zellensteuerung“ und zum „illegalen Informationssystem“ (taz, 25. 7. 91).

2) Trotzdem werden diese Geschichten immer wiederholt und in den Medien hochgespielt, um im Schatten dieser Propaganda die Bedingungen der Gefangenen überall zu verschärfen mit dem Ziel, das ich oben schon genannt habe: sie als politischen Faktor auszulöschen. — Deshalb sollen die Gefangenen wieder stärker isoliert werden. Die Kleingruppen sollen zerschlagen werden, was die Situation der Gefangenen insgesamt weit hinter den Stand vor dem Hungerstreik '89 zurückdrehen würde; zwei dieser Kleingruppen bestehen seit etwa zehn Jahren, und eine dritte gab es bis 1989 in Berlin. Die Trennung der Kleingruppe in Nordrhein-Westfalen soll schon beschlossene Sache sein und nur die Durchführung noch aufgeschoben sein. Die Postzensur ist schon an vielen Stellen verschärft worden; Broschüren, Fotokopien, Abschriften dürfen viele Gefangene nicht mehr erhalten.

— Die Anwälte sollen bei den Gefangenen ausgeschlossen werden, um jede staatlich nicht kontrollierte Artikulation der Gefangenen zu verhindern. Die Anwälte sind der einzige Schutz der Gefangenen in ihrer Situation — trotz aller Einschränkungen, denen die Verteidigung der politischen Gefangenen und denen die Anwälte selbst unterliegen, nicht zuletzt durch die Verfolgung, der sie selbst ausgesetzt sind. Die Anwälte sind die einzigen, mit denen die Gefangenen unüberwacht sprechen können. Das ist auch wichtig für den ganzen privaten Bereich; besonders in Phasen, wo die physischen und psychischen Folgen der Isolation akut werden, und solche Phasen kennt so gut wie jeder und jede Gefangene.

— In diesen Zusammenhang gehört auch, daß es Journalisten nicht erlaubt wird, selbst mit den Gefangenen zu sprechen. Das Interview mit der *Frankfurter Rundschau* am 2. 7. war die absolute Ausnahme.

Außerdem zielt die Propaganda auf Verwirrung und Mystifikation, um die Zusammenlegungsforderung, die breite Unterstützung hat, zu diskreditieren und um zu versuchen, die Gefangenen von der übrigen Linken zu isolieren.

III. In der Kampagne gegen die Gefangenen werden die Medien mit geheimdienstlichen Methoden eingesetzt. Zum Beispiel werden bestimmte Informationen — Briefe, Aktenvermerke und eben die Zitate aus den sichergestellten Papieren — in die Medien lanciert und genauere Recherchen dann abgeblockt: Es habe sich um eine Indiskredition gehandelt, zu der man nicht Stellung nehmen könne, denn es gehe um eine geheime Verschlusssache, denn die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen usw. Die Information ist plazierte, und eine journalistische Nachprüfung wird verhindert.

Angriffe, die in dieser Form in der Presse geführt werden, können von den Betroffenen kaum jemals abgewehrt werden, selbst wenn man davon absieht, daß zeitweise jede Woche oder jeden Tag neue „Informationen“ und „Erkenntnisse“ bekannt gemacht werden. Die Hintergründe und näheren Umstände bleiben im Dunkeln; soweit die Informationen aus den Ermittlungsakten

stammen, wird dies auch dadurch bewirkt, daß den Anwälten der Betroffenen die Akteneinsicht verweigert wird.

Der geheimdienstliche Charakter der Pressekampagne gegen die Gefangenen ist für jeden ohne weiteres erkennbar, der die Berichterstattung verfolgt. Das ist so offensichtlich, daß schon versucht wird, es herunterzuspielen. So Lochte in seinem taz-Interview vom 25. 7., wo er die ganze Kampagne auf gutgläubige Fehlinterpretationen der Bundesanwaltschaft und auf die Unwissenheit und Aufgeregtheit der Journalisten zurückführen will. Das ist lächerlich.

Aufschlußreich für diese Kampagne ist vielmehr, daß die Innenministerkonferenz am 3. 5. 91 zur „Terrorismusbekämpfung“ eine „weitere Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinschaft von Bund und Ländern“ beschlossen und hierfür Grundsätze aufgestellt hat sowie die „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ ins Leben gerufen hat, in der das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Generalbundesanwalt und die Länder als ständige Mitglieder zusammenarbeiten — unter Verstoß insbesondere gegen den Grundsatz der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, der wegen der Erfahrungen mit der Gestapo des Nazi-Deutschland aufgestellt wurde. Zu den Bekämpfungsmaßnahmen gehört auch die „ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung“. Eine ausdrücklich genannte Zielgruppe sind in dem Beschluß der Innenministerkonferenz die politischen Gefangenen.

Rechtsanwalt Andreas Groß

Seit Anfang Juni diesen Jahres sind Anwältinnen und Anwälte von politischen Gefangenen einer massiven politischen Verfolgung ausgesetzt. Momentaner Höhepunkt in dieser Entwicklung war die Durchsuchung meiner Person, Wohnung und Kanzleiräume, wenige Tage nach einem Anwaltsbesuch bei meiner Mandantin Adelheid Schulz.

Die aktuelle Kampagne begann, indem der Staatsschutz Meldungen an die Öffentlichkeit lancierte, wonach Anwälte der RAF als Kuriere dienen und die Nahtstelle zu der Kommandoebene bilden. Im *Spiegel* vom 10. 6. und 17. 6. 91 wurden in diesem Zusammenhang vier Anwältinnen namentlich angegriffen, teilweise unter Veröffentlichung ihrer Fotos. Später stellte sich heraus, daß diesen Meldungen jegliche Grundlage fehlte. Die Bundesanwaltschaft (BAW) mußte die entsprechenden Berichte dementieren. Dies geschah mit vierzehntägiger Verspätung, nachdem gegen *Die Welt* und den *Spiegel* einstweilige Verfügungen erwirkt wurden.

In den Gefängnissen werden seit Anfang Juli Gefangene gezielt nach Verteidigerbesuchen bei völligem Entkleiden körperlich durchsucht. Gleichzeitig werden ihre Verteidigungsunterlagen eingesehen und diese ohne Angabe von Gründen an die BAW weitergegeben.

So liest z. B. die BAW als Anklagebehörde jedes Wort der Verteidigungsstrategie für die laufenden Strafverfahren aufgrund der sogenannten Kronzeugenaussagen gegen 5 unserer MandantInnen mit. Das gleiche gilt für das laufende Ermittlungsverfahren wegen eines angeblich illegalen Info-Systems.

Dieses Vorgehen stellt einen unverblühten, rechtswidrigen Zugriff auf den Kernbereich von Verteidigung, dem vertraulichen und unkontrollierten Mandatsverhältnis, dar.

Zu dem, was sich nach meinem Anwaltsbesuch bei Adelheid Schulz am 10. 7. 91 ereignet hat, schreibt Frau Schulz:

„Nachdem Andreas gegangen war ... saß ich auf dem Tisch an der Trennscheibe, meine sämtlichen Sachen lagen daneben auf einem Stuhl in einem Beutel, den sich eine sofort gegriffen hat, als sie zu dritt da reinkamen. Ich mußte in den Warteraum daneben und mich vollkommen ausziehen, nicht mal das letzte bißchen Rest Menschenwürde gilt hier, selbst vor der blutigen Monatsbinde haben sie nicht halt gemacht, sie mußten sie unbedingt haben, dann die Unterhose

wieder vor mich hingeschmissen ...“

Zwei Tage nach meinem Besuch bei Adelheid Schulz, am 12. Juli, begann gegen 8.40 Uhr der Überfall von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt auf meine Wohnung und meine Kanzlei.

Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB wegen des Verdachtes der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen mich eingeleitet sei.

Die Interpretation der bei Adelheid Schulz entwendeten Unterlagen, wonach eine kurz bevorstehende Befreiungsaktion unter meiner Beteiligung geplant sei, hat ihren Zweck erfüllt:

1. Das Vorgehen hatte den Anschein von Legitimität, und

2. der schwere Eingriff in den gesetzlich geschützten Bereich zwischen Mandantin und Verteidiger wurde als solcher von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Wenige Tage später war von einer angeblich geplanten Befreiungsaktion keine Rede mehr.

Die Kriminalisierung der Anwältinnen und Anwälte richtet sich gezielt gegen die engagierte Verteidigung der politischen Gefangenen.

Die hiervon betroffenen AnwältInnen haben sich öffentlich und z. T. seit Jahren gegen die Isolationshaft und für die Zusammenlegung eingesetzt.

— So z. B. der Kollege Johannes Pausch, der im letzten Hungerstreik Gespräche mit den Justizbehörden über die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung geführt hat.

Ich selbst habe in den letzten Monaten intensiv dafür gearbeitet, daß das jüngst in der *Frankfurter Rundschau* erschienene Interview mit meinem Mandanten Helmut Pohl, trotz der eigentlich unakzeptablen, ein Interview verunmöglichtenden Bedingungen, doch noch zustande kam.

Mit Antrag vom 18. 7. 91 betreibt nun die BAW vor dem Bundesgerichtshof meine Ausschließung als Verteidiger der von mir vertretenen Gefangenen.

Gleichzeitig beantragte die BAW die Anordnung des sofortigen Ruhs meiner Rechte als deren Verteidiger, bis über den Ausschließungsantrag entschieden sei.

Mit meinem Ausschuß als Verteidiger von Helmut Pohl und Adelheid Schulz sollen diese Gefangenen mundtot gemacht werden. Das Recht auf die freie Wahl eines Anwalts des Vertrauens kann dort, wo dem Anwalt Beteiligung an der politischen Straftat seiner Mandantin unterstellt wird, bei niedrigster Verdachtsstufe aufgehoben werden.

Für die Gefangenen bedeutet der Ausschuß ihrer Vertrauensanwälte eine weitere Verschärfung ihrer Sonderhaftbedingungen mit dem Resultat, daß ihre Verteidigung materiell zerschlagen wird und eine Vertiefung ihrer Isolation eintritt. Nach mehr als 20 Jahren Isolations- und Sonderhaftbedingungen ist ein Durchbrechen der Isolation notwendiger denn je. Die Verteidigung hat unter diesen Bedingungen die Aufgabe, durch sachliche Information und Aufklärung zur Entmystifizierung der Gefangenen beizutragen. Wer die Bedingungen kennt, unter denen die Gefangenen leben und um ihre Identität als politische Subjekte kämpfen, dem wird der Zynismus nicht verborgen bleiben, der sich hinter den durch nichts zu belegenden Behauptungen verbirgt, wonach Anschläge und Aktionen aus den Gefängnissen heraus von den Gefangenen geplant und bestimmt werden.

Die von den Gefangenen geforderte Kommunikation untereinander sowie die politische Diskussion mit gesellschaftlichen Gruppen — das sind minimale Menschenrechte, deren Verweigerung Kennzeichen autoritärer Gesellschaften ist.

Aus meinem Eintreten für die Rechte der Gefangenen konstruiert die BAW mit Hilfe der Wunderwaffe des § 129a einen gegen mich gerichteten Verdacht.

Dies allein reicht bereits aus, um durch die gezielte Desinformation der Öffentlichkeit die Vernichtung meiner sozialen und ökonomischen Existenz zu betreiben.

Das ist politische Verfolgung.

Wie sollen Anwältinnen und Anwälte in der Situation von Verfolgung, Kriminalisierung und drohender Existenzvernichtung ihre Aufgabe, die Rechte ihrer Mandanten zu verteidigen, überhaupt noch erfüllen?

Internationale Umschau



Mit einem drei Meter hohen Stahlgitterzaun, errichtet aus den Rollbahnplatten für mobile Militärflugzeuge, versuchen die USA, die zwangsläufige Folge ihrer Wirtschaftspolitik zu bekämpfen. Der Zaun wird an der Grenze zwischen den USA und Mexiko in der Gegend von San Diego errichtet und erhält dieses Jahr eine Länge von 11 km. Er soll den Norden gegen den Süden schützen, sprich die mexikanischen Opfer des imperialistischen Weltmarktes, vom Land vertriebene Bauern und Landarbeiter, Jugendliche ohne Zukunft, daran hindern, in der Hoffnung auf Arbeit und Brot illegal in die USA einzuwandern. Allein bei San Diego hat der US-Staat in gerade sechs Monaten 250 000 illegale Einwanderer aufgegriffen und nach Mexiko zurückverschoben. Dabei hat die Grenzpolizei eine unbekannte Zahl beim Versuch, die Grenze zu überschreiten, erschossen. — (sc)

PAC fordert die Fortsetzung der Sanktionen

Die azanische Befreiungsorganisation Pan Africanist Congress hat neuerlich gegen die Aufhebung der Sanktionen gegen Südafrika protestiert. Der PAC bekräftigte, daß es keine grundlegende Änderung gegeben habe und auch nicht geben wird, solange in Azania die Landfrage nicht gelöst und das Land nicht neu verteilt wird (die europäischen Siedler, 13 % der Bevölkerung, haben sich 87 % des Landes angeeignet). Er wies darauf hin, daß das Siedlerregime seit vielen Jahren versucht, die azanische Bevölkerung gewaltsam zu dezimieren. Täglich kommen 15 Afrikaner durch die Gewalt des Apartheid-Regimes zu Tode. Der PAC warnte Investoren, daß ihre Investitionen bis zur Beendigung der Herrschaft der Minderheit nicht sicher seien. — (sc)

Inkatha stellt sich gegen Patriotische Front

In diesen Tagen soll in Cape Town eine gemeinsame Konferenz azanischer patriotischer Kräfte stattfinden, so hatten ANC und PAC bei ihrem Treffen im April in Harare beschlossen. Dazu sollte der PAC vereinbarungsgemäß die Haltung von Inkatha klären und diese Organisation gegebenenfalls einladen. Inzwischen jedoch hat Inkatha sowohl die Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung als „Zusammenrottung von PAC und ANC gegen Weiße“ angegriffen wie auch die Bildung einer Patriotischen Front als „Politik von vor zehn Jahren“ abgelehnt. — (sc)

Israel: Zusammenhang von Kolonialismus und Raubbau

Immer deutlicher schälen sich die sogenannten Wunder der Wüstenkultivation, von denen über Jahrzehnte die Hetze von der Überlegenheit Israels über die arabischen Völker lebte, als gewaltiges ökologisches und brisantes politisches Problem heraus. Der gesamte Nahe Osten leidet infolge langer Dürre an Wasserknappheit; seine Wasserreserven haben sich um über 40 % verringert. Einer der Hauptgründe dafür ist neben der Dürre der steigende Wasserverbrauch Israels, das mit großem Abstand Hauptverbraucher ist. 70 % seines Wasserverbrauchs dienen der Bewässerung seiner Landwirtschaft. Hinzu kommt, daß die Zuwanderung aus der SU den israelischen Wasserverbrauch um jährlich 800 Mio. Kubikmeter anwachsen läßt. Eine US-Studie geht davon aus, daß Israel seine -- und nicht nur seine! -- Ressourcen um 15 bis 20 % über das hinaus ausbeutet, was von der Natur nachkommt. Einen Großteil seines Wasserbedarfs raubt das Siedlerregime aus den besetzten Gebieten auf der Westbank, den Golan-Höhen und im Südlibanon. Die ergiebigen Grundwasservorräte der Westbanks z. B. werden bis zu 80 % der palästinensischen Bevölkerung und ihrer Landwirtschaft entzogen. Die israelischen Siedler erhalten für ihre landwirtschaftliche Exportproduktion einen subventionierten Wasserpreis, die Palästinenser zahlen doppelt teuer. — (sc)

Nato-Eingreiftruppe an der türkischen-irakischen Grenze

Bush traf bei seinem zweitägigen Türkei-Besuch Anfang August Vereinbarungen über die Stationierung der Nato-Eingreiftruppen in Nordwestkurdistan und über ein Waffenpaket für die Türkische Republik. Die türkische Regierung und Bush haben jedoch weder eine zahlenmäßige Obergrenze festgelegt, noch, wie lange die Truppen dort bleiben sollen, da noch nicht klar sei „wieviele Kräfte und wie lange sie für die neue Weltordnung notwendig“ seien, wie türkische Politikerkreise erklärten. Das zunächst veröffentlichte Datum, der 30. September, stelle nur eine vorläufige Grenze dar. Das Dekret der türkischen Regierung erlaubt beliebige Verlängerung der Stationierung. Es soll auch über Wasserprojekte und wirtschaftliche Fragen geredet worden sein. Der stellvertretende Sprecher des türkischen Außenministeriums erklärte, im Rahmen eines Modernisierungsprogramms erhalte die türkische Armee 160 F-16 und eine Million Dollar für die „ökonomischen Verluste der Dörfer in Silopi“ (dem Gebiet, in dem die Eingreiftruppe stationiert ist). Seinen Erklärungen zufolge soll die aus US-amerikanischen und französischen Flugzeugen bestehende Lufttruppe in Incirlik stationiert werden. Sie soll aus einem Gesamtpersonal von 2500 Soldaten bestehen, und sie steht unter dem Oberbefehl des US-amerikanischen General Jameson. Die Landstreitkräfte werden in Silopi stationiert. Sie sollen aus 2500 Soldaten der türkischen, französischen, englischen, US-amerikanischen, holländischen und italienischen Armee bestehen. Die Türkische Republik ist mit 1150 Soldaten daran beteiligt, stellt also fast die Hälfte der Streitkräfte. Die Stationierung der ausländischen Truppen hat bereits begonnen, die der Lufttruppen ist fast abgeschlossen. Ihr Aufmarsch fiel zusammen mit dem Beginn der Aggressionen der türkischen Armee gegen den kurdischen Befreiungskampf und gegen die Zivilbevölkerung im Nordirak. Die Eingreiftruppe kann nach der Vereinbarung der beteiligten Nato-Staaten mit der türkischen Regierung auch andere und noch weitgehendere Aufgaben, als im Nato-Vertrag vorgesehen sind, durchführen. Für erneute Angriffe gegen den Irak jetzt von der Türkei aus muß lediglich die Zustimmung der türkischen Regierung eingeholt werden. — (uld)

Südkorea stellt Antrag auf UNO-Mitgliedschaft

Der UN-Sicherheitsrat hat einstimmig beschlossen, Nord- und Südkorea, die bisher als Beobachter in der UNO vertreten sind, nach derselben Formel aufzunehmen, die 1971 für die DDR und die BRD gewählt wurde. Die südkoreanische Regierung stellte sofort einen Antrag auf Vollmitgliedschaft. Bisher hatte Nordkorea die Zustimmung zu einer solchen Formulierung verweigert und hatte dabei die Unterstützung der UdSSR und der VR China. Anfang des Jahres kündigte Südkorea an, es werde den Antrag auf alleinige Mitgliedschaft stellen. Unter dem Druck der vermutlichen Aufnahme gab Nordkorea nach und billigte die vorgeschlagene Formel. Die Aufnahme beider Staaten wird voraussichtlich auf der Vollversammlung im September vollzogen. — (uld)



Philippinen. Der Kampf der philippinischen Volksbefreiungsarmee (NPA) und der Kommunistischen Partei der Philippinen für soziale Befreiung dauert an. Die Befreiungsarmee hat eine neue Offensive gegen die Regierung Aquino angekündigt, die seit ihrer Machtübernahme in einem „totalen Krieg“ versucht, die Befreiungsbewegung, die vor allem Süden und Osten der Inselgruppe operiert, zu vernichten. Ziel der jetzigen Offensive soll die Befestigung der befreiten Gebiete und die vollständige Befreiung einiger Inseln sein. Die NPA-Führung erklärte, die Widerstandskräfte hätten sich nach anfänglichen Verlusten nach dem Sturz des Marcos-Regimes stabilisiert und im letzten Jahr über tausend Kämpfer dazugewonnen. — (uld)

De Klerk bildet Regierung um

Rassisten versuchen, die Macht zu stabilisieren

In Reaktion auf die öffentlichen Erklärungen einiger Minister seiner Regierung, sie hätten der Zulu-Organisation Inkatha und der von ihr gegründeten Gewerkschaften aus Geheimfonds insgesamt 1,75 Millionen Rand zukommen lassen, hat der südafrikanische Rassistenpräsident De Klerk seine Regierung umgebildet.

Ab 30. August soll das Verteidigungsressort nicht von Magnus Malan, sondern von Roelof Meyer, das Innen- und Polizeiresort nicht mehr von Adriaan Vlok, sondern von Hermanus Kriel geleitet werden. Malan und Vlok verbleiben aber in der Regierung. Malan als Minister für Wasser- und Forstwirtschaft und Vlok als Minister für das Gefängniswesen. De Klerks Außenminister Roelof Botha, der auf internationalen Pressekonferenzen der Welt mitgeteilt hatte, er habe Inkatha ebenfalls rund 250 000 Rand aus dem Etat des Außenministeriums zukommen lassen, behält seinen Posten.

Damit erweist sich die Regierungsumbildung als blanke Kosmetik. General Malan bleibt als Militär in der Regierung und als Regierungsmitglied im Nationalen Sicherheitsrat, der trotz der Aufhebung des Kriegsrechts in den meisten Provinzen Südafrikas nach wie vor die existiert und die wichtigen Regierungsentscheidungen begutachten und für gut befinden muß. Das gleiche gilt für

Adriaan Vlok, der als Unterdrücker der Aufstandsbewegung insbesondere 1986 eine blutige Spur hinterlassen hat. Unter seiner Aufsicht wurde die Anwendung der Gesetzesbestimmungen über die „gemeinsame Absicht“ in Anwendung gegen Demonstranten gebracht, über 20 Leute sind aufgrund dieser Bestimmung zum Tode verurteilt worden. Ihre Todesurteile sind in langjährige, zum großen Teil in lebenslange Haftstrafen verwandelt worden. Diesen Verurteilten gegenüber hat Vlok bisher die Anwendung der Amnestiebestimmungen verweigert. Als Minister für das Gefängniswesen wird er die Mißhandlung der Gefangenen weiter beaufsichtigen können.

Ebenfalls ist mit der Regierungsumbildung nicht geklärt, ob die Zahlungen an Inkatha, die zu einem erheblichen Teil die Auseinandersetzungen in den Townships befördert und verursacht haben, die in den letzten Monaten viele Tote gekostet haben, nun eingestellt werden. Allen Forderungen nach Rücktritt trat de Klerk mit der Feststellung entgegen, seine Regierung — die lediglich von der weißen Minderheit gewählt worden ist, weil alle anderen von der Wahl ausgeschlossen sind — sei demokratisch gewählt und also legitimiert, über das Land zu bestimmen.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung v. 31.7. und 1./2.8.91 — (uld)

Streikbewegung in der Türkei

Schwierige und langwierige Kämpfe für mehr Lohn

Am 23. Juli wurde nach sieben Monaten Verhandlungsdauer der Tarifvertrag für die 600 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im öffentlichen Dienst zwischen der offiziellen Gewerkschaft Türk İş und der Regierung geschlossen. Die Arbeiter fühlen sich von der Türk İş verkauft. Es wurde eine Lohnerhöhung von 30 Prozent vereinbart, die offizielle Inflationsrate beträgt jedoch schon 60 Prozent. Während der vorhergegangenen Demonstrationen protestierten die Arbeiter auch gegen die türkische Regierung, forderten ihren Rücktritt und bezeichneten Özal in ihren Parolen und auf den Transparenten als amerikanische Marionette.

Während der Tarifverhandlungen für die 600 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen von Istanbul und vom Staatsmonopolbetrieb Ufa führten die Arbeiterinnen und Arbeiter kollektive Besuchsaktionen durch und riefen Parolen wie: „Wir kommen, die Werktätigen kommen, die Herrscher gehen“ und: „Wir sind Arbeiter, wir sind stark, wir werden siegen!“

Nach kollektiven Besuchsaktionen und der Blockade einer Hauptstraße in Istanbul der Eisenbahn- und der Hafenarbeiter in Istanbul wurden die Gewerkschaftsführer des Eisenbahnergewerks

schaft Mahmut Kiliç und Kasim Gerday verhaftet.

Nach zwei Monaten Streik ohne Ergebnis haben 60 der 500 Arbeiter der Brotfabrik in Istanbul einen Hungerstreik begonnen, an den sich jeden Tag ein weiterer Arbeiter anschließen wird.

Am 24. Juli demonstrierten 300 Arbeiter für die Wiedereinstellung von 57 entlassenen Kollegen des Lederbetriebes Derkon in Kauliçeşme. Schon seit 18 Tagen dauerte damals ein Sitzstreik mit dem gleichen Ziel. Die Gewerkschaft Deri-İş erklärte daraufhin, daß sie bei den Tarifverhandlungen am 25. Juli die Wiedereinstellung dieser 57 Kollegen fordern wollte. Die Arbeiter sind entschlossen, ihre Aktion fortzuführen, bis ihre Kollegen wieder eingestellt werden.

Seit vier Monaten wird bei der Teppichfabrik Hasel Hali in Istanbul gestreikt. Der Streik begann damals mit 400 Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Gewerkschaft Öz İplik İşi will jetzt zu einem schnellen Abschluß kommen, auch wenn dieser weit unter den Arbeitsforderungen liegt, was von den Streikenden stark kritisiert wird, die ihren Streik bis zu einem akzeptablen Ergebnis weiterführen wollen.

Aus: Kurdistan-Rundbrief Nr. 17/91 — (uld)

Erneut Protest gegen Bischof

Schweiz: Haas will Einfluß von rechter Sekte ausbauen

Nachdem es einige Zeit ziemlich ruhig um den umstrittenen Bischof Wolfgang Haas geworden war, hat es jetzt erneut Proteste gegeben, der gegen breiten öffentlichen Widerstand — auch des Klerus — vom Papst zum Bischof der Diözese Chur ernannt worden war. Haas ist der „Glaubensgemeinschaft“ Opus Dei zuzurechnen, einer rechtsradikalen Sekte mit nicht zu unterschätzendem Einfluß auf den Vatikan, der Kontakte zu verschiedenen internationalen faschistischen Gruppierungen nachgesagt werden.

Haas versucht jetzt offensichtlich, Sektenglieder von Opus Dei in einflußreiche kirchliche Positionen zu hieven, um seine Machtposition auszubauen, und den Einfluß der Sekte auf Schweizer Kirchenangelegenheiten zu stärken. So hat Haas Ende Juli angekündigt, er wolle den Priester Peter Rutz zum neuen Leiter des Priesterseminars St. Luzi in Chur ernennen. Rutz ist nicht nur Mitglied bei Opus Dei, er übt dort eine Führungsposition aus, sitzt er doch in der Regionalleitung der Sekte, die deren Tätigkeiten landesweit leitet.

Zwar hat nach der Ankündigung von Haas, Rutz zum Leiter des Priesterseminars zu machen, ein Sprecher des Opus Dei mitgeteilt, Rutz werde diese Funktion mit seinem Amtsantritt im Churer Seminar verlieren; dabei dürfte es sich um eine taktische Maßnahme der rechtsradikalen Katholiken handeln, um die — vermutlich schon erwarteten — Wogen der Empörung zu glätten.

Tatsache ist, daß damit der Einfluß der Opus-Dei-Sekte nicht nur auf die katholische Kirche in der Schweiz weiter wachsen wird. Schon seit einiger Zeit ist übrigens ebenfalls ein Mitglied von Opus Dei, Joseph Bonnemaim, Offizial des Bistums Chur.

Gegen diese Personalentscheidung des rechten Bischofs haben die Dekane des Kantons Zürich protestiert. In einer von ihnen veröffentlichten Erklärung wird auf das putschartige Vorgehen bei der Ernennung hingewiesen, es sei unbillig, daß in einem diözesanen Priesterseminar ein Ordensmitglied oder ein Mitglied einer nicht diözesanen Gemeinschaft als Leiter eingesetzt werde. Außerdem sei es „befremdend“, wenn im Zusammenhang mit der Ernennung des neuen Leiters der bisherige Rektor des Seminars zum „Studienberater“ degradiert werde. — (jüg)

Prekäre Lage in Jugoslawien

Die „Internationalisierung“ der Krise erstickt die Möglichkeiten der friedlichen Lösung

Kurz nachdem die zur „Vermittlung“ angereisten EG-Außenminister Belgrad ohne Ergebnis verlassen hatten, einigten sich das jugoslawische Staatspräsidium und die am Konflikt Beteiligten auf einen Waffenstillstand, der von der Redaktionsschluss weitgehend eingeleitet worden ist. Obwohl die Lage äußerst prekär ist, ist die weitere Eskalation nicht zwangsläufig. Welche Faktoren drängen auf Krieg, welche auf eine friedliche Lösung der jugoslawischen Krise?

Genschers Schuldzuweisung — einige Tatsachen

Bundesaußenminister Genscher hatte nach der Rückkehr seiner Amtskollegen umgehend Serbien für das Scheitern des Waffenstillstandes verantwortlich gemacht und Wirtschaftssanktionen sowie die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens angedroht. Tatsächlich hatte Serbien die EG-Forderung, alle Republiken Jugoslawiens und der Bund sollten einen Waffenstillstandsplan unterzeichnen, mit dem Hinweis beantwortet, es sei nicht zuständig, zuständig seien die beiden Konfliktparteien Kroatien und die serbische Minderheit in Kroatien. Dies aber hatte die kroatische Regierung zurückgewiesen, die die Autonomie der serbischen Minderheit nicht anerkennt und jede Verhandlung mit ihnen ablehnt. (1) Ebenso weigerte sich Kroatien, der Ernennung eines montenegrinischen Politikers zum Leiter der Überwachungskommission für den Waffenstillstand zuzustimmen. Erst als Kroatien beiden Forderungen — der gleichberechtigten Beteiligung der serbischen Minderheit und der Ernennung der Überwachungskommission — dann doch zustimmte, war der Weg zu dem vom jugoslawischen Staatspräsidium ausgehandelten Waffenstillstand frei. (2) Gleichwohl stellt der kroatische Präsident Tudjman das Abkommen ein ums andere Mal in Frage, indem er etwa erklärt, seine Regierung werde sich an Verhandlungen

sowieso nur beteiligen. „da uns die Mittel fehlen, die gesamte Bevölkerung zu bewaffnen“. (3) Und gegenüber einer österreichischen Parlamentariergruppe erklärte er: „Wir kämpfen um die Anerkennung vor allem auch deshalb, damit wir leichter Zugang zu Waffenkäufen haben.“ (4)

Die Politik der BRD ist brandgefährlich

Bevor noch die drei EG-Außenminister nach Jugoslawien gereist waren, hatte CDU-Generalsekretär Rühe in einem Interview im *Hamburger Abendblatt* Aufstellung und Einsatz einer sogenannten europäischen Friedenstruppe im Rahmen der WEU verlangt: „Wenn sich diese Krise weiter zuspitzt, dann müssen sich die Europäer darauf vorbereiten, notfalls eine Friedenstruppe aufzustellen und zu entsenden, wenn die Beteiligten dies ausdrücklich wünschen. Diese Truppe müsste allerdings wirklich in der Lage sein, die Gewalttätigkeiten zu unterbinden. Das heißt: Sie muß so ausgerüstet und zusammengesetzt sein, daß sie glaubhaft abschrecken kann.“ (5) Da Jugoslawien, wie wiederholt erklärt, einer solchen Verletzung seiner staatlichen Souveränität nicht zustimmt und zustimmen wird, heißt der Einsatz einer WEU-Truppe: Krieg gegen Jugoslawien — und kann die Diskussion eines solchen Einsatzes auch nur als Vorbereitung auf Krieg verstanden werden, in Jugoslawien wie hier.

Daß die Bundesregierung die Diskussion darüber zur Zeit ein wenig aus der Öffentlichkeit zurückverlagert hat, bedeutet nicht, daß sie den Kurs der Einmischung, auch der militärischen Einmischung, revidiert. Eher reagiert sie damit auf die deutliche Note, mit der die Sowjetunion vor einem internationalen Militäreinsatz in Jugoslawien warnte. (6) Während Frankreich inzwischen den Vorschlag einer WEU-Truppe aufgegriffen und dazu eine Sondersitzung der WEU beantragt hat, drängt die BRD in

einer Koalition mit Österreich immer härter auf die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens („im Falle weiterer Kampfhandlungen“). Über die damit verfolgte Absicht der BRD, sich als Garantie- und Ordnungsmacht in Südosteuropa fest zu installieren, sprechen die Reaktionen inzwischen ganz offen: „Der Unionspolitiker Lamers sagte, mit einer Anerkennung wäre klargestellt, daß die völkerrechtlichen Voraussetzungen gegeben wären, um den bedrängten Republiken und den dort lebenden Menschen notfalls auch militärischen Schutz zukommen zu lassen.“ (7)

Diese imperialistische Politik der BRD ist ein Hauptfaktor der militärischen Eskalation der Konflikte in Jugoslawien. Denn sie bestärkt diejenigen Kräfte, die den Zusammenschluß der jugoslawischen Völker sprengen wollen und denen dazu jedes Mittel recht ist. Der rechtsextreme Flügel der kroatischen Regierungspartei, der Anfang August beim Versuch, die allgemeine Mobilmachung Kroatiens durchzusetzen und damit den Kriegszustand herbei-

zuführen, knapp gescheitert ist, ist nach Aussage der österreichischen Zeitung *Die Presse* sogar bereit, „100 000 oder 200 000 Tote in Kauf zu nehmen, weil dann Kroatien wenigstens die internationale Anerkennung bekäme“. (8) Daß es der nationalistischen Bewegung in Kroatien nicht nur um die Unabhängigkeit Kroatiens, sondern auch um die Einverleibung zumindest von Teilen der jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina geht, sei in diesem Zusammenhang wenigstens kurz erwähnt. (9)

Ein Zurück ist unmöglich, eine neue Übereinkunft nicht

Die jugoslawische Krise ist auch und wahrscheinlich vor allem ein Nord-Süd-Konflikt. Die schon lange umkämpfte Übereinkunft, die Entwicklungsunterschiede zwischen dem stärker industrialisierten Norden und den mehr durch Agrarproduktion und Rohstoffförderung geprägten südlichen Landesteilen im Rahmen einer zentralisierten Planwirtschaft auszugleichen (10), ist endgültig zerbrochen. Ist eine neue Übereinkunft möglich, und wie kann sie aussehen?

Sicher ist, daß sich die Vorstellungen, die sich die reicheren Regionen Sloweniens und Kroatiens über ihre Entwicklungsmöglichkeiten durch Marktwirtschaft und bedingungslosen Anschluß an

den Weltmarkt machen, zusehends als Illusionen erweisen müssen. Der im Vergleich zum jugoslawischen Süden höhere Entwicklungsstand des Nordens ist niedrig im Vergleich zu dem der imperialistischen Länder Westeuropas. Der slowenischen Industrie etwa wird in den Plänen der imperialistischen Konzerne höchstensfalls eine begrenzte Zulieferrolle zugesprochen. Die Absatzmöglichkeiten, die sie bei der Zerteilung Jugoslawiens und des jugoslawischen Wirtschaftsgebietes im Süden verliert, wird sie im EG-Europa nicht annähernd hinzugewinnen können. Deshalb bleibt Slowenien und Kroatien auf Dauer keine andere Möglichkeit, als zu einer neuen Übereinkunft mit den anderen Republiken Jugoslawiens zu kommen. Es scheint, als dämmere dies zumindest der slowenischen Regierung, die laut der *Neuen Zürcher Zeitung* einige Anstrengungen unternimmt, um trotz aller Konflikte den Bestand eines jugoslawischen Binnenmarktes zu sichern (6), und die gegenwärtig Abstand vom früheren Plan einer eigenen Währung genommen hat.

Quellen: (1) Neue Zürcher Zeitung, 6.8.; (2) NZZ, 8.8. und 10.8.; (3) taz, 12.8.; (4) Die Presse, 8.8.; (5) Hamburger Abendblatt, 1.8.; (6) NZZ, 7.8.; (7) HA, 6.8.; (8) Die Presse, 7.8.; (9) Presse, 7.8. und 8.8.; (10) s. Politische Berichte Nr. 15, S. 3. — (sc)



Die imperialistische Politik der BRD ist ein Hauptfaktor der militärischen Eskalation.

Im Eilverfahren Gewerkschaftsvermögen unter „Treuhandverwaltung“ gestellt

IMB kritisiert Verletzung der Gewerkschaftsautonomie in Ungarn.

Dem ungarischen Parlament wurde in einer Art Eilverfahren eine Gesetzesinitiative zur Aufteilung und Kontrolle des Gewerkschaftsvermögens vorgelegt. Der Initiator war ein Abgeordneter der Regierungspartei „Ungarisch Demokratisches Forum“ (MDF). Herr Palkovics in Zusammenarbeit mit den Freidemokraten. Palkovics ist zugleich Spitzenfunktionär der 1989 gegründeten Gewerkschaft der Ungarischen Arbeiter, die sich auf die Tradition von 1956 beruft. Die Meistbegünstigten und Vorbereiter des Gesetzentwurfes sind im Grunde die „Liga der unabhängigen Gewerkschaften“ und die „Arbeiterräte“ (von deren Namen man sich nicht täuschen lassen darf).

Das Gesetz wurde Anfang Juli 1991 praktisch einstimmig mit nur zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen verabschiedet, nachdem die sozialistische Fraktion unter Protest den Plenarsaal verlassen hatte. Es trägt den hochtrabenden Titel „Gesetz über den Schutz des Gewerkschaftsvermögens sowie über die Chancengleichheit der Arbeitnehmerorganisationen“.

Sein Kern besteht darin: Der Rechnungshof soll zuerst eine Schätzung des Gewerkschaftsvermögens vornehmen. Anschließend wird das Vermögen sämtlicher Gewerkschaften in einen Topf geworfen und einer Art gewerkschaftlichen Treuhandorganisation (VIKSZ) zur provisorischen Verwaltung für etwa ein Jahr übergeben werden. Das treuhandähnliche Gebilde besteht aus einem Vier-Mann-Direktionsrat, der von Vertretern der Gewerkschaftsverbände gebildet wird. Die vielen kleinen Gewerkschaften stellen dabei nur einen Vertreter. Der Direktionsrat soll das Vermögen auf konsensueller Basis verwalten.

Die endgültige Verteilung des Vermögens unter den etlichen Neugründungen, die sich vom früheren „Zentralrat der Ungarischen Gewerkschaften“ (SZOT), heute MSZOSZ, abgespalten haben, soll später nach Gewerkschaftswahlen und aufgrund ausweisbarer Mitgliedsziffern sowie der Sitzverteilung in den Betriebsräten erfolgen.

Für die Begründung des Gesetzes scheinen die Verantwortlichen im Wesentlichen zwei Punkte zu haben. Es diene nämlich dazu, „ein Monopol zu brechen“ — das der Gewerkschaft; und

damit „die Chancen der neuen Arbeitgeberverbände von 1989 denen des Altbundes MSZOSZ (...) an(zu)gleich.“ Darüber hinaus gewährleiste es eine „pluralistische Arbeitnehmervertretung“ und die Schaffung der Chancengleichheit unter den Gewerkschaften bei Gewerkschaftswahlen. Ob durch eine derartige Spaltung der Gewerkschaftsbewegung eine effektive Vertretung und Wahrung der Interessen der Werktätigen garantiert wird, muß bezweifelt werden.

Die Nachfolger des Reformflügels der ehemaligen Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) sprechen von „Ausnahmegesetz“ und der „Konfiszierung des Gewerkschaftsvermögens“. Nur die Gewerkschaftsmitglieder seien berechtigt, über das Vermögen zu entscheiden. Sie sehen das Streikrecht in Gefahr und wollen das Verfassungsgericht anrufen, denn nach der ungarischen Verfassung darf niemand entschädigungslos enteignet werden. Darüber hinaus widerspricht es internationalen Abmachungen, die auch von Ungarn unterzeichnet wurden, wonach sich in einem Rechtsstaat weder Regierung noch Parlament in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischen dürfen.

Der ungarische Parlamentspräsident erhielt ob dieses Vorgehens auch Protestbriefe aus dem Westen, u.a. vom Internationalen Bund der Metallarbeiter aus Genf. Das Eilverfahren der Legislative verletze eindeutig die gewerkschaftliche Autonomie.

Die *Budapester Rundschau* schreibt in einem Kommentar, es sei nicht mehr zu verstehen, „wenn Oppositionsparteien und unabhängige Gewerkschaften diesen Gesetzentwurf befürworten. Schwer verständlich ist ebenfalls, wie sich liberale Parteien für die Kontrolle des Gewerkschaftsvermögens durch den Staat stark machen können. Unklar ist des

weiteren, was der Staatliche Rechnungshof mit dem Gewerkschaftseigentum zu tun hat.“ (*Budapester Rundschau*, 29.7.91)

Das Unbehagen teilen die ganz kleinen Gewerkschaften auch, da sogar die Solidaritätskassen ihrer Betriebsorganisationen, die für schnelle Beihilfen in Notlagen eingerichtet wurden, unter Treuhandverschluß kommen sollen. Außerdem befürchten sie, bei dem Deal unter die Räder der drei größeren Gewerkschaften zu kommen.

Nun ist es durchaus nicht so, daß sich der große Gewerkschaftsverband (MSZOSZ) gegen eine Teilung des Vermögens gewehrt hätte. Die Diskussion darum läuft unter den Gewerkschaften seit etwa einem Jahr und vergiftete ihre Beziehungen so weit, daß ein gemeinsames solidarisches Auftreten gegenüber den Kapitalisten und vor allem dem Staat immer schwieriger geworden war. Der MSZOSZ hatte einen Zweistufenplan vorgeschlagen. Danach sollte sein Vermögen gemäß der aktuellen Mitgliederstärke aufgeteilt werden und eine endgültige Umverteilung nach Gewerkschaftswahlen anhand deren Ergebnis proportionell erfolgen.

Darauf wollten sich die mitgliederschwachen Neuvertretungen nicht einlassen. Die Mehrheit der Beschäftigten ist nämlich entgegen den Erwartungen vieler nicht in die beiden größten Neugründungen, der „Demokratischen Liga der Unabhängigen Gewerkschaften“ oder zu den „Ungarischen Arbeiterräten“ übergegangen, sondern hat dem MSZOSZ die Stange gehalten. Dies komme der Macht der Gewohnheit und der finanziellen Stärke des Altbundes zu schulden, behaupten die „unabhängigen“ Gewerkschaften, die so unabhängig gar nicht sind. Die „Arbeiterräte“ stehen der christdemokratischen, konservativen Regierungspartei nahe, die Liga der Unabhängigen Gewerkschaften

den FDP-nahen Frei- und Jungdemokraten. Vorstellbar wäre, daß sich die gewerkschaftliche Landschaft in Ungarn ähnlich der in Frankreich mit Richtungs-gewerkschaften herausbildet.

Die Freidemokraten hatten bereits vor einem Jahr eine Sperrung des SZOT-Vermögens angeregt. Und Palkovics hatte eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel eingebracht, das den Urlaubszwecken dienende Gewerkschaftsvermögen über 25 Millionen Forint unter Verwaltung eines Kuratoriums zu bringen. Damals lehnte der Rechtsausschuß dies ab. Auch der Staatssekretär für Arbeitswesen stellte sich energisch gegen solche Vorhaben.

Was bewirkte nun den plötzlichen Sinneswandel der Regierung? In der Presse und vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsbunds wird auf den „großen Clinch“ zwischen der MSZOSZ und der Regierung vor wenigen Wochen verwiesen. Gemeint ist damit ein für den 13. Juni angesetzter zweistündiger Generalstreik, bei dem es vor allem um die soziale Kompensierung der bevorstehenden Energiepreiserhöhungen (dreistellige Zuwachsraten) ging. Bis zur Regelung eines Sozialausgleichs sollte die Preiserhöhung ausgesetzt werden. Weitere Forderungen waren eine zumindest teilweise „Liberalisierung“ der eingefrorenen Löhne, eine Abfindung für gekündigte Werktätige sowie die Miteinbeziehung der Belegschaften in den Privatisierungsprozeß per vergünstigte Volksaktien.

Die liberaldemokratische „Liga der Unabhängigen Gewerkschaften“ verurteilte das Streikvorhaben, da es „den sozialen Frieden gefährde“. Die Regierung bestritt durchaus nicht die Berechtigung der Forderungen, jedoch habe sich die Sozialpolitik im engen Rahmen des Staatshaushalts zu bewegen. Und da die Antall-Regierung sich eifrig bemüht, den Musterknaben des IWF zu spielen, waren derartige Forderungen nicht kampfflos durchzusetzen.

Rund zwei Millionen Werktätige hatten ihre Bereitschaft signalisiert, an dem Warnstreik teilzunehmen. Abgeblasen wurde er spät abends am 12. Juni, nachdem zwischen der Regierung und der MSZOSZ ein Kompromiß erzielt wurde. Der Gewerkschaftsverband stimmte zu, daß die Preiserhöhung für Heizstoffe nicht ausgesetzt wird. Damit kann die Regierung ihr Programm des Preissubventionsabbaus weiterverfolgen. Dafür aber wurde die soziale Ausgleichssumme von 2,5 Millionen Forint auf fünf Millionen Forint erhöht, und für die Niedrigverdiener wird der Lohnsteuerknebel etwas gelockert. Innerhalb von 30 Tagen hat die Regierung ihre Vorstellungen über ein Belegschaftsmitspracherecht bei den Privatisierungen vorzulegen. Vorab kam man überein, daß 15 Prozent des Privatisierungserlöses für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden müssen. Das alte Recht, als Gewerkschaftsmitglied einmal jährlich vergünstigt in den Urlaub fahren zu können, wird zurückgegeben — nun aber als Vergünstigung für alle Werktätigen.

Der MSZOSZ hatte einen Erfolg errungen. Dafür sollen ihm jetzt mit dem Entzug des Vermögens die Flügel gestutzt werden. „Der Alptraum antisozialen Ungarn liege in Anbetracht der sozialen Gefühllosigkeit der Regierung keinesfalls außerhalb der Realitäten. Nur der Schulterschuß der Gewerkschaften kann dies verhindern“, schreibt die *Budapester Rundschau*, die seit geraumer Zeit immer wieder beklagt, daß es in Ungarn keine starke Sozialdemokratie gebe, die benötigt werde, um aus der Marktwirtschaft eine soziale zu machen, und hofft, daß die zerstrittenen Gewerkschaften trotz aller Differenzen nicht vergessen, wer ihr eigentlicher Gegner ist.

Die Grundzüge der Sozialpartnerschaft versucht derzeit die Friedrich-Ebert-Stiftung den ungarischen Gewerkschaften zu vermitteln. Konkret diskutiert sie derzeit in Seminaren mit ihnen eine neues Arbeitsgesetzbuch und die Möglichkeit von Branchentarifverträgen. Womöglich hat Ungarn dann bald ein Betriebsverfassungsgesetz nach BRD-Muster.

Quellen: *Budapester Rundschau*, 17.6.; 24.6.; 22.7.; 29.7.; 5.8. — (frr)

Arbeitszeitpolitik der IG Chemie

Läßt sich die Kontischichtarbeit humanisieren?

Der Manteltarifvertrag für die chemische Industrie, der zum Ende dieses Jahres kündbar ist und von der IG Chemie gekündigt werden soll, wirft für die Chemiekapitalisten wenig Probleme auf: Die 7-Tage-Fabrik (Kontischicht) ist geregelt. Die durchschnittliche Arbeitszeit von 39 Stunden pro Woche muß in einem Verteilungszeitraum von zwölf Monaten erreicht werden. Tarifliche Einschränkungen von Nacht- und Wochenendarbeit bestehen nicht. Viele Schönheiten flexibler Arbeitszeitregelungen, von denen die Kapitalisten anderer Branchen noch träumen, können die Chemiekapitalisten verwirklichen. Doch in der Gewerkschaft gibt es vielerlei Bestrebungen, das zu ändern. Der Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik im Juni hat eine Reihe von Anträgen

zu Arbeitszeitfragen beraten. Festlegungen wurden getroffen, um bei den Verhandlungen um den Manteltarif Erleichterungen für die Schichtarbeiter durchzusetzen. Arbeitszeitverkürzungen, Tarifrufreite für Kontischichtarbeiter, Einschränkungen von Nacht- und Wochenendarbeit werden gefordert. Wie weit jedoch die IG Chemie in der Verwirklichung dieser Forderungen gehen wird, ist noch offen. Hermann Rappe, der den Gewerkschaftstag mit einem dreistündigen Grundsatzreferat über die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft („Die Zukunft fordert uns“) belastete, waren die Forderungen und Ansprüche der Schichtarbeiter einen Halbsatz wert. Seine Zukunftsvisionen liegen woanders. Ihm lag daran, die Gewerkschaft auf die soziale Marktwirtschaft festzulegen,

nicht nur pragmatisch, sondern programmatisch als positives Wirtschaftsmodell für die Arbeiterbewegung. Soziale Kriterien und Ansprüche legen diese Strategen der Sozialdemokratie ihren Zukunftsmodellen nicht mehr an. Die Abschaffung der Schichtarbeit gehört nicht in dieses Zukunftsmodell. Auch wenn den Delegierten des Gewerkschaftstages dies nicht aufgefallen sein mag (Rappe erhielt 89 % der Stimmen), werden soziale Ansprüche der Schichtarbeiter verstärkt diskutiert und Änderungen verlangt. Die Interessen der Chemiekapitalisten an der sich ausdehnenden Schichtarbeit wurden jedoch nicht kritisiert, sondern als nicht veränderbar akzeptiert. Dies macht die Tarifpolitik in Sachen Kontischicht zu einer zweiseitigen Angelegenheit. — (güt)

33,6-Stunden-Woche soll durchgesetzt werden — aber die Kontischicht wird akzeptiert

Die IG Chemie will für den Kontischichtbetrieb ein 5-Schicht-System durchsetzen. Was beinhaltet diese Forderung? Was wird dadurch am jetzigen Kontischichtsystem geändert?

Kontinuierliche Produktion an 24 Stunden am Tag und 7 Tagen in der Woche läßt sich auf der Basis von 42 Wochenstunden durch ein regelmäßiges Schichtsystem von vier gleichmäßig besetzten Schichten lückenlos betreiben. Drei Schichten arbeiten 8 Stunden pro Tag, und eine Schicht hat frei. Die Chemiekapitalisten konnten diese tariflichen Bedingungen lange aufrechterhalten. Bis 1981 galt für die Kontischicht die tarifliche 42-Stunden-Woche. Die Schichtpläne gingen reibungslos auf, und es entstanden keine Lücken in der Personalbesetzung, lediglich durch Urlaub und Krankheit, aber nicht durch Arbeitszeitregelungen selbst. Ab 1981 wurde die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit schrittweise von 42 auf 40 Stunden verkürzt (ohne Lohnausgleich) und 1989 auf 39 Wochenstunden. Dadurch entstand ein zusätzlicher Anspruch auf freie Tage, und die kontinuierliche und gleichmäßige Besetzung der Schichten wurde empfindlich gestört. Weitere Arbeitszeitverkürzungen in Richtung 35-Stunden-Woche werden nicht zu verhindern sein. Durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine

Stunde entsteht ein Anspruch auf 6,5 freie Tage im Jahr. Gegenwärtig sind es also bereits 19,5 freie Tage pro Beschäftigten. Es ist also abschbar, daß die 4-Schicht-Systeme zusammenbrechen werden, die Schwierigkeiten der Kapitalisten bei der sogenannten Personaleinsatzplanung für die kontinuierliche Produktion auf jeden Fall enorm zunehmen werden. Neue Schichtsysteme sind also nötig. Dies ist der nackte Hintergrund personalpolitischer Überlegungen.

Die Chemiekapitalisten brauchen neue Schichtsysteme

Die Chemiekapitalisten wollen von der kontinuierlichen Produktion nicht lassen. Die 7-Tage-Fabrik läßt keine Minute ungenutzt für die Profitproduktion. Enorme Einsparungen an Maschinerie und Energie, flexible Reaktionen auf Weltmarktschwankungen — die Chemiekonzerne haben ihre profitablen Gründe, warum die Arbeiter nachts und am Wochenende ihre Maschinerie in Gang halten sollen. Unumgängliche technische Gründe sind es in den wenigsten Fällen. Schichtarbeit in die Nacht und ins Wochenende nimmt noch zu, und ein Halten der Kapitalisten ist nicht abzusehen. Schichtsysteme sollen sich ihren Erfordernissen reibungslos anpassen, ohne daß die Kontischicht angegriffen wird. Im Gegenteil, der Einsatz

menschlicher Arbeitskraft läßt sich immer noch intensivieren, selbst bei kürzerer Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung soll nicht die Schichtarbeit eingrenzen. Das sind die grundsätzlichen Voraussetzungen, die von den Chemiekapitalisten gestellt werden.

Die Kapitalisten sind also „ansprechbar“ auf neue Schichtsysteme, damit der gleichmäßige Fluß der Profitproduktion durch Arbeitszeitverkürzung nicht gestört wird und sich der Einsatz der Menschen der kontinuierlichen Produktion wieder reibungslos anpaßt. Sozialdemokratische Gewerkschaftsstrategen sehen hier sofort einen Ansatz, Interessen, wie sie sagen, zu vermitteln: das Interesse der Schichtarbeiter an kürzerer Arbeitszeit und das Interesse der Kapitalisten an reibungslosen Schichtplänen. Und siehe da, die Vermittlung klappt. Im Bayer-Konzern wurden die ersten 5-Schicht-Systeme vereinbart.

Wenn die Kontischicht bleibt, machen die Konzerne Zugeständnisse

5-Schicht-Systeme gehen reibungslos auf, wenn die Basis eine 33,6-Stunden-Woche ist. Gegenwärtig gilt tariflich die 39-Stunden-Woche. Im Bayer-Konzern wurde die 38-Stunden-Woche vereinbart. Da gab es keinen Widerstand vom Konzern. Warum? Es entsteht auf der



Titelgeschichte der DGB-Zeitschrift „Die Quelle“ vom August '91: Tarifpolitiker entdecken die Schichtarbeit wieder.

Basis der 38-Stunden-Woche ein Zeitanpruch der Kapitalisten an die Arbeiter, der nicht im festen Schichtplan enthalten ist. Diese Zeit ist flexibel abrufbar und muß vom Arbeiter abgeleistet werden, wenn der Anspruch vom Unternehmen einige Tage vorher angekündigt wird. Ein Teil der kontinuierlichen Schichtarbeit ist also flexibilisiert. Urlaubs- und Krankheitsfälle können ausgeglichen, Schwankungen in der Auftragslage abgefangen werden. Dieser Zeitanpruch entfällt erst, wenn tariflich die 33,6-Stunden-Woche vereinbart ist.

Die Vereinbarung neuer Kontischichtsysteme wird begleitet von „neueren arbeitsmedizinischen Erkenntnissen“. Kontischichtarbeit soll humanisiert, d. h. menschlich werden. Und die Chemiekonzerne treiben einigen Aufwand, um ihren Interessen einen wissenschaftlich begründeten Mantel der Humanität umzuhängen. Auf der letzten zentralen Konferenz der IG Chemie kommen Wissenschaftler zu Wort, die unkritisiert z. B. folgendes ausführen können:

„Allerdings führt Schichtarbeit nicht zwangsläufig zu Erkrankungen. Nachtarbeit ist vielmehr als Risikofaktor für die Gesundheit einzustufen. Nur wenn zusätzlich zu den unvermeidbaren Anpassungen der biologischen Rhythmik an die Verschiebung der Lebensweise weitere ungünstige persönliche und situative Faktoren hinzutreten, nimmt die Wahrscheinlichkeit für Erkrankungen zu. Beispiele für ungünstige persönliche und situative Faktoren sind ungesunde Lebensweise, negative Einstellung des Partners zur Nachtarbeit des Schichtarbeiters, Lärm von Kleinkindern oder Straßenverkehr während des Tagschlafes.“

Nicht die Kontischichtarbeit macht krank, sondern einige andere Bedingungen, von denen die meisten im privaten Bereich liegen. Was die Konzerne tun können, um die Kontischichtarbeit angeblich zu vermenschlichen, das sind sie zu tun bereit, wenn nur nicht die Kontischicht selbst angestastet wird. Breit erörtert werden Schichtsysteme, die angeblich die Schichtarbeit erleichtern, kürzere Nachtschichtperioden z. B. Die Chemiekonzerne erörtern fleißig mit. Ihre Interessen werden dadurch nicht eingeschränkt.

Kontischicht — vollständige Anpassung des Arbeiterlebens an 7-Tage-Fabrik

Die IG Chemie will die 33,6-Stunden-Woche für Kontischichtarbeiter durchsetzen. Es ist das Zugeständnis, das von

den Chemiekonzernen verlangt wird wofür? Dafür, daß die IG Chemie die Kontischicht akzeptiert und die Interessen der Kapitalisten an der Kontischicht keiner Kritik unterzieht.

Aber selbst wenn die 33,6-Stunden-Woche durchgesetzt wird, dann ist dies fast keine Besserstellung gegenüber einer 35-Stunden-Woche für Tagschichtarbeiter, da die Kontischichtarbeiter ohnehin mehr Tage im Jahr arbeiten müssen, weil an den gesetzlichen Feiertagen nicht frei ist, sondern gearbeitet werden muß. Das sind immerhin 6 bis 8 Tage mehr im Jahr, also eine Arbeitsstunde pro Woche.

Was wird also das Ergebnis dieser Tarifpolitik der nächsten Jahre sein? Für den einzelnen Schichtarbeiter wird die Arbeitszeit verkürzt, wie eben auch für jeden anderen Arbeiter. Die vollständige Unterwerfung des Arbeiterlebens unter die Ansprüche der 7-Tage-Fabrik wird nicht aufgehoben, ja teilweise wird sie noch verstärkt. Es gibt bereits Schichtpläne, in die der Anspruch auf Jahresurlaub vollständig integriert ist, d. h. im Schichtplan festgelegt, auf Jahre hinaus.

Es werden durch die Arbeitszeitverkürzung und die Umstellung auf 5 Schichten mehr Arbeiter in der Schichtarbeit benötigt, und der Arbeitsmarkt spült die benötigten Arbeiter heran. Waren noch in den 80er Jahren die Widerstände gegen Kontischichtarbeit groß, so ist dieser Widerstand jetzt durch die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt gebrochen.

Arbeitszeitverkürzung für Kontischichtarbeiter wird also dazu führen, daß sich die Schichtarbeit noch ausdehnt. Dehnt sich die Schichtarbeit auf mehr Personen der Gesellschaft aus, wird der Normalarbeitstag bald zum Unnormalen. Schon jetzt ist jeder Fünfte durch Wochenendarbeit betroffen. Die Sonne der Arbeitszeitverkürzung versinkt hinter gesellschaftlich zunehmender Nacht- und Wochenendarbeit.

Ohne Kritik an den wirtschaftlichen Absichten der Kapitalisten mit der Kontischicht und ohne gewerkschaftliche Einigung auf diese Kritik und Eingrenzung dieser Interessen bleibt die Arbeitszeitverkürzung für Kontischichtarbeiter nur eine halbe Sache. Sollte es jedoch gelingen, tariflich Nachtarbeit und Wochenendarbeit einzuschränken oder mit einschneidenden Auflagen zu belegen, wäre wenigstens etwas gewonnen. Im dokumentierten Antrag gibt es dazu Ansätze, die aber noch längst nicht in den Tarifkommissionen beschlossen sind.

„Nachtarbeitsverbot für gewerbliche Arbeitnehmerinnen“

Nach langer zum Teil sehr kontroverser Diskussion hat der Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik nachstehenden Antrag angenommen. Es gab 25 Gegenstimmen und einige Enthaltungen. Auch gab es Gegenanträge. Aus völlig unterschiedlichen Bedingungen heraus argumentierten Delegierte aus den Ost- und Westländern. Ergebnis dieser Debatte: Die Ablehnung der Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes ist aufgeweicht mit dem Hinweis auf die Berufstätigkeit der Frauen in den Ländern der ehemaligen DDR. Man wird den Eindruck nicht los, daß diejenigen Gewerkschafter aus dem Westen, die ohnehin nicht mehr an der Forderung des Nachtarbeitsverbotes festhalten wollten, jetzt einen begründeten Anlaß sahen, dies durchzusetzen. Wie auch immer man den Antrag, der versucht, den unterschiedlichen Bedingungen in Ost und West Rechnung zu tragen, bewerten will, es ist auf jeden Fall der erste Antrag innerhalb der IG Chemie, der an die Zustimmung zur Schichtarbeit Bedingungen knüpft. Gesetzliche Regelungen werden allerdings nicht gefordert.

Beschluß des Gewerkschaftstages

„Der Hauptvorstand der IG CPK wird aufgefordert, die bereits eingeleiteten Initiativen zu verstärken, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Schichtarbeiter/innen humaner zu gestalten.“

Dabei sollen vor allem durch tarifvertragliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen Schichtsysteme, Arbeitszeitvolumen und -verteilung sowie die Arbeitsplatzgestaltung nach heutigen arbeitsmedizinischen Erkenntnissen neu gestaltet werden. Lebens- und Wohnbedingungen sind dabei zu berücksichtigen.

Auf den Gebieten der alten und neuen Bundesländer bestehen unterschiedliche Regelungen zur Nachtarbeit von Frauen. Während es in den alten Bundesländern ein Nachtarbeitsverbot für gewerbliche Arbeiterinnen gibt, das in den letzten Jahren unter starken politischen Druck geraten ist, existiert in den neuen Bundesländern ein derartiges Nachtarbeitsverbot nicht. In den neuen Bundesländern sind sehr viele Frauen in qualifizierten Berufen, beispielsweise in der chemischen Produktion, beschäftigt und voll in diesen Produktionsprozeß integriert.

Grundsätzlich ist es notwendig, ein weitergehendes Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung gesetzlich zu verankern.

Die IG CPK lehnt eine generelle Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes, wie es die Bundesregierung beabsichtigt, ab. Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot müssen jedoch, gerade auch vor dem Hintergrund der Situation von Kolleginnen in den Betrieben der neuen Bundesländer, möglich sein, um den betroffenen Frauen ihre Erwerbsarbeit zu sichern.

Solche Ausnahmen müssen einvernehmlichen Regelungen mit der Arbeitgeberseite auf betrieblicher oder tarifvertraglicher Ebene unterliegen. Nachfolgende Kriterien sollen

dabei Berücksichtigung finden:

1. In Nachtarbeit Beschäftigte haben bei vollem Lohnausgleich generell eine kürzere Arbeitszeit.
2. Die Einführung einer fünften Schicht, verbunden mit weiterer Arbeitszeitverkürzung — muß eine familiengerechte Schichtplangestaltung ermöglichen.
3. Der besonderen Belastung durch Nachtarbeit wird durch die Gewährung zusätzlicher Kurzpausen begegnet.
4. Besonders arbeitsintensive Tätigkeiten und Arbeiten mit hohen Leistungsanforderungen werden, wenn irgend möglich, während der Tagschichten erledigt.
5. In der chemischen Industrie muß Nachtarbeit für Frauen auch an die Ausübung qualifizierter Tätigkeiten gebunden sein bzw. den Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten eröffnen.
6. In allen Branchen ist darauf zu achten, daß Frauen nicht nur in Bereichen eingesetzt werden, die ausschließlich in den unteren Lohn-, Gehalts- oder Entgeltbereich fallen. In Verbindung mit Nachtarbeit sollte der Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten eröffnet bzw. gewährleistet werden.
7. Bei belastenden Tätigkeiten ist eine besondere Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten.
8. Die Verpflegung für die Nachtschicht ist zu gewährleisten.
9. Schichtpläne müssen langfristig feststehen, um für alle Betroffenen die persönliche Planbarkeit ihrer Freizeit zu ermöglichen.
10. Es sind humane Schichtpläne mit einem Maximum an Freizeitblöcken anzustreben. Die Nachtschichtblöcke sollen so kurz wie möglich sein.
11. Innerhalb der Schichtblöcke muß die Möglichkeit von Teilzeitarbeit geschaffen werden.
12. Nach Vollendung des 50. Lebensjahres entscheiden die Betroffenen frei über eine Fortsetzung ihrer Nachtschichtarbeit. Der Übergang in eine andere Tätigkeit auf Wunsch der Beschäftigten muß dann jederzeit mit finanzieller Absicherung gewährleistet werden.
13. Nachtarbeit findet grundsätzlich nur auf freiwilliger Basis statt. Den Beschäftigten, die keine Nachtarbeit leisten wollen oder können, dürfen daraus keine Nachteile entstehen.
14. Qualifizierungsangebote müssen zeitlich auf die Schichtpläne abgestimmt sein. Die Qualifizierungsmaßnahmen erfolgen bei voller Entgeltzahlung grundsätzlich während der Tagschichtarbeitszeit.
15. Bei nachweisbarer Nicht-Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes zu den erforderlichen Arbeitszeiten mit Hilfe regulärer öffentlicher Verkehrsmittel übernimmt der Arbeitgeber die Kosten für die An- und Abfahrt.
16. Die Sicherung bestehender und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ist Voraussetzung für die ausnahmsweise Genehmigung der Nachtarbeit für gewerbliche Arbeitnehmerinnen.“

Preußen wiedererweckt

„Staatsakt“ für Preußenkönige

Berlin. Es ist kein mediales Sommerfest: Zwei verweste Leichen in soliden Särgen sollen nach zweihundert Jahren endgültig verbuddelt werden. Statt dessen soll dies am 17. August in Potsdam, und es handelt sich um die Reste von Friedrich II und dessen Vater Friedrich Wilhelm I. Das Festprogramm umschließt eine Andacht, nächtliche Beisetzung, einen Gedenkgottesdienst (am 18.) und eine zentrale Gedenkveranstaltung der Landesregierung. Die Angelegenheit wird durch die Teilnahme des Bundeskanzlers, der extra seinen Urlaub verbricht, und der Bundeswehr zum Staatsereignis gemacht.

Die Kritik an der Aufwertung reichte bis ins konservative Lager, selbst in die CDU. Aber auch konservative Historiker, wie Golo Mann, warnten: „Braucht die Bundesrepublik Deutschland wirklich solche Feiern, um der Welt zu zeigen, was sie ist?“ Am 9. 8. läßt Kohl in einer Erklärung verbreiten: „Wir sind ein geeintes Volk mit einer gemeinsamen Verantwortung vor unserer Geschichte. Dies wird auch dadurch symbolisiert, daß der Sarkophag Friedrichs an seinem testamentarisch bestimmten Ort überführt werden kann.“ Er bekennt sich erneut zu geschichtsrevisionistischen Motiven. „Natürlich trennen uns heute tiefe Traditionsbrüche von der indierianischen Zeit. Uns trennen aber auch tiefgreifende Veränderungen von der Zeit nach 1945, als ein nahezu einhelliges Verdammungsurteil über den König und das von ihm maßgeblich gestaltete Preußen gefällt wurde.“

Kohl sucht nach Verdun und Bitburg wieder bewußt die Auseinandersetzung. Bundesregierung und Bundeswehr scheinen von Anfang an die Aktion mitgeplant zu haben. Gegenüber der Landesregierung, die sich anfangs vor militärischem Auftreten zierte, pochte die Bundeswehr auf ihre Rechte. Die Beziehungen zum Hause Hohenzollern hätten lange Tradition. Den Schutzauftrag für die Königssärge hatte sie schon von der Reichswehr übernommen. Seit fast 30 Jahren hielt die Bundeswehr am Geburtstag des „großen Feldherren“ Friedrich eine Gedenkfeier auf der Burg Hohenzollern ab. Musikkorps und Ehrenwache müssen als „stärkstes Symbol des Staates“ (Generalleutnant von Scheven, Befehlshaber Korps Ost) anwesend sein. Die Stabsoffiziere der Ehrenwache wurden aus Freiwilligen im Bereich Ost ausgewählt. Neben protokollarischen Gesichtspunkten (Größe, Dienstgrad) war verlangt, sich „innerlich mit dieser Aufgabe zu identifizieren“. Unter den 28 erwählten Offizieren ist nun kein ehemaliger NVA-Angehöriger.

Die Initiatoren rechneten schon früh damit, daß sie eine Großveranstaltung

daraus machen können. Die Polizei richtet sich auf 100 000 Zuschauer ein. Bundesweit sollen Traditionsvereine, Schützengilden, Landsmannschaften und Militaristenverbände ihr Auftreten vorbereiten. Auch mit faschistischen Gruppen kann gerechnet werden. Bereits Anfang August hatten sich über 400 Journalisten etc. angemeldet.

Es scheint als würde nach der Hauptstadtentscheidung weiter offensiv die Anknüpfung an geschichtliche Entwicklungslinien gesucht. Die „preußischen Verdammungsurteile“ (Kohl) waren Teil antifaschistischer Kritik. Die faschistischen Herrscher bezogen sich schließlich bei Ostexpansion, Vorherrschaftsanspruch in Europa und militärischer Durchsetzungskraft stets auf die erfolgreichen „preußischen Feldherren“. Preußen war Produkt riesigen Landraubs im Osten. Unter Friedrich u.a. Einverleibung Vorpommerns, Schlesiens, Westpreußens und die erste polnische Teilung. Es stellte mit den Junkern eine militärische Kaste, die bis in den Faschismus hinein (und mit Nachfahren in der Bundeswehr) als Einpeitscher bei Eroberungszügen gebraucht wurden. Preußen zwang die kleineren deutschen Staaten erst zusammen und begründete damit eine blutige imperialistische Laufbahn Deutschlands. Es zentralisierte den staatlichen Machtapparat in Berlin. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seinen Entwicklungslinien, die in das preußische Deutschland zurückführen, beinhaltet damit auch eine Abrechnung mit Preußen. Die Neuordnung der Länder lief daher in allen Besatzungszonen nach 1945 auf eine Zerlegung Preußens hinaus. Die östlich von Oder und Neiße gelegenen Gebiete waren schon im Potsdamer Abkommen abgetrennt und an Polen bzw. die UdSSR zurückgegeben worden. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 verfügte der Alliierte Kontrollrat offiziell die Auflösung des Staates Preußen.

Auch in die Diskussion um Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg wird wieder der Namen Preußen ins Spiel gebracht. Bei einer infas-Umfrage zum Zusammenschluß im Juli wurde ausdrücklich nach der Meinung zum Namen „Preußen“ für das neue Bundesland gefragt. 15 % der Befragten in Westberlin, 22 % in Ostberlin und 27 % in Brandenburg sollen das gut gefunden haben. Der brandenburgische Kultusminister setzt sich dafür ein, an den neuzugründenden Universitäten in Potsdam und Frankfurt/Oder die preußische Geschichte aufzuarbeiten.

Gegen die Feierlichkeiten in Potsdam planen antimilitaristische Gruppen Gedenkaktionen, über die wir später berichten werden. — (ard)

Demonstration gegen Terror des türkischen Regimes

Frankfurt. Kurdische, türkische und deutsche Gruppen in Frankfurt wollen unabhängig von eventuell stattfindenden zentralen Demonstrationen am 12. September, dem 11. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, eine Demonstration in Frankfurt durchzuführen. Ein gemeinsames Flugblatt informiert über das kürzlich verabschiedete sogenannte Anti-Terror-Gesetz in der Türkei, den legalisierten Einsatz von Todesschwadronen gegen Opposition und kurdischen Widerstand. Gleichzeitig wird die Rolle der BRD-Regierung angegriffen, die dem menschenverachtenden Regime verstärkt Rüstungsgüter und Wirtschaftshilfe zukommen läßt. Aus Solidarität mit den Massenhungerstreiks in Türkisch-Kurdistan gegen das Anti-Terror-Gesetz sind auch in Frankfurt Menschen im Hungerstreik und fordern zu Protestaktionen auf. — (udi)

Faschistenlügen über Konzentrationslager

Köln. Im Kölner Stadtteil Höhenberg wurde in großer Auflage die sogenannte „Remer-Depesche“ verteilt. Herausgeber ist Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer. Überschriften ist das Flugblatt: „Endlich: Gaskammer in der Diskussion — Galinski entlarvt“. Der Herausgeber zählt sich zu dem „Revisionistenkreis“, der behauptet, daß in den Konzentrationslagern in Auschwitz, Birkenau und Majdanek in den Gaskammern keine Menschen getötet wurden. Der Herausgeber berichtet ganz stolz, daß in München in Anzeigenblättern ganzseitige Anzeigen geschaltet wurden, die diese Lüge beweisen würden. In dem Zusammenhang wird festgestellt: „Dieser in Deutschland seit 1945 einmalige Mediendurchbruch geschah auf den Tag genau 46 Jahre, nachdem der Führer und Reichskanzler aller Deutschen, Adolf Hitler, aus dem Leben schied. Die Diskussion um die Existenz bzw. Nichtexistenz der Gaskammern hat somit begonnen.“ — (jöd)

Wunsiedel: Aufmarsch der Faschisten weiter verboten

Wunsiedel/München. Der Aufmarsch und das Kulturfest der Faschisten bleibt auch nach der zweiten Verwaltungsgerichtsinstanz verboten. Antifaschisten rechnen damit, daß das Verbot bestehen bleibt. Die Faschisten mobilisieren aber ungehindert weiter, es soll dann eine „Protestveranstaltung“ gegen das Verbot geben. Für die antifaschistische Gegendemo, die um 13.30 Uhr am Bürgermühlweiher beginnt, gibt es derzeit weder ein Verbot noch Auflagen. Der Stadtrat von Wunsiedel hat von CSU bis Grünen unter Beteiligung von Kirchen- und Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern am 2. 8. eine Kundgebung gegen „Rechts- und Linksextremismus“ durchgeführt, nur 100 kamen. — (chl)

„Sprachhomogene Klassen“ in Baden-Württemberg

Karlsruhe. Unter dem Motto „Schulversuch“ wurde in den letzten Jahren in Baden-Württemberg die Ghettoisierung der ausländischen Kinder in „sprachhomogenen“ Klassen ausgebaut. 19 % der griechischen Grundschüler und 20 % der griechischen Hauptschüler werden in solchen reinen Ausländerklassen unterrichtet, deren Besuch freiwillig ist. Besuchen die ausländischen Kinder gemischte Klassen, müssen sie den gesamten Unterricht in Deutsch absolvieren, außerdem noch Englisch als Fremdsprache lernen. Sie haben während der normalen Unterrichtszeit keinerlei Möglichkeit, ihre Muttersprache zu benutzen und zu lernen. In den reinen Ausländerklassen hingegen wird ein Teil des Unterrichts von Lehrern der entsprechenden Nationalität in der Muttersprache abgehalten. Bei der Hauptschulabschlußprüfung wird statt Englisch die Muttersprache geprüft. Die Prüfungsergebnisse der ausländischen Schüler sind entsprechend besser. 1991 haben 91,4 % der ausländischen Jugendlichen den Hauptschulabschluß so geschafft, 1982 waren es erst 74,9 %. Außerdem haben die griechischen Schüler die Möglichkeit, im Anschluß an den Hauptschulabschluß das dreijährige griechische Lyzeum zu besuchen, das an zehn Standorten in Baden-Württemberg angeboten wird. Sie können damit die Berechtigung für das Studium an einer griechischen Universität erwerben. Indem die Landesregierung all diese einfachen Erleichterungen den Kindern in gemischten Klassen verweigert, drängt sie sie in die reinen Ausländerklassen, die zudem an bestimmten Schulen konzentriert werden. Quelle: Wochendienst Baden-Württemberg 25/91 — (bab/tht)

CDU-Aktion ist Aufforderung zur Denunziation

Berlin. Die Hetze gegen ehemalige Funktionäre des DDR-Staats- und Parteiapparates oder Mitarbeiter der Staatssicherheit nähert sich einem neuen Höhepunkt. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus veranstaltet eine Telefonsprechstunde unter dem Motto „Bürgeraktion gegen alte Bonzen auf neuen Stellen“. Eine Woche lang kann man am Telefon verdächtigen und denunzieren — natürlich auch anonym. Ziel sei, „rote Bonzen“ im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft zu enttarnen, in Wirklichkeit geht es um Vernichtung von Existenzen: 68 Straßenkehrer wurden wegen Stasi-Mitarbeit entlassen! Die bereits offiziell existierende „Arbeitsgruppe Fischer“, die mit der Überprüfung des Personals der Ostberliner Bezirksverwaltungen betraut ist, wird von 3 auf 7 Planstellen erweitert. — (har)

Streibl „Helfershelfer von Saddam Hussein“

München. Die Staatsanwaltschaft München hat ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gegen ein Mitglied der DFG-VK München eingestellt. Bei einer Ostermarschkundgebung wurde der bayerische Ministerpräsident als „Helfershelfer des Kurdenvergaser Saddam Hussein“ bezeichnet. Der Vorwurf gegen Streibl gründet sich auf die Tatsache, daß er Aufsichtsratsvorsitzender des Rüstungskonzerns MBB ist und somit die Waffenlieferungen an den Irak mitverantworten hat. Die DFG-VK München wertet die Einstellung des Ermittlungsverfahrens als Eingeständnis, daß es mit der Einschätzung der Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten bei MBB seine Richtigkeit hat. — (chl)



Köln. Unzählige Presseleute bedrängten am 10. 8. auf dem militärischen Teil des Kölner Flughafens die in Kurdistan entführten Urlauber bei ihrer Heimkehr. Fast unbemerkt blieb dagegen eine kleine Geste: Vertreter des Kurdistan Komitees wurde der Zugang zum Flughafen trotz der Zusage des Innenministeriums verweigert, so konnte der Blumenstrauß in den Farben Kurdistans nur einem der Heimkehrer — er war den Entführern in die „sichere Obhut“ der türkischen Sicherheitskräfte „entflohen“ — überreicht werden. — (mz; af/mz)

Prozesse gegen Friedensbewegung gehen weiter

Drei Menschen sind derzeit wegen gewaltfreien Widerstands in Haft

München. Immer noch finden Prozesse gegen Frauen und Männer aus der Friedensbewegung statt. Sie hatten vor einem Jahr Flugblätter verteilt, in denen zu gewaltfreien Blockaden des Atomwaffenlagers Bellersdorf aufgerufen

wurde. In den zwei in München laufenden Prozessen wurden die Amtsrichter mit Beschlüssen des LG München zur Eröffnung der Verfahren gezwungen, obwohl sie sich geweigert hatten, einen Strafbefehl zu erlassen.

In der Verhandlung gabe es dann in beiden Fällen einen Freispruch, weil die Taten „nicht verwerflich“ seien. Die Rechtsprechung ist immer noch vollkommen unterschiedlich und fast willkürlich, da es in zwei anderen gleichartigen Fällen zu Verurteilungen kam. Der Fortgang der Verfahren bleibt weiter spannend, da bei allen Fällen Berufung bereits eingelegt ist.

Seit dem 14. 3. 1988 führt die Kampagne ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung. Aktion Öffentliche Aufforderung zur Blockade von Atomraketen, täglich (außer Sonntag) in der Münchner Fußgängerzone Mahnwachen durch. Diese Aktion soll solange fortgesetzt werden, wie wegen gewaltfreier Sitzblockaden von ABC-Waffen Verurteilungen im Gefängnis sitzen. Fast 200 Menschen aus dem ehemaligen Bundesgebiet waren bisher vom 22. 12. 87 bis heute wegen gewaltfreier Sitzblockaden von Pershing-II-Einheiten im Gefängnis. Die Kampagne ziviler Ungehorsam betrieht die trotz des INF-Vertrages vom Dezember 1987 unbeirrt weiterlaufende Kriminalisierung wegen angeblich verwerflicher (!) Gewalt(!)anwen-

dung“ als „moralischen Skandal“, vor allem, weil „die Betroffenen aus politischen Gründen vorrangig wegen ihrer Gesinnung verurteilt werden“. Das werde auch dadurch offenkundig, „daß wirkliche, d.h. unbeteiligte Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit radikal einschränkende Blockaden wie z.B. in Kiefersfelden sowie in Rheinhausen von der Justiz nicht verfolgt werden“.

Die mit Abstand längste Haftstrafe hat derzeit in der Müncher JVA Stadelheim Hannes Fischer abzusitzen, nämlich 210 Tage. Es ging um 36 Blockaden, 35 davon in Mutlangen. Hannes versteht seinen Gefängnisaufenthalt als konsequente Fortführung der gewaltfreien Aktionen, er äußert sich — auch gegenüber den Juristen des Gefängnisses so: „Mein Gefängnisaufenthalt ist eine Demonstration gegen politische Justiz und eine aufrüstende Bundesregierung und für ein Leben ohne Waffen.“

Eine mündliche Anfrage der Redaktion der Münchner Lokalberichte, ob Hannes Fischer wegen des öffentlichen Interesses an seinem Fall interviewt werden könne, wurde von der Leitung der JVA mit dem Hinweis auf die

„Resozialisierung“ abgelehnt. Auf einen schriftlichen Antrag erfolgte bis jetzt noch keine Antwort. Hannes Fischer schreibt zu diesen Vorgängen: „Was könnte der Sinn so einer Resozialisierung sein? Wie könnte sie aussehen (sie wird ja von § 2 des Strafvollzugsgesetzes gefordert)? Wie kann einer wiederingegliedert werden, der sich gar nicht ausgegliedert hat, sondern dessen Handlungsmotive — sogar laut denjenigen Richtern/innen, die immer noch verurteilen bei diesen Sitzdemonstrationen vor Waffenlagern & AKWs — ehrenwert sind und aktiv oder passiv mitgetragen werden von Stützen der Gesellschaft?“ Hannes Fischer wird bei dem Absitzen seiner Geldstrafe übrigens nichts geschenkt, so wurde ein Antrag, seinen 82jährigen schwerbehinderten Vater während der Haft besuchen zu können, abgelehnt. — (chl)

Derzeit sitzen ein:

Jutta von Ochsenstein, JVA Gotteszell, Herlikofenstr. 19, 8070 Schwäbisch Gmünd (30 Tg., bis 16. 8. 91); Hannes Fischer, JVA Stadelheim, Stadelheimerstr. 12, 8 München 90 (210 Tg., bis 5. 2. 92); Ria Makein, JVA Willich, Gartenstr. 25, 4156 Willich (40 Tg., bis 30. 8. 91)

Räumung des Flora-Parks

Nach brutaler Räumung jetzt Belagerungszustand

Hamburg. Am Stadtteilzentrum Rote Flora im Hamburger Schanzenviertel, das aus den Auseinandersetzungen um die dort geplante und dann durch die Anwohner verhinderte Ansiedlung der Neuen Flora („Phantom der Oper“) hervorging, war in den letzten Monaten ein Park angelegt worden, der als Treffpunkt und Erholungsmöglichkeit im dicht besiedelten Schanzenviertel dienen sollte. Sehr viele Anwohner unterstützten dieses Projekt. Nicht so der Hamburger Senat, der ausgerechnet an dieser Stelle Sozialwohnungen bauen lassen will. Er versucht damit, einen Spaltkeil gegen die fortschrittliche Öffentlichkeit anzubringen, die ja angesichts der katastrophalen Wohnsituation oft den Neubau von Sozialwohnungen gefordert hatte. Das Bauvorhaben an gerade dieser Stelle stellt jedoch allzu offensichtlich eine Provokation gegen Rote Flora und — vorwiegend autonome — linke Szene dar. Zudem wird es sich um die teuersten Sozialwohnungen in Hamburg handeln und um die ersten, die unter Polizeischutz gegen Anwohner verteidigt werden müssen, die dringend Grünflächen in ihrem Viertel brauchen.

Am Dienstag, 23. 7., rückten dann 1 500 Polizisten zur Räumung des Parks aus, nachdem Innensenator Hackmann vorher geäußert hatte, hier müsse ein Exempel statuiert werden, ob im Schan-

zenviertel „demokratisch gewählte Politiker oder selbsternannte Kräfte“ die Macht ausüben (die Wahlbeteiligung lag hier bei den letzten Bürgerschaftswahlen unter 50 %!). Wie sogar die Springer-Presse berichtete, ging die Polizei dabei mit äußerster Brutalität gegen die immerhin ca. 800 Menschen vor, die sich morgens gegen 4 Uhr dort versammelt hatten. Seit der Räumung besteht in der Gegend faktisch ein Belagerungszustand. Mehrere Hundertschaften Polizei und BGS sind ständig im Einsatz, und es häufen sich Berichte von Übergriffen von Zivilpolizisten auf diejenigen, die sich nach wie vor an den verschiedenen Aktivitäten gegen die Parkbebauung beteiligen. So wurde am 27. 7. ein Mann nach Auseinandersetzungen mit Zivilbeamten festgenommen, verprügelt und so schwer mißhandelt, daß ein Polizeivorgesetzter schließlich den Transport von der Wache ins Krankenhaus mit den Worten anordnete: „Sonst kriecht der uns hier.“

Leider gibt es in der Unterstützerszene der Roten Flora derzeit kein Konzept, wie der Kampf für eine bewohnerechtere Stadtteilplanung öffentlich weitergeführt werden kann; es überwiegen Wut und Einzelaktionen gegen die Parkbebauung, andere linke Kräfte in Hamburg verhalten sich gleich gar nicht zu der Auseinandersetzung. — (uga)

Kampf um Wegegeldzulage

Pflegepersonal am Klinikum Mannheim wehrt sich

Mannheim. Mit Schreiben vom 26. 7. 91 wurde den Pflegekräften am Klinikum durch Verwaltungsdirektor Deckner mitgeteilt, daß ihnen ab August 1991 die Wege- und Umkleidepauschale von 110 DM bzw. 82,50 DM (für KrankenpflegeschülerInnen) ersatzlos gestrichen wird. Diese Zulage war eine Art Überstundenpauschale für die Zeiten, die das Personal vor und nach der eigentlichen Arbeitszeit auf der Station oder Abteilung auf dem weitläufigen Klinikgelände mit Umziehen und den Wegen zu den Umkleideräumen verbringen muß. 1988 wurde per Bundesarbeitsgericht geklärt, daß diese Zeiten zur Arbeitszeit gehören. Daraufhin wurde im November 1989 eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die die Zahlung der 110 DM bzw. 82,50 DM regelte.

Durch die Tarifverhandlungen im April dieses Jahres wurde jedoch der Begriff Arbeitsstelle neu festgelegt. Danach beginne die Arbeitszeit nicht an der Pforte, sondern am Arbeitsplatz, also der Station oder Abteilung. Die ÖTV nun geht von einer Besitzstandswahrung aus (Regelungen, die am 15. 3. 91 bestanden, gelten weiterhin), während der Kommunale Arbeitgeberverband das Tarifergebnis anders „interpretiert“. Da die Finanzierung durch die Krankenkassen über den Pflegesatz nun nicht mehr geregelt ist, griff der Klinikums-

vorstand im Einverständnis mit dem Krankenhausträger — der Stadt Mannheim — zum Mittel der Zulagenstreichung. Die Beschäftigten sind empört über diese Lohnkürzung von durchschnittlich ca. 3 % (bei Azubis sogar bis etwa 5 %). Erste Treffen, Unterschriftensammlungen und Infostände fanden bereits statt. Ca. 200 Pflegekräfte versammelten sich vor dem Büro des Verwaltungsdirektors, um ihm ihren schriftlichen Einspruch gegen die Streichung persönlich zu übergeben, obwohl die zuständigen Funktionäre von Personalratsvorstand und ÖTV in Urlaub waren. Der Verwaltungsdirektor war zwar „verhindert“, aber es dauerte etwa eine halbe Stunde, bis alle Beschäftigten auf einem Plakat an seiner Tür mit Unterschrift versprochen, wieder zu kommen. Presse, Funk und Fernsehen der Region berichteten bereits. Bis eine erneute Entscheidung auf dem Klageweg erreicht werden kann, muß die Stadt für die Weiterzahlung der Zulage sorgen — so die Position der Beschäftigten. Ein entsprechender Antrag wird dem Gemeinderat auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause durch die Grünen vorliegen. Die Aktionen der Beschäftigten, jetzt unterstützt von ÖTV und Personalrat, werden weitergehen. Die Pflegekräfte sind fest entschlossen, die Lohnkürzung nicht hinzunehmen. — (kab)

Conti: Warnstreiks gegen geplante Lohnsenkungen

Vorstand versucht Tarifabschluß drastisch zu kürzen

Hannover. Der diesjährige Tarifabschluß für die chemische Industrie beträgt 6,7 %. Bei einer auf über 4 % hochschnellenden Preissteigerungsrate, Steuerzuschlag und steigenden Sozialversicherungsbeiträgen bedeutet dies schon eine

Reallohnsenkung. Darüber hinaus hat der Vorstand der Conti AG wie schon in den vergangenen Jahren versucht einen Teil dieser Tarifierhöhung für die gewerblichen Arbeitnehmer auf die betrieblichen Leistungen anzurechnen.

Grundlage für diesen Versuch ist eine Betriebsvereinbarung von 1988, die dem Vorstand das Recht gibt, ein Viertel der jeweiligen Lohnerhöhung im gewerblichen Bereich anzurechnen. Diese Betriebsvereinbarung wurde abgeschlossen nach dem Wechsel der Conti AG vom Arbeitgeberverband Kautschuk nach Chemie, wo die Tariflöhne niedriger lagen. Sie wurde erpreßt mit Drohungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Urban, ansonsten Standorte, vor allem in Hannover, zu schließen.

1990 waren es 24 Pf, die hätten angerechnet werden können. In Verhandlungen wurde durchgesetzt, daß 8 von den 24 Pf nicht verrechnet wurden, also 16 Pf. In diesem Jahr konnten bis zu 27 Pf angerechnet werden. Nach ersten Verhandlungen mit dem Betriebsrat hatte der Vorstand beschlossen, wie im Vorjahr lediglich 8 Pf zu zahlen, also 19 Pf einzubehalten.

Als Reaktion auf diese provokative Haltung legten am 3. Juli rund 1000 Arbeiter der Werke Vahrenwald und Limmer spontan die Arbeit nieder, nachdem der Vorstand nach weiteren Verhandlungen 11 Pf als „letztes Ange-

bot“ gemacht hatte. Am nächsten Tag folgten ihnen im Anschluß an eine Sitzung der hannoverschen Betriebsräte rund 400 Arbeiter des Stöckener Werks.

Die Betriebsräte in Hannover, Korbach, Norheim und Dannenberg lehnten das „letzte Angebot“ von 11 Pf einstimmig ab und argumentierten gegenüber der Presse: „Ohne sie (die Erhöhung) würde der erst kürzlich abgeschlossene Tarifvertrag keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung für die Mitarbeiter bringen.“

Verschärfend kommt hinzu, daß dieses Jahr das Weihnachtsgeld (Jahresgratifikation) gekürzt wird, weil es an die — jetzt gesunkene — Dividende gekoppelt ist. Das bedeutet ohnehin etwa 350—400 DM weniger, ganz abgesehen von den Steuererhöhungen. Der Betriebsrat schreibt in seinem Flugblatt von 5. 7.: „Sollte der Vorstand bei seiner bislang gezeigten harten Haltung bleiben, würden dadurch betroffene Arbeitnehmer bis zu 700 DM Einkommen innerhalb der nächsten 12 Monate verlieren. Dieses können Belegschaft und Betriebsrat so nicht hinnehmen! — Der Unmut der Belegschaft ist in den letzten 2 Tagen

durch spontane Zusammenkünfte in den Werken zum Ausdruck gekommen. Die Belegschaft verlangte vom Betriebsrat Mehrarbeit bis auf weiteres nicht mehr zu genehmigen.“

Vereinbart wurde schließlich, daß statt der zuerst angebotenen 8 Pf nunmehr 12 Pf der betrieblichen Zulagen nicht angerechnet werden.

Daß die Auseinandersetzungen weitergehen, zeigte sich spätestens knapp zwei Wochen später, als der Vorstand in der Presse die Absicht bekanntgab, die Hartgummiproduktion im Werk Limmer einzustellen, mehr als ein Drittel des Werksgeländes zu verkaufen und einen Teil der jetzt 2300 Arbeitsplätze abzubauen. Der Betriebsrat fühlt sich „getäuscht und übergangen“ und erklärte gegenüber der *Hannoverschen Allgemeinen* (23. 7.): „Daß das alles schon so konkret ist, haben wir erst aus der Zeitung erfahren.“ Er bezweifelt, daß sich der Abbau von etwa 500 Arbeitsplätzen „sozialvertraglich über den Altersdurchschnitt“ regeln lasse und fordert umfassende Aufklärung über die Umstrukturierung, einen Sozialplan und die Information der Belegschaft. — (tri)

Studentische Klinkaushilfen protestieren

München. Die Studentenvertretungen der medizinischen Fakultäten beider Münchner Universitäten haben gemeinsam alle Medizinstudenten aufgerufen, ab August keinen Krankenpflagedienst mehr im Klinikum Rechts der Isar abzuleisten. Die Studenten reagieren damit auf die Weigerung des Wissenschaftsministeriums, den studentischen Aushilfen im Rechts der Isar die in allen städtischen Kliniken üblichen tarifvertraglich festgelegten Zuschläge für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit zuzugestehen. Da im Klinikum Rechts der Isar der allgegenwärtige Mangel an Krankenpflegekräften schon seit Jahren durch — für das Krankenhaus vergleichsweise billigere — studentische Mitarbeiter/innen aufgefangen wird, droht damit nun ein zumindest teilweiser Zusammenbruch ... — (Presseerkl. Fachschaftsvertr.)

Polizeigewerkschaft demonstriert wegen Besoldung

Stuttgart. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) will im Vorfeld des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes mit Aktionen auf die schlechte Personalausstattung und Besoldung hinweisen. Flugblattaktionen in Fußballstadien und Fußgängerzonen haben bereits begonnen; eine Demonstration in Karlsruhe ist für den 7. September geplant. Die GdP fordert, den Polizeidienst dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen, nach Angaben des Landesvorsitzenden der GdP, H. Meyer, sind vier von fünf der 8400 Polizeibeamten im Land im mittleren Dienst. Der DGB-Landesvorsitzende Pommerenke unterstützte ausdrücklich die Forderung der Polizeigewerkschaft. — (alk)

Erneute Nachtschicht im VW-Werk Hannover

Hannover. Im hannoverschen Transporterwerk der VW AG soll die Produktion des neuen Modells T4 von 640 auf 800 Fahrzeuge gesteigert werden. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit dem Betriebsrat über die Einführung einer dritten Schicht ab 2. September. Für die geplante Dauernachtschicht wurde die Belegschaft um 300 Arbeiter auf 18300 Beschäftigte aufgestockt. Der Betriebsrat erklärte, daß mit der Umstellung auf den neuen Transporter die letzten „Drittländer“ aus dem Zuliefergeschäft ausgestiegen seien, weil die Devisen für die technische Umrüstung der dortigen Produktion fehlten. Vor 15 Jahren hätten die Zulieferungen nach Brasilien, Mexiko, Nigeria und Südafrika noch 1500 Arbeitsplätze in Hannover bedeutet, heute hingegen nur noch 200. Der Betriebsrat setze seine „Hoffnung“ in eine T4-Produktion in Taiwan als „Tor zum asiatischen Raum“. Ab September 1993 sollen dort 80 bis 120 Bullis produziert werden, was für das Werk Hannover 50 bis 100 Arbeitsplätze bedeute. „Es müsse nur sichergestellt sein, daß die Produktion für billigere Löhne dort nicht die heimische gefährde.“ Die Zukunft des Werkes Hannover liege in neuen Märkten, die sich vor der Tür befänden, z.B. im Einsatz von Kleinbussen im öffentlichen Nahverkehr. Der Betriebsrat klagt, daß 300 Einstellungen für die dritte Schicht viel zu wenig seien, allein die geplante Fremdvergabe der Warenannahme und Lagerung an einen privaten Spediteur werde bis Ende 1992 180 Arbeitsplätze kosten. Der Betriebsrat habe der dritten Schicht nur aus einem Grund zugestimmt: um die Arbeitsplätze am Standort zu halten. Quelle: HAZ 8. 8. 91 — (gka)

Kässbohrer: Höhere Personaleinsparungen

Ulm. In der Presse wird die neue Omnibus-Baureihe der Fa. Kässbohrer ausführlich vorgestellt. Die *Südwestpresse Ulm* nennt dabei zum ersten Mal eine neue Prozentzahl: die Zahl der Arbeitsplätze werde langfristig um etwa 10 Prozent zurückgehen. Die Zahl der für einen Bus errechneten Lohnstunden werde durch eine rationelle Fertigung sinken. Bisher steht das Wort des Geschäftsführers Dr. Ahrens, daß der geringere Arbeitskräftebedarf im neuen Omnibuswerk nicht mit Entlassungen, sondern durch Nichtersetzten der Fluktuation und vermehrtem Einsatz von Leiharbeitern erreicht werden soll. Bis jetzt wird allerdings noch die Fertigstellung der neuen Busmodelle mitten in der Urlaubszeit auf dem Rücken der Belegschaft durchgezogen: jede Menge Überstunden, um Fehlzeiten und Startschwierigkeiten auszugleichen. — (elr/AGM)

Kinobeschäftigte fordern höhere Löhne

Berlin. Mit einer Kundgebung vor dem Royal-Palast, einem großen, zentral in der City gelegenen Kino, haben Beschäftigte verschiedener Berliner Kinos am 31. 7. auf die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung aufmerksam gemacht. Die IG Medien fordert für die rund 25000 Beschäftigten in den alten und neuen Bundesländern Lohnerhöhungen von 280 DM. Obwohl die Kinobeschäftigten überwiegend am Abend und in der Nacht sowie an Samstagen und Sonntagen arbeiten müssen, gehören sie zu den am schlechtesten bezahlten Lohnabhängigen. Die Stundenlöhne liegen zwischen 8 und 14 DM, Urlaubsgeld und 13. Gehalt gibt es nicht. Ein Vorführer verdient z.B. 1700 DM im Monat, hinzukommen 200 DM pauschal für alle Zuschläge und Überstunden, natürlich brutto. Mehrere bekannte Schauspieler unterstützen öffentlich die Forderungen der Beschäftigten. Das Angebot des Verbandes der Kinobesitzer am 31. 7. belief sich auf ganze 80 DM. — (har)

Drastischer Stellenabbau im öffentlichen Dienst geplant

Berlin. Um mehrere zehntausend Stellen soll der Personalbestand im öffentlichen Dienst gekürzt werden. Noch in diesem Jahr müssen 150 Mio. DM eingespart werden. Bereits seit dem Frühjahr besteht ein Stellenstopp für die meisten Bereiche. Folge: der Krankenstand steigt. Als Vergleich wird die Stadt Hamburg angeführt. Dort kommen auf 1000 Einwohner 46 Beschäftigte im öffentlichen Dienst, in Berlin sind es 63. Rechnet man das Verhältnis hoch, so hat Berlin bei rund 300000 Beschäftigten gut 85000 zuviel! Das Motto des Senats lautet dabei: mit weniger Personal mehr effektivere Arbeit leisten. Dafür ist man dann auch bereit, dem einzelnen etwas mehr Geld zu geben. — (har)

Schichtsystem bei BASF

Betriebsrat stellt Forderung zur Änderung

Ludwigshafen. Bekanntlich gibt es bei der BASF seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute die Zwölf-Stunden-Wechselschicht. Während des Krieges war dies die „Fliegenschicht“, d.h. die Schichtarbeiter wurden aus dem weiteren Umland eingeflogen. Und damit sich dieser Aufwand lohnte, dauerte eine Schicht eben 12 Stunden lang. Die Zeiten haben sich geändert, trotzdem bekam die BASF vor nicht allzu langer Zeit erneut vom Gewerbeaufsichtsamt die Genehmigung, bis zum 31. 12. 1995 weiterhin 14500 Arbeiter in Zwölf-Stunden-Schichten einzusetzen, mit Zustimmung des Betriebsrats selbstverständlich (11 Arbeitsstunden plus 1 Stunde unbezahlte Pause). Angeblich wollen die Betroffenen nichts anderes, weil es bei dieser Arbeitszeit so viele Freischichten gebe.

Die Freischichten belaufen sich inzwischen aufgrund der Arbeitszeitverkürzung und „betrieblicher Einflüsse“ (BR) auf 51 plus 17 Altersfreischichten, für die BASF ein Dispositionsproblem. So stieß das Gewerbeaufsichtsamt bei der Überprüfung und Auswertung der betrieblichen Freischichten-Nachweise auf Abweichungen von den Genehmigungsvoraussetzungen. In den angemahnten Fällen waren im Betrachtungszeitraum nur eine oder gar keine Freischicht gewährt worden. Zum größten Teil hatte die BASF das Problem aber auch selbst erzeugt, da die Ausfallzeiten nicht durch entsprechende Neueinstellungen ausgeglichen wurden. Die Belastungen und der Verschleiß für jeden einzelnen wuchsen. Das will die BASF offenbar nicht durch ausreichendes Personal ändern.

Die BASF-Personalabteilung strebte also eine Änderung des Schichtsystems an. Auf innerbetrieblichen Vorarbeiter-schulungen brachte sie den Leuten ihre Vorstellungen eines anderen Systems nahe und schaffte ihren Modellen so eine gewisse Basis in der Produktion. Später trat sie an den Betriebsrat heran. Aufgrund der gestiegenen Belastungen war auch der Schichtausschuß des Betriebsrats bereit, „gemeinsam mit dem Unternehmen nach neuen Wegen zu suchen“.

Man einigte sich auf ein Pilotprojekt zur Erprobung einer 4 x 12-Stunden-Schicht. Bei Aufnahme der offiziellen Verhandlungen seit Januar 1991 brachte die Schichtkommission einen umfangreichen Forderungskatalog in die Gespräche ein, der nachfolgend dokumentiert wird.

Das vorgelegte „BASF-Modell“ bedeutet eine 38,5-Stundenwoche und wird mit Tag, Nacht und 48 Stunden Freizeit gefahren. Variable Freischichten entfallen und werden durch einen vorgegebenen Freizeitblock abgelöst. Während der Testphase soll jeder Arbeiter, der das 57. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, vier zusätzliche Frei-

schichten erhalten. Der Betriebsrat be-treute immer wieder: an der Zwölf-Stunden-Schicht werde nicht gerüttelt, und nichts laufe ohne Zustimmung der Kollegen.

Das Pilotprojekt wurde noch nicht gestartet. Mitte Mai fand eine Vertrauens-leuteversammlung für den Schichtbereich statt. Der Betriebsrat war mit starkem Widerstand konfrontiert. Viele befürchteten den Verlust ihrer persönlichen Flexibilität, insbesondere in den Bereichen, in denen bisher die Freischichten-gewährung relativ problemlos läuft. Andere wiederum sehen Einkommensverluste auf sich zukommen aufgrund von weniger Sonntagsschichten etc. Die Ablehnungsgründe sind sehr vielschichtig. Der Elan des Betriebsrats, sich für ein neues Schichtsystem stark zu machen, hat nach der Maiversammlung nachgelassen. — (ede/AGCh)

**Dokumentiert
Forderungskatalog des Betriebsrats:**
1. Die Arbeitszeit beträgt 37 Stunden in der Woche, also ein Plus von sechs zusätzlichen Freischichten.

2. Die Nachschichtzuschläge werden von 15 % auf 25 % angehoben und somit den Möglichkeiten der Steuerreform optimal angepaßt.

3. Die Feiertagszuschläge werden auch aus der Schichtzulage berechnet.

4. Bei Schichtwechsel — Übergabezeit und Gutschrift eines Zeitfaktors von 15 Minuten.

5. Anerkennung von 15 Minuten Pause als Bereitschaftszeit und Gutschrift als Freizeit.

6. Der Eintritt in das Pilotprojekt muß freiwillig sein und von den betroffenen Belegschaften mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

7. Das Pilotprojekt wird von einer paritätisch besetzten Begleitkommission betreut.

8. Das Pilotprojekt ist zeitlich begrenzt (z.B. bis zur nächsten Arbeitszeitverkürzung).

9. In das Pilotprojekt sollen verschiedene Betriebstypen aufgenommen werden. Es muß jedoch übersichtlich und begrenzt bleiben.

10. Ein externer Sachverständiger soll das Pilotprojekt begleiten.

11. Erstellen eines Zeitplans zur Aburteilung der Offenen Punkte unserer Schichtkonzeption, das bedeutet eine Nachbesserung des Schichtpapiers.“

Forderungen des Schichtausschusses
3. Gesellschaft und Politik Von der Politik und Gesellschaft erwarten wir eine größere Berücksichtigung der Auswirkungen durch die höheren körperlichen Belastungen durch die Schichtarbeit. Wir sind für den besonderen Schutz der Frau und für deren Nachtarbeitsverbot im industriellen Bereich.

Werter Kunde!

Wie Sie wissen, sind durch das sogenannte Entflechtungsgesetz die Arbeitsplätze der KONSUM-Mitarbeiter auf's höchste gefährdet.

Wir bitten Sie deshalb um Verständnis, dass Ihre Verkaufsstelle

am Mittwoch, dem 25. 7. 1990, von 9 bis 10 Uhr

geschlossen bleibt, da wir in dieser Zeit einen

Warnstreik

und eine Demo vor dem Grossenhainer Rathaus durchführen.

Berlin. Am 1. 8. wurde der neue Tarifvertrag für die Beschäftigten bei den Konsumgenossenschaften in der ehemaligen DDR abgeschlossen. Vor dieser letzten Verhandlungsrunde streikten allein in Potsdam, Ludwigsfelde und Brandenburg 4000 Konsum-Beschäftigte drei Tage lang. Im Tarifvertrag wurde eine deutliche Anhebung abgeschlossen. Eine Verkäuferin erhält ab September '91 im Durchschnitt 1600 DM, ab Dezember '91 1800 DM und ab März '92 1900 DM. Damit ist die Angleichung an die übrigen Osttarife im Einzelhandel erreicht worden. — (rub/AGD, Bild: Aktion 1990)



Köln. Die Türen der Kölner Caritas waren am 2.8. weit geöffnet, denn Geschäftsführer Dr. Dünner hatte zu einem kleinen Geburtstagsumtrunk geladen. Wenig Freude bereitete ihm jedoch offensichtlich der Besuch der Roma-Initiative. Und so beantwortete er die Fragen nach seiner Einschätzung des „Re-Integrationsprogramms“ der Landesregierung und der Beteiligung der Essener Caritas an der Abschiebung der Roma nach Jugoslawien nur unwirsch und ausweichend. — (mz, Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Grüne Fraktion für regionalisierten Nahverkehr

Stuttgart. Rezzo Schlauch, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag, sieht wieder einmal Übereinstimmung mit der Landesregierung: Gemeinsam sei man für eine Regionalisierung des öffentlichen Schienenverkehrs. Sicher wäre ein in kommunaler Regie betriebenes Nahverkehrsnetz „bürgerlicher“ als ein vom zentralen Vorstand der Bundesbahn betriebenes. Aber: Der heiße Punkt ist die Finanzierung. Die Grünen schlagen eine „Umverteilung von Bundesmitteln“ vor. Die Gelder, die der Bund heute für den Schienenverkehr ausbeutet — in den alten Bundesländern waren das 3,5 Milliarden Mark jährlich — sollen zweckgebunden an die Kreise verteilt werden. Damit ist aber die Aufsicht des Zentralstaates festgeschrieben. Problematisch ist der Vorschlag der Grünen auch wegen der Folgen für die Bundesbahnbeschäftigten: Sie sollen neue Verträge mit den regionalen Betreibern abschließen — wie schwierig das ist, erfahren zur Zeit die Fahrer der Bahnbusse — derzeit verkauft die Bundesbahn regional an Gesellschaften, oft kommunal betrieben. — (alk)

Mayer-Vorfelder macht Druck für Republikaner-Antrag gegen Asyl

Stuttgart. Eine abgefeimte Taktik: Die Republikaner fordern am 2.8. zum x-ten Mal die Streichung des Grundgesetzartikels 16: der Stadtrat soll dazu eine Resolution an den Bundestag beschließen. Zugleich rufen FDP-Stadträte die eigene Bundestagsfraktion zum Umdenken in der Asylpolitik auf. Am 5.8. verschafft der CDU-Kreisvorsitzende und Finanzminister Mayer-Vorfelder der Forderung der Republikaner Nachdruck und rückt sie wieder ins öffentliche Licht: Auch er fordert vom Stadtrat eine Resolution an den „Bundesgesetzgeber“. Er will auch, wie die Republikaner, durch sämtliche Abstimmung im Stadtrat Druck auf die einzelnen Stadtratsmitglieder machen und die Front gegen das Asylrecht von unten organisieren. — (ulk)

SPD-Stadtratsfraktion plant Verkauf der Stadtwerke

Hannover. Nach den niedersächsischen Kommunalwahlen will die SPD auf eine „längerfristig angelegte Finanzpolitik“ hinarbeiten. Die SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Koch-Laugwitz gab dazu zwei Beispiele an. Es soll „totes Kapital“ aktiviert werden. Als Beispiel nennt sie den Verkauf von Anteilen der Stadt an den Stadtwerken oder der Flughafengesellschaft. Außerdem sollten die Finanzströme in der Region neu geregelt werden. Mehr Geld erwartet Koch-Laugwitz auch von einem höheren Kostenleistungsgrad bei Gebühren, etwa im Müllbereich. Sie strebe eine „Politisierung der Gebühren“ an, also höhere Preise für umweltentlastende Leistungen. Die Stadtverwaltung soll sich von verschiedenen Aufgabengebieten trennen, so vom Bauverwaltungsamt. Der Betriebsrat der Stadtwerke reagiert emotional. Gerade von der SPD habe man den Verstoß nicht erwartet. „Wir bekommen“, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, „daß es nicht beim Verkauf einiger Anteile bleibt, sondern auch eine enorme Rationalisierung des Personals einsetzt.“

HAZ 1.8., 2.8., 6.8.91 — (gka)

Erneut mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen

Stuttgart. Laut Statistischem Landesamt brauchten im vergangenen Jahr 389000 Menschen in Baden-Württemberg Sozialhilfe, das waren 8,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben für Sozialhilfe erhöhten sich um 10,4 Prozent auf insgesamt 3,374 Milliarden Mark (das sind rd. 720 Mark pro Kopf und Monat, wobei die nicht bekannten Verwaltungskosten noch abzuziehen wären). 289000 Personen erhielten die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“, also aus Gründen von niedriger Rente, wegen Erwerbslosigkeit oder sonstiger Armut. Die höchsten Sozialhilfeausgaben pro Einwohner hatten die Städte Mannheim (366 Mark), Freiburg (356 Mark) und Stuttgart (307 Mark). Stuttgarter Zeitung, 30.7. — (alk)

Erstes Zentrum für ambulante Schwangerschaftsabbrüche

Hannover. Das erste niedersächsische Familienplanungszentrum wird voraussichtlich im Herbst eröffnet, erklärte Frauenministerin Schoppe (Grüne) bei der Vorstellung des Konzepts und der Räume. Erstmals in Niedersachsen werden dort auch ambulante Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden können. Träger des Zentrums ist Pro Familia, das Frauenministerium unterstützt die Einrichtung mit 550000 DM im Jahr. Die Aufgaben des Zentrums seien medizinische Aufgaben, psychosoziale Beratung, Sexualpädagogik, Öffentlichkeitsarbeit und Forschung. — (gka)

Finanzamt in Sachsenhausen geplant

Berlin Kurz nachdem der Bau eines Supermarktes auf dem Gelände des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück gestoppt wurde, kam die Meldung, daß in einem ehemaligen SS-Gebäude des KZ Sachsenhausen ein Finanzamt untergebracht werden soll.

Die Landesregierung will derzeit ein Konzept für die Gedenkstätten entwickeln. Das neue Konzept müsse durch Achtung vor den Opfern bestimmt werden und der politisch-historischen Verantwortung der Lebenden Rechnung tragen, so Kulturminister Enderlein (FDP). Er forderte die Bundesregierung auf, sich politisch an dem Konzept zu beteiligen. Enderlein will behutsam vorgehen und hat erst einmal das „Museum der Nationen“, in dem bis heute „politisch-propagandistische Darstellungen“ gezeigt werden, bis zu einer Neugestaltung geschlossen. Vorerst hat er davon abgesehen, das gesamte Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen zu sperren. Provisorisch sind auf dem Gelände Schilder aufgestellt, die darauf hinweisen, daß das Leid der nach 1945 dort Festgehaltenen bislang so gut wie nicht dokumentiert wird. Der Minister kündigte an, alle Mitarbeiter von Gedenkstätten zu entlassen, die nicht genügend qualifiziert oder politisch belastet sind. Gleichzeitig häufen sich auch die Angriffe der Faschisten auf die Gedenkstätte. Waren es noch vor einem Monat nächtliche Schmierereien, so sind inzwischen tagsüber Besucher der Gedenkstätte auf dem Gelände angegriffen und zusammengeschlagen worden. Die Polizei war auch 50 Minuten, nachdem sie gerufen wurde, nicht zur Stelle. — (msb)

Rettungswesen als Sache Freier Träger

Subsidiaritätsprinzip belastet die Qualität und provoziert Intrigenwirtschaft

Mannheim. Das Unfallrettungswesen der Stadt Mannheim ist Schauplatz eines in den Medien aufgekochten „Skandals“, bei dem es um Korruption gehen soll — bei dessen Aufdeckung und Bearbeitung allerdings die tatsächlichen Probleme des Rettungswesens sorgsam auf den Kopf gestellt und unter den Teppich gekehrt werden.

Die Fakten: Seit 1.1.91 ist die Berufsfeuerwehr Mannheim nicht mehr am Rettungsdienst beteiligt. Der Beschluß hierzu fiel am 20.10.89 auf dem hierfür zuständigen „Bereichsausschuß“ (der Leistungsträger = Hilfsdienste und der Kostenträger = Krankenkassen).

Die SWF-Abendschau brachte nun am 24.6. und 17.7. zwei Berichte, in denen behauptet wurde: Der damalige Beschluß habe darauf beruht, daß der seinerzeitige stv. Leiter der Berufsfeuerwehr überhöhte Kosten des Feuerwehr-Rettungsdienstes dargestellt habe. Dies sei eine Begünstigung der Freien Rettungsdienste gewesen, namentlich des Arbeiter-Samariter-Bundes, dessen Berater der jetzige Ruhestandler mittlerweile sei. Seither sei die Versorgung der Patienten durch die Rettungsdienste katastrophal.

OB Widder als Dienstherr der Feuerwehr stellte mittlerweile Strafantrag gegen „Unbekannt“ wegen Verleumdung und forderte die Mannheimer Kliniken zu einer Stellungnahme über die Qualität des Rettungswesens auf. Eine erste eingetragene Stellungnahme äußert sich negativ über den Standard der Erstversorgung der angelieferten Patienten.

Wer trägt nun eigentlich für das Rettungswesen die Verantwortung und wie wird es organisiert und finanziert?

Maßgebend hierfür ist das Landes-Rettungsdienstgesetz von 1975 in seiner Neufassung von 1983, die zum 1.1.1984 in Kraft trat. Danach ist das Ret-

tungswesen eine Aufgabe des Landes, welches diese Aufgabe faktisch aber an die Städte und Kreise delegiert hat. Diese müssen nämlich in Zusammenarbeit mit den Rettungsdiensten das Rettungswesen organisieren. Gelingt dies nicht, müssen sie in Form einer „Auftrag-Zuständigkeit“ selbst die Sache übernehmen. Somit zog sich das Land 1983 aus seiner Verantwortung in dieser öffentlichen Aufgabe zurück. Die Freien Rettungsdienste werden in dem Gesetz eindeutig als die Leistungsträger angesprochen — Subsidiaritätsprinzip pur. Die Finanzierung der solchermaßen unentbehrlichen freien Rettungsdienste soll laut Gesetz durch kostendeckende Leistungsentgelte erfolgen. Diese sollen die Kosten für die Rettungseinstellen, die Einsatzfahrzeuge und -geräte sowie für das Personal ersetzen. Ehrenamtlich geleistete Arbeit ist mindestens mit einem Drittel der Kosten von fest angestelltem Personal zu bezahlen.

Das Land übernimmt seit 1984 lediglich 90 % der Bauinvestitionskosten (seit einem Zeitpunkt also, da die meisten Bauinvestitionen bereits abgeschlossen waren). Die Höhe der Leistungsentgelte müssen die Leistungs- und Kostenträger bereichsmäßig untereinander aushandeln. Vor 1984 wurden Defizite oft von den Kommunen übernommen (in Mannheim damals ca. 300000 DM jährlich). Die Novelle schließt diese Praxis aus und entlastet damit vordergründig die Gemeinden, jedoch um den Preis, daß sie im Falle der Pleite eines örtlichen Rettungsdienstes selbst in Leistung treten müssen.

Aus dieser Rechtslage ergeben sich notwendigerweise erhebliche Konflikte: Die Rettungsdienste müssen sich mit den auf Kostendämpfung um jeden Preis pochenden Krankenkassen (federführend ist die AOK) klopfen. Und sie stehen

nach wie vor in heftiger Konkurrenz untereinander: Hauptamtliches Personal (welches anerkannt miserable Arbeitsbedingungen hat) muß aus den Entgelten für tatsächlich erbrachte Leistungen finanziert werden — und da kommt es natürlich darauf an, möglichst viele Einsätze zu ergattern. (Seit 1.1.91 ist nun ein Konkurrent aus dem Feld geschlagen, dessen Finanzierung ohnehin von der Stadt gesichert war.) Da die Rettungsdienste sich ansonsten aus Spenden finanzieren, kommt der Bezahlung ehrenamtlicher Einsätze mit dem Drittelsatz für Hauptamtliche ebenfalls große Bedeutung zu.

Anfang der 80er Jahre waren die Zeitungen voller Meldungen über drohende Pleiten der Rettungsdienste. Die Reform des Rettungsdienstwesens 1983 änderte an der subsidiären Misere der öffentlichen Aufgabe Rettungswesen nichts. Der Gemeindetag Baden-Württemberg kritisierte das Reformvorhaben 1983: „Es ist unrealistisch und abwegig, lediglich von einem stärkeren Zusammenwirken der Kosten- und Leistungsträger eine finanzielle Verbesserung des Rettungsdienstes zu erwarten. Vielmehr wird sich durch den weitgehenden Rückzug des Landes aus der finanziellen Verantwortung für den Rettungsdienst dessen finanzielle Situation bei gleichzeitig erwarteter Beibehaltung des Leistungsstandards noch verschlechtern müssen.“

Der Mannheimer „Skandal“ ist also durch das Gesetz vorgezeichnet: Die Stadt entledigt sich ihres (tariflich „teuer“ bezahlten) eigenen Rettungsdienstes; der Personalkostenansatz bei der Feuerwehr ist für 1991 um 1 Mio. bzw. 4 % reduziert. Die Freien Träger steigern ihren Umsatz und können die Qualität doch nicht halten.

Quellenhinweis: „Mannheimer Morgen“ div. Ausgaben, LT-Drucksache 8/3922 — (tht)



Neu eingerichtete Schnelleinsatzgruppe der Johanniterunfallhilfe: Notwendig für größere Einsätze jenseits der Regelversorgung. Finanziert durch Klinkenputzen bei Firmen und durch 1500 neue Fördermitglieder.

Turbulenzen um Expo 2000

Bonner Finanzierungszusage steht aus/ÖTV nutzt Gelegenheit zur Kritik

Hannover. Seitdem Graf Lambsdorff sich gegen die Weltausstellung „Expo 2000“ in Hannover ausgesprochen hat, reißt die Debatte um deren Zukunft nicht ab. Inzwischen fordert Lambsdorff, die Expo zum größten Teil mit „privatem Geld“ zu finanzieren.

Die niedersächsische Landesregierung beziffert den Expo-Anteil des Bundes auf 4,2 Mrd. DM. Davon sollen 3,2 Mrd. DM auf den Ausbau des Schienenweges und eine Milliarde auf den Defizitausgleich entfallen. Mit 3,5 Mrd. DM Einnahmen rechnet die Landesregierung, soviel wie etwa für Investitionen und die Vorbereitung der Ausstellungsfläche nötig seien. Eine Milliarde ist für „kulturelle Verbesserung“ und eine weitere für das „Expo-Dorf“ vorgesehen. Das zu erwartende 2-Mrd.-Defizit soll zu 40 Prozent vom Land, zu 10 Prozent von der Stadt Hannover und zu 50 Prozent vom Bund getragen werden. Für den Ausbau des Nahverkehrs soll der Bund 80 Prozent zahlen.

Die Ursachen für die jetzt losgetretene Diskussion werden verschiedene sein. Ausgerechnet einer SPD-Grünen-Lan-

desregierung ein öffentliches Beschäftigungsprogramm aufzulegen und dazu noch in den Personennahverkehr Mittel zu stecken, verstößt schon gegen die wirtschaftsliberale Privatisierungsforderung für öffentliche Einrichtungen. Und Hannover in Berlinnähe zu einer mindestens zeitweisen Metropole hochzustilisieren, wird in manchem bisherigen Wirtschaftszentrum Groll erzeugen. So will die Bundesregierung jetzt ein „überprüfbares Gesamtkonzept“ aus Niedersachsen haben, bevor Finanzmittel freigegeben werden.

Die Lambsdorffschen Stichworte fallen bereits auf einen fruchtbaren Boden. „Bei der Expo-Stadt gibt es vom Wohnungsbau bis hin zu den Versorgungs- und Entsorgungsanlagen Möglichkeiten, das privat zu finanzieren“, teilt der hannoversche Expo-Planer mit. Der niedersächsische Unternehmerverband will die Expo weiterhin haben, der Bundesverband der Deutschen Industrie ist interessiert und will „mitarbeiten“. Die Konzerne lenken direkt, bezahlt wird über Gebühren und Preise, für kommunale Infrastruktur haben Land und Kom-

mune aufzukommen. Eine zusätzliche Verschärfung sozialer Probleme für die Region Hannover wird mit den Auflagen eintreten, die an die Vergabe von Bundesmitteln für die Expo geknüpft sein werden.

Immerhin dämmert so etwas inzwischen auch den bisher positiv zur Expo stehenden Gewerkschaften. Die ÖTV-Kreisverwaltung schreibt dem Ministerpräsidenten: „Aus unserer Sicht wäre nicht vermittelbar, warum die Landesregierung Gelder in ein Ausstellungsprojekt pumpt, das hinter den eigenen Leitsätzen zurückbleibt, während gleichzeitig der Fehlbau an Wohnungen in Niedersachsen um jährlich 20000 zunimmt und das Wohnungsbauprogramm von 1,4 Mrd. Mark auf 800000 Mio. zusammengestrichen wird.“ Der Ministerpräsident solle ein Weltausstellungsprojekt verfolgen, das der Bevölkerung und der Umwelt gerecht würde, andernfalls sei ein Verzicht auf die Weltausstellung und die Konzentration „auf das wirklich Drängende im Lande“ besser. (10.8.)

Quellen: Hannoversche Allgemeine Zeitung, versch. Ausg. — (gka)



Kundgebung der PDS am 23. März 1991 in Berlin, Alexanderplatz gegen die Politik der Treuhandanstalt.

Deregulierung — Entwicklungen im Zuge des Anschlusses

Berichte aus der Diskussion der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

1. Wirtschafts-, sozial- und tarifpolitische Entwicklungen im Zuge des Anschlusses der DDR

Eröffnet wurde mit einem Vortrag eines Mitglieds der PDS Thüringen über die Rahmenbedingungen von Belegschafts-genossenschaften.

Es folgte ein Bericht über die Konferenz von 800 Betriebsräten aus Brandenburg (brr, West-Berlin). Die Absetzung des Bezirksleiters Wagner sei gefordert worden wegen des schlechten Tarifabschlusses. Es bilde sich eine auf einzelne Betriebe bezogene Interessenslage heraus. Das deute hin auf die denkbare Perspektive „betriebliche Genossenschaften“.

Von dis (PDS Thüringen) wurde darauf hingewiesen, daß die konkrete Eingruppierung nach der Einführung der westlichen Tarifstruktur schlecht ausgefallen sei. Langjährige Facharbeiter würden sich als Hilfsarbeiter zwei Lohngruppen tiefer wiederfinden. Deshalb sei der Standard „60 % der westlichen Löhne“ nicht real. Da die meisten arbeitslos werden und das Arbeitslosengeld sich auf diese niedrige Löhne beziehen werde, sei der Tarifabschluß Metall eine Katastrophe. Die Entwicklung in der Metallindustrie sei davon bestimmt, daß die Westkonzerne die DDR-Industrie zerschlagen hätten, um Konkurrenz loszuwerden. Es sei nach der Größe des Marktanteils liquidiert worden. Die Forschungsbereiche würden total verjüngt, Ältere würden in die Konzernzentralen im Westen integriert.

Entwicklung von betrieblichem Stolz und einer Gesamtsicht über die Branche sind nach Ansicht von hav (AG Gewerkschaftspolitik der PDS) erforderlich, um tiefe Resignation zu verhindern und Betriebsbesetzungen zu entwickeln.

Eine systematische Politik der De-industrialisierung im Osten wurde von gka (Niedersachsen) festgestellt. Den Betrieben im Osten würden Ostmarkt und Kreditlinie abgeschnitten. Die Marktbefriederung erfolge vom Westen aus, ohne hier Kapazitätsprobleme aufzuwerfen. Das flüssige Kapital sehe keine günstige Rendite im Osten, der Kapitalmarkt sei günstiger. Wissenschaftliche Apparate und Kundenkarten würden abgefishet. Mit staatlichen Transferleistungen würde versucht, Nachfrage auszulösen. Eine Krise im Maschinenbau zeichne sich bereits ab. Es gebe zwar auch deindustrialisierte Regionen im Westen, die Ex-DDR sei jedoch bedeutend größer, und es frage sich, ob hier regionale Steuerung noch möglich sei. Perspektive sieht er in der Kommunalwirtschaft, es werde kein Abkupfern geben.

Das Konzept „Investitionen durch Westkonzerne“ werde nicht zu einer nützlichen Entwicklung der Volkswirtschaft führen. Vorstellungen über regionale Entwicklungen — Beschäftigungsgesellschaften seien notwendig (rok, Baden-Württemberg). Die Belieferung des Ostmarkts von der CSFR aus stelle sich für die Konzerne noch günstiger, da hier nicht mal die schlechten „Lohnanpassungs“-Stufenpläne wie in der Ex-DDR existierten. Kommunale Betriebe

für eine Überlebenswirtschaft müßten überlegt werden (cls, Bayern).

Großen sozialen Zündstoff sieht fpl (PDS Thüringen). Bei den Gewerkschaften würden mehr als die Hälfte der Mitglieder austreten. 2/3 der Jungunternehmen seien bankrott.

Vom Kapitalverhältnis her seien West und Ost unlösbar zusammen, gleichzeitig bestehe eine tiefe Spaltung, stärker als irgendwo in der EG, so dis (PDS Thüringen). Der reale Vergesellschaftungs- und Arbeitsteilungsgrad müsse untersucht werden. Die Geschichte der Arbeitsteilung werde vom Westen vorangetrieben. Es sei nicht ausgemacht, welche Gruppen im Osten handlungsfähig sein werden, wahrscheinlich nur wenige. Stolz und Eigentümergefühl seien in Wirklichkeit Abhängigkeiten. Die Belegschaften seien zerstört. Die Branchenthese sei nicht haltbar, erreichbar sei das Territorium, nicht die Branche. Vom westlichen Kapital sei nichts zu erwarten, und aus dem Betriebsdenken entstehe kein Fortschritt. Etwas entwickeln könne sich aus kommunalen, regionalen Zusammenhängen. Hier seien scharfe Verteilungskämpfe zu erwarten, im wirklichen Sinn revolutionär, da die Verfügung über das Eigentum anstrebt.

Daß „gleiche Lebensbedingungen“ auch „gleiche Tarife“ heißen muß, bezweifelt pef (Bayern). Auch Alternativbetriebe im Westen seien nicht zu Tariflöhnen wie Konzerne fähig. Mit der DDR-Industriestruktur seien nicht nur Konkurrenten, sondern auch Belegschaften zerschlagen worden. Es käme auf eine Kombination Branche-Territorium (weit unten) an.

Daß Investitionen in der DDR durch Steuerpolitik und Deregulierung gefördert werden könnten, erwartet ros (Baden-Württemberg).

Ausländische Investoren wurden abgeblockt (fpl, PDS Thüringen). Die DDR wird verlängerte Werkbank, wie sie jetzt schon verlängerter Ladentisch ist.

Die Crash-Politik der CDU wird nicht gehen (dis, PDS Thüringen). Nicht aus Trümmern muß aufgebaut, sondern es muß umgestaltet werden. Geht die Genossenschaftsbewegung? Geht eine Wirtschaftsform, die nicht dem Industrietyp entspricht, geht es, z.B. die Großräumigkeit in Frage zu stellen? Andere Bereiche verlangen rational eine andere Organisation. Die Rationalität zu thematisieren, sei eine denkbare Frage. Schon zweimal habe sich die Mißachtung der Modernisierung des Imperialismus für die Arbeiterbewegung bitter gerächt. Man dürfe die Modernisierungsstrategie nicht mit der Krise verwechseln, es handle sich um differenzierte Strategien.

2. Kooperation

Der Vertreter der AG Gewerkschaftspolitik der PDS lädt die Arbeitsgemeinschaft zur Mittdiskussion und Mitarbeit auf der 2. Tagung der AG Gewerkschaftspolitik der PDS am 14. 9. 91 in Hannover im Lister Turm ein.

Die PDS plant für den 14. 10. 91 in

Bonn ein Hearing zum Thema „Deregulierung. Nach dem Hearing wird die Fraktion der PDS initiativ werden und regionale Veranstaltungen gegen die Deregulierungspläne durchführen. Die Arbeitsgemeinschaft wird regional je nach Möglichkeit die Veranstaltungen unterstützen.

Für den 7. 12. 91 lädt die PDS zu einer zentralen Beratung über linke, fortschrittliche Gewerkschaftspolitik ein.

Geplant ist monatlich einen Info-Dienst des AK Gewerkschaftspolitik erscheinen zu lassen. Es besteht Interesse an inhaltlichem Austausch. Der Info-Dienst soll „dem Aufbau und der Stabilisierung linker Strukturen in den Gewerkschaften dienen“. In Beiträgen von Mitgliedern des Koordinationsausschusses wird der PDS-Vertreter aufgefordert, den Info-Dienst politisch zu be-

gründen, da befürchtet werden muß, daß der Info-Dienst zu einem Fraktionsorgan in den Gewerkschaften ausgebaut werden soll.

3. Deregulierung

Im einleitenden Beitrag vertrat rok (Baden-Württemberg) die Auffassung, daß die Frage Deregulierung zum zentralen Punkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit werden könnte. Darauf deuten die Kampagne gegen die Lohnfortzahlung, der Angriff der Arbeitgeberverbände auf vereinbarte Tarife und die ultimative Aufforderung Lambsdorffs, die Tarife zu öffnen, hin. Diese Angriffe finden ihre programmatische Zusammenfassung im Bericht Deregulierung. Angesetzt wird an allen Punkten, die das Arbeitsverhältnis regulieren. Der Bericht stützt sich dabei auf

die faktisch stattfindende Deregulierung. Der Widerstandsfront dagegen kann sich betriebliche Erfahrungen nutzbar machen. Günstig wäre es, Beschlüsse von Körperschaften herbeizuführen. Überprüft werden müßten, die institutionellen Möglichkeiten zur Blockierung, z.B. durch den Bundesrat — (cls)

Anzeige

NACHRICHTEN STAHL- UND METALLINDUSTRIE

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Vierzehntätig erscheint. Erhältlich über GNN-Verlag.

Ein Angriff, der Geschichte hat

Ein umfangreiches Papier liegt seit Mai diesen Jahres auf den Bonner Tischen. Daß es mit enormem sozialen Sprengstoff angereichert ist, bedarf keiner Frage. Der Abschlußbericht der „Deregulierungskommission“ liest sich teilweise wie ein Katalog „sozialer Grausamkeiten“. Jetzt, so hört man, soll eine Arbeitsgruppe beim Wirtschaftsministerium prüfen, welche Kommissionsempfehlungen sich für Gesetzesvorhaben eignen. Die Kommission bringt es auf den Nenner: Jegliche Form von Marktregulierung führt zu volkswirtschaftlichen Schäden. Und Marktregulierung ist für sie die Existenz von Schutzfunktionen für die Arbeitskraft. Mit anderen Worten: Die in Gesetzen, Verordnungen und Mantelverträgen fixierten Sicherungen für die Arbeitnehmer sind den Verfassern des Berichts ein Dorn im Auge. Sie fordern eine massive „Entstaatlichung“.

Wenn wir das Wort „Deregulierung“ ins Deutsche übersetzen, ist nur ein Begriff dafür passend: unbedingte Vorfahrt der Kapitalinteressen. Und darum geht es in diesem Kommissionsbericht abschließend.

Aber dieser Angriff hat Geschichte. Noch zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition, 1982, setzten die Bundesvereinigungen der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit ihren programmatischen Forderungen auf eine schärfere Gangart in der Politik der Wende. Vieles von ihnen damals geforderte ist heute Bestandteil des Deregulierungsberichtes. Im September 1982 legte Lambsdorff ein Papier mit dem Ziel vor, der Regierung ein Umsetzungsprogramm „anzudienen“. Die von Lambsdorff aufgerichteten Hürden waren der Regierung Schmidt, die ansonsten den Deregulierungen nicht abgeneigt war, zu hoch. Das Pferd straukelte, die Koalition platzte. Die Regierung der Wende unter Kanzler Kohl etablierte sich.

In dem ersten Jahr der neuen Regierung gab es eine Schwemme von Posi-

tionspapieren, die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen zum Inhalt hatten. Denen, die mit der Wenderegierung ihr Los verbanden, ging der Angriff auf das Normalarbeitsverhältnis zu schlingend.

Der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984/85 ließ es den Wendepolitikern nebst ihren Ratgebern und Hintermännern dienlich erscheinen, nicht noch eine zusätzliche Konfrontationslinie mit den Gewerkschaften zu schaffen. Man ging zu „kleinen Schritten“ über, die jedoch sozialpolitische Auswirkungen zeigten. Das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ von 1985 — eine Verballhornung des Namens — soll als ein Beispiel erwähnt werden.

Größere Angriffe jedoch, die die gesamte Palette der Deregulierungsstrategie umfaßten, unterblieben aus wohlweislichen Überlegungen. Gegenwärtig scheint den Vertretern des Abbaus von „Marktwidrigkeiten“ die Zeit günstig, den sozialstaatlichen „Flankenschutz“ (so der Bericht) offen ins Visier zu nehmen.

Erstens. Die tiefgehenden Krisenerscheinungen in den neuen Bundesländern müssen herhalten, um die dortige erste Lage auf dem Arbeitsmarkt zur Beweisführung des Mehrheitsvotums der Kommission zu nutzen. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik wird hemmungslos attackiert, weil „die Vernachlässigung der Interessen von Arbeitslosen durch die Festlegung zu hoher Tariflöhne ... eine Verletzung des Rechts auf Arbeit“ sei. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sagen: Was schert es den Mond, wenn ihn der Mops anbellt. Aber die Absichten werden deutlich: Die Interessen der arbeitenden und arbeitsfähigen Menschen in den neuen Bundesländern sollen gegen ihre KollegInnen im Westen und gegen die sich gesamtdeutsch entwickelnden Gewerkschaften ausgespielt werden. Dabei beschwören die „Deregulierer“ die Sicherung des Arbeitsmarktes. In Wahrheit geht es ihnen um die Wiederbelebung eines modifizierten Manchesterkapitalismus, den

Friedrich Engels bereits 1845 einer bitteren Kritik unterzog.

Zweitens: Im Bericht wird mit der Herausbildung des einheitlichen europäischen Marktes auf die Harmonisierung des Arbeits- und Sozialrechts gesetzt. Diese Anpassungsprozesse, das wird deutlich, sollen — dem Wunsch des Kapitals entsprechend — nach unten nivellieren. Die Lockerung und Aufhebung errungener und erkämpfter sozialer Normen, das ist die Linie der Kommission und zugleich das entscheidende strategische Kalkül der Unternehmer. Die Profitproduktion hat absoluten Vorrang, die Ampelphase dafür hat auf grün zu stehen. Großzügigerweise ringt sich die Kommission zu Mindeststandards durch, „die nicht unterschritten, wohl aber überschritten werden dürfen“. Aber daß die hierzulande erreichten Standards kein Maßstab sein werden, das ist bei der Deregulierungsmehrheit unumstritten. Das bundesrepublikanische Großkapital läßt grinsen.

Drittens: Der Deregulierungsbericht weist mit der Absicht, einen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Kahlschlag einzuleiten, darauf hin, daß man die Chancen, die mit dem Wegfall des Ost-West-Systemgesetzes verbunden sind, hemmungslos nutzen will. Es bedarf keiner Frage: Vieles haben die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in den hinter uns liegenden Jahrzehnten in der alten Bundesrepublik erkämpft. Manches und nicht das Unwichtigste war der „Frontlage“ in der Systemkonkurrenz geschuldet. Heute befinden wir uns an dem Zeitpunkt, wo die Unternehmerverbände dazu übergehen, diesen „Frontabschlag“ einzuklagen. Die Deregulierungsstrategie ist dafür weit mehr als nur ein Mosaikstein.

Wie bereits gesagt: Dieser Angriff hat Geschichte. Von der sich zusammenfügenden gesamtdeutschen Arbeiterbewegung hängt es ab, ob diese Geschichte nur Geschichte bleibt oder sozialrealisierbare Realität wird. — (Hans Vossen, PDS; aus: INFO-DIENST Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik Nr. 2)

Der folgende Diskussionsbeitrag lag dem Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie bei seiner Beratung am 29./30.6.1991 vor.

I. Aktuelle Deregulierungsdiskussion
Die Auseinandersetzung um die Deregulierung von Gesetzen und Tarifverträgen wird gegenwärtig immer mehr eine zentrale Frage des Kampfs zwischen Lohnarbeit und Kapital in der BRD.

Beispiel 1: Seit Wochen heizen Unternehmensverbände, liberale Kräfte und einschlägige Medien die Diskussion um die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Einführung von Karenztagen an. Wie schnell diese Frage ganz praktisch werden kann, zeigt eine Meldung aus den Niederlanden. Dort mußten sich die Beschäftigten im Maleisgewerbe gerade mit Streik u.a. gegen die Einschränkung der Lohnfortzahlung wehren.

Beispiel 2: Der Unternehmerverband Gesamtmetall stellt öffentlich Überlegungen an, abgeschlossene Tarifverträge nicht einzulösen. In den östlichen Bundesländern sollen die Lohnerhöhungen der nächsten Jahre, die eine tarifliche Angleichung bringen sollen, zum Teil nicht ausbezahlt werden. Die zurückbehaltenen Lohnanteile sollen als Arbeitnehmeranteil in den Unternehmen bleiben. Obwohl dringend benötigt, stünden diese Lohnbestandteile nicht für die Lebenshaltung zur Verfügung. Auch für den Westen wird die Zurückbehaltung von Lohn als Investivkapital in den Unternehmen gefordert. Außerdem werden die nächsten, tarifvertraglich vereinbarten Stufen der Arbeitszeitverkürzung in Frage gestellt.

Beispiel 3: Lambsdorff fordert von den Gewerkschaften in ultimativer Form freiwillige Öffnung bestehender Tarifverträge: „... wenn es nicht auf freiwilliger Basis Öffnungsklauseln für die Betriebe drüber gibt, die es den Unternehmen erlauben, aus Tarifverträgen zeitweilig auszusteigen und notfalls auch geringere Löhne zu zahlen, dann könnten diese Öffnungsklauseln gesetzlich verordnet werden. Dann muß notfalls vom Staat eingegriffen werden ...“ (Stuttg. Ztg. 22.6.91)

II. Der Bericht der Deregulierungskommission
Diese auffällige Häufung von Vorstößen zur Deregulierung geltender Gesetze und Tarifverträge hat eine programmatische Zusammenfassung gefunden im Abschlußbericht der Deregulierungskommission. Die Bundesregierung hat diese Kommission 1987 eingesetzt. Die Regierungsparteien haben sich in ihrer letzten Koalitionsvereinbarung verpflichtet, aus den Vorschlägen dieser Kommission bis zum Herbst 1991 praktische Maßnahmen zu machen.

Die Kommission entwickelt und begründet zwölf Vorschläge ganz auf der Linie der liberalen Angebotspolitik: Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit habe ihre Ursache in Störungen des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitskraft müsse sich wie jedes andere Warenangebot auch seine Nachfrage schaffen, wenn nötig durch Preissenkung, bei der Ware Arbeitskraft also durch Lohnsenkung. Die Preise auf dem Arbeitsmarkt müßten individuell soweit abgesenkt werden können, bis jeder einen Käufer finde. Die Krisenerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt rührten nun daher, daß der Arbeitsmarkt übermäßig reguliert, die Löhne zu hoch und zu stark nivelliert und der Wettbewerb zu stark beschränkt sei. Die kollektiven gesetzlichen und tariflichen Regulierungen müßten deshalb geöffnet bzw. im einen oder anderen Fall ganz abgeschafft werden. Mehr Wettbewerb und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sei das Mittel

Entfesselung eines großdeutschen Arbeitsmarktes

Zum Abschlußbericht der Deregulierungskommission der Bundesregierung

gegen die Arbeitslosigkeit, speziell die Langzeitarbeitslosigkeit, und gegen die besonderen Probleme auf dem Arbeitsmarkt im Osten.

Entsprechend weitreichend sind die Vorschläge zur Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt (Nr. 86 bis 97 im Bericht der Kommission).

— Gegen den Charakter des Tarifvertrags als garantierte Mindestnorm richten sich die Vorschläge 86 bis 88. Nach dem Vorschlag 86 soll der Tarifvertrag im Notfall durch Betriebsvereinbarung abgedungen werden können. Nach dem Vorschlag 87 sollen Langzeitarbeitslose bis zu drei Jahren untertariflich beschäftigt werden können. Nach dem Vorschlag 88 sollen die Möglichkeiten der staatlichen Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen eingeschränkt werden.

Nach diesen Vorschlägen könnten die Tarifverträge also sowohl durch individuelle Arbeitsverträge als auch durch Betriebsvereinbarungen unterlaufen werden. Die Einschränkung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen würde besonders in gewerkschaftlich schlecht organisierten Branchen mit vielen Kleinbetrieben, einfacheren Arbeitsplätzen und starker Auslandskonkurrenz Unternehmen ermuntern, sich tariflichen Regelungen nicht zu unterwerfen. Immerhin 500 bis 600 Tarifverträge von ca. 30.000 Beschäftigten werden nach Angaben der Kommission staatlich für allgemeinverbindlich erklärt.

Alle drei Vorschläge begründet die Kommission ausdrücklich mit der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Ihre Realisierung würde im Osten über weite Strecken praktisch einen tariflosen Raum schaffen, der über den großdeutschen Arbeitsmarkt auch auf den Westen ausstrahlen würde.

— Sieben Vorschläge der Kommission sollen das einzelne Arbeitsverhältnis deregulieren. Sie setzen am Abbau des Kündigungsschutzes, an der Einschränkung von Sozialplanpflichten der Unternehmen und an der Ausdehnung der Leiharbeit an.

Nach Vorschlag 89 sollen befristete Arbeitsverträge bis zu einer Dauer von 18 Monaten (wie bisher im Beschäftigungsförderungsgesetz) auf Dauer zulässig bleiben und zusätzlich einmal um weitere 18 Monate verlängert werden können. Nach Vorschlag 90 soll beim Kündigungsschutz die Pflicht zur Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte bei betriebsbedingten Kündigungen präzisiert werden. Die Gewichtung der verschiedenen sozialen Gesichtspunkte wie Alter, Gesundheit, Unterhaltspflichten soll in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen vorgenommen werden.

Damit sollen die betrieblichen Kündigungsgründe gegenüber der Pflicht zur sozialen Auswahl gestärkt werden. Die Gewerkschaften sollen die sozialen Kriterien für Kündigungen abstützen und betriebliche Kündigungen damit auch gegen gerichtliche Überprüfungen stärker absichern.

Nach Vorschlag 91 sollen Schwerbehinderte bei Einstellungen zwischen dem bisherigen besonderen Kündigungsschutz und dem allgemeinen Kündigungsschutz wählen können. — Die faktische Abschaffung des besonderen Kündigungsschutzes für Schwerbehinderte als „Wahlmöglichkeit“ — die Kommission kann sich nicht einmal diesen Zynismus verkneifen.

Nach dem Vorschlag 92 sollen die gesetzlichen Sozialplanpflichten dem Umfang nach eingeschränkt werden, nach Vorschlag 93 soll der gesetzliche Anspruch auf einen Sozialplan durch Tarif-

verträge oder Betriebsvereinbarungen über Abfindungszahlungen abgegolten werden können. — Die Kommission geht dabei davon aus, daß die im vorhin festgelegte Abfindungszahlung (tariflich oder betrieblich) billiger als der Sozialplan kommt und damit auch finanziell das Kündigen erleichtert.

Schließlich soll nach Vorschlag 94 bei einem Betriebsübergang der Erwerber die Belegschaft verkleinern können. Damit soll die Verpflichtung aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch entfallen, bei einer Betriebsübernahme in die bestehenden Arbeitsverhältnisse eintreten zu müssen. Die Kommission verweist dabei ausdrücklich auf die Arbeit der Treuhand und begrüßt die entsprechende Regelung der Bundesregierung. Das anlagensuchende Kapital soll im Osten, aber dann auch im Westen rücksichtslos gegenüber bisherigen vertraglichen Verpflichtungen operieren können.

Schließlich richtet sich gegen abgesicherte Arbeitsverhältnisse auch Vorschlag 95, nach dem die Höchstdauer der Leiharbeit verlängert und Beschränkungen aufgehoben werden sollen. —

folgte Arbeitszeitgesetz der Bundesregierung verweist mit der Freigabe der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit, der Freigabe der Nacharbeit für Arbeiterinnen, der Erleichterung der Sonntagsarbeit usw. Das Ladenschlußgesetz könne ersatzlos gestrichen werden.

Vieles in den Vorschlägen der Kommission ist nicht neu. Neu ist die umfassende programmatische Formulierung der Flexibilisierungs- und Deregulierungsziele, die von allen Seiten ansetzt. Neu ist aber vor allem die Lage. Die Annexion der DDR hat die dortigen sozialen Sicherungen beseitigt, die eine Unterstützung für die Durchsetzung sozialer Absicherungen in der BRD waren. Die Ruinierung der eigenständigen Wirtschaft der DDR entfesselt den Arbeitsmarkt. Die Folgen sind auch im Westen in den Betrieben zu spüren. Faktisch wird schon überall dereguliert, privat vermittelt, untertariflich beschäftigt, Arbeitszeitschutz durchbrochen usw. Die rechtliche Deregulierung soll jetzt in die Scheuer fahren, was vielfach schon praktiziert wird.



Tariffkampf 1991: Aktion der IG Metall in Heilbronn

Nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz von 1972 und dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 sollen jetzt die Fristen weiter verlängert oder, besser, ganz aufgehoben werden. Das Verbot der Leiharbeit auf dem Bau soll fallen. Die Kommission sagt, Ostdeutsche sollen damit leichter in Westbetriebe hineinkommen. Auch hier wird deutlich, wie die Kommission über den gesamten deutschen Arbeitsmarkt die faktischen und rechtlichen Verhältnisse aufrollen will.

Insgesamt zielen die Vorschläge 89 bis 95 darauf ab, Arbeitsverhältnisse bei Bedarf leicht und billig auflösen zu können, was immer auch als Knüppel für Wohlverhalten und hohes Arbeitstempo wirkt.

— Die Kommission geht aber noch weiter. In ihrem Vorschlag 96 fordert sie die Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit und die Zulassung privater Arbeitsvermittlung. Damit würde nicht nur aus der jährlich hundertaufendfachen Arbeitsuche eine gewinnträchtige neue Branche geschneidert. Vor allem würde die Arbeitsvermittlung immer stärker eine Frage der Zahlungsfähigkeit der Arbeitssuchenden: Wer die Vermittlungsprovisionen nicht zahlen kann, hätte immer weniger Aussicht auf Vermittlungserfolg. Der Druck, Arbeit auch zu schlechten Bedingungen anzunehmen und sich den verschiedensten Zumutungen zu fügen, würde noch weiter wachsen.

— Schließlich soll nach dem Vorschlag 97 in der gesetzlichen Arbeitszeit möglichst viel Flexibilität angestrebt werden, darunter auch die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten.

Die Kommission stellt befriedigt fest, daß mit und nach dem „Leber-Abschluß“ von 1984 in der Metallindustrie die Flexibilisierung verstärkt Einzug in die Tarifverträge gehalten hat. Sie faßt sich hier in den Vorschlägen kurz, indem sie einfach auf das seit Jahren ver-

fesselt und den Konkurrenzdruck verschärft. Aber das ist nicht einfach offensichtlich. Und die Unternehmen, vor allem die Konzerne, stellen vielfach in ungetrübten Verhältnissen ein, so daß es möglich sein kann, irgendwie Arbeit zu kriegen, wenn man die Ansprüche zurückschraubt. Das gilt aber nicht für alle und verschärft obendrein den Konkurrenzdruck weiter.

III. Möglichkeiten des Widerstands.

Der Wunsch, der uferlosen Deregulierung entgegenzutreten, ist groß. Aus den Gewerkschaften gibt es vielfache Kritik. Auf parlamentarischer Ebene hat die PDS Widerstand angekündigt und will im Herbst ein Hearing und möglicherweise auch dezentrale Veranstaltungen durchführen. Auch die Sozialdemokratie kann die Deregulierungskampagne nicht hinnehmen, wenn sie nicht allein reformerischen Anspruch aufgeben will. Gegen die Deregulierungskampagne gibt es Aussicht auf eine Widerstandsfront, die etwas ausrichten kann.

Der Widerstand muß sich auf betriebliche und gewerkschaftliche Kritik an der Deregulierung stützen können. Deshalb sollten wir in diesem Rahmen, in Vertrauensleutkörpern, Funktionskonferenzen, Frauenkonferenzen usw., wo die Möglichkeit besteht, die Deregulierungspläne zu einem Thema machen. An manchen Orten arbeiten gewerkschaftliche oder mit den Gewerkschaften zusammenarbeitende Arbeitsloseninitiativen. Es wäre nützlich, daß sie gegen die Deregulierungspläne auftreten — gerade weil diese Pläne als Unterstützung der Arbeitslosen deklariert werden.

Die Gewerkschaften müssen sich auch an die oppositionellen parlamentarischen Kräfte wenden und die Ausschöpfung aller institutionellen Möglichkeiten des Widerstands einfordern. Hier hat besonders die SPD mit der Mehrheit im

Bundesrat gute Möglichkeiten, zustimmungspflichtige Gesetzesvorhaben zu blockieren. Bloße kosmetische Korrekturen wie bei den Steuererhöhungen verspielen diese Möglichkeiten. Sie nützen, nebenbei bemerkt, auch der SPD nicht.

Es müßte also auch geprüft werden, welche Gesetzesänderungen im Bundesrat zustimmungspflichtig sind. Die Vorschläge der Kommission betreffen u.a.

- Tarifvertragsgesetz
- Beschäftigungsförderungsgesetz
- Kündigungsschutzgesetz
- Schwerbehindertengesetz
- Betriebsverfassungsgesetz
- Bürgerliches Gesetzbuch
- Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
- Arbeitsförderungs-gesetz
- Arbeitszeitgesetz
- Gewerbeordnung
- Ladenschlußgesetz.

Es ist anzunehmen, daß in einer Reihe von Fällen Zustimmungspflicht vorliegt. Eine Auskunft z.B. aus dem Bundesrat selber wäre nützlich. — (rok)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42.
Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft, Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 DM
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 6 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergsstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).

☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).

☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....
(Bank Unterschrift)

Ein optimistischer Streiter für eine gerechtere Welt

Zur Erinnerung an Axel Eggebrecht

Am 14. Juli 1991 starb Axel Eggebrecht in Hamburg an den Folgen eines Treppensturzes. 92 Jahre ist dieser ungewöhnlich vielseitige und bis ins hohe Alter politisch wache Mensch nun alt geworden. Als Rundfunkjournalist, als Verfasser von Hörspielen, als Mitarbeiter an vielen Zeitungen und Zeitschriften und als Schriftsteller hat A.E. bis zuletzt Stellung bezogen zu den politischen Ereignissen. Er will „Unruhe verbreiten“, wie er in einem Interview kürzlich beim WDR sagte: „Es könnte auf der Erde, die solche reichen Möglichkeiten bietet, etwas gerechter zugehen. Das ist eigentlich ein Wunsch, der sehr viel mehr Menschen beunruhigen müßte, als es es tut, stimmt das nicht? Aus ganz egozentrischen Gründen. Ich möchte nicht das schlechte Gewissen haben, aber rings um mich geht es so vielen Leuten schlechter als mir. Warum geht es ihnen schlechter? Sie selber können sich sehr schwer wehren. Sie müssen ums nackte Leben gewissermaßen kämpfen. Mir geht es relativ gut,

anderen geht es sehr viel besser, und die könnten ja — nicht abgeben oder was —, sondern organisieren, das Leben anders ... daß nicht Menschen durch Unterdrückung schlechter leben. Und das findet ja dauernd statt, das kann man doch nicht leugnen!“ Und auf die Frage, ob er mit 91 nicht allmählich genug von der Politik habe, antwortet er: „Ich sollte! Aber nein! Dazu bin ich zu neugierig. Ich möchte noch zu meinen Lebzeiten den Anfang einer Änderung, wie ich sie wünsche, sehen. Mehr kann ich ja wohl nicht verlangen ... Ich kann nur wiederholen, was ich einmal geschrieben habe: „Wer nicht für etwas wirkt, arbeitet, schreibt, Propaganda macht, was lange nach seinen Lebzeiten sich erst verwirklichen läßt, der soll die Finger von der Politik lassen. Man ist dafür da, die Welt zu verändern und nicht sein eigenes Leben besser zu machen.“¹ Sein Leben soll hier nachgezeichnet werden. Ich möchte anregen, daß man das eine oder andere Buch von A. Eggebrecht liest. — (hao)

Ein Jahr älter als das Jahrhundert

Am 10. Januar 1899 geboren, einziges Kind des Arztes Ernst Eggebrecht, wächst A.E. ohne Mutter und Geschwister auf. 1917 Abitur am großbürgerlichen Gymnasium in Leipzig. Fahnenjunker in Erfurt. Im Herbst Flandernfront. Im April 1918 von einer Granate schwer verwundet. Ein Fuß und eine Hand bleiben für immer behindert. 1919 nach seiner Entlassung Studium der Germanistik und Philosophie. 1920 beim Kapp-Putsch aus Abenteuerlust in einer „Studentenkompanie“ der Aufständischen. Erlebnis eines antisemitischen Exzesses führt zur Besinnung. Im Herbst Eintritt in die KPD, wieder in Leipzig. Aufgabe des Studiums, Verzicht auf finanzielle väterliche Unterstützung. Arbeit als Kofferträger, Reisender, Statist, Bote und Helfer bei kleinen Filmproduktionen.

1921 beteiligt er sich am mitteleuropäischen Aufstand. Danach Flucht nach Berlin. Hungermonate. Dann für anderthalb Jahre Packer beim kommunistischen Malik-Verlag. Parteiarbeit unter Ruth Fischer. Organisatorischer Leiter der Ortsgruppe Wilmsdorf. Bekanntschaft mit Radek und Bucharin. Kleine Feuilletons u.ä. in der *Roten Fahne*. 1922 Zusammenarbeit mit Willi Münzenberg, der schickt ihn 1923 nach Moskau, erster Aufenthalt von Mai bis Oktober. Beteiligung am Aufbau des russischen Filmwesens. Trotzki als Redner erlebt.

A.E. heute über diese Zeit: „Ich habe das große Glück gehabt zu erleben, daß in Moskau eine Filmwirtschaft, -industrie, -technik und sowas aufgebaut wurde, die zwischen 1924/25 und 1929 an der Spitze des Weltfilms stand. Nicht der amerikanische Film, der natürlich materiell viel stärker war, ... der russische Film war anerkannt als der künstlerisch wichtigste ... Allein das ist etwas gewesen, was mich natürlich bewahrt hat später, als ich kein Kommunist mehr war, gegen die Kommunisten zu wüten. Denn das ist eine so unglaubliche, na, um es mal zu sagen, kulturelle Leistung.“¹

1924 zweiter Aufenthalt in Moskau beim 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Kreml. Zunehmende Skepsis gegenüber den deutschen Kommunisten. Kulturberichte für eine Leningrader Zeitung.

1925 Austritt aus der KPD. A.E. schreibt später über sich: „Eine schmerzhaft Kur: die Begegnung mit einigen großen Oktobermännern heilte ihn vom Glauben an die primitiven Methoden der deutschen KP. Seit 1925 gehörte er niemals mehr einer Partei an. Doch nahm und nimmt er gern (vielleicht zu gern) Partei. Daß er sich dabei meist zwischen alle Stühle setzt,

hält er noch immer für eine gute Position.“²

Ca. sechs Monate in der Dramaturgie der UFA. 1925 Bekanntschaft mit Tucholsky, durch ihn zu S. Jacobsohn, dem Herausgeber und Chefredakteur der *Weltbühne*. A.E. bezeichnet Jacobsohn als seinen Mentor. In der *Weltbühne* findet er seine politische Heimat, arbeitet mit bis zum Verbot 1933. Schreibt auch für die *Literarische Welt* bis 1932. 1927 bzw. 1929 veröffentlicht er seine ersten beiden Bücher *Katzen* und den Roman *Leben einer Prinzessin*.

Seit 1930 publizistische und organisatorische Abwehr des Nationalsozialismus. Erste Rundfunkarbeit.

1933 Verhaftung, KZ Hainewalde bei Bautzen. Nach ein paar Monaten durch Bemühungen des Vaters mit viel Glück entlassen. Im selben Jahr nochmal zwei kurze Verhaftungen. Veröffentlichungsverbot bis 1935. Lebt vom Verkauf seiner angesammelten großen Bibliothek.

1935 zuerst anonyme, seit 1936 erlaubte Mitarbeit an Unterhaltungsfilmreihenbüchern. 1938 bis 1941 Zusammenarbeit mit Willy Forst. Filme: *Bel ami*, *Ich war Sebastian Ott*, *Wiener Blut*.

Über die Jahre des Nationalsozialismus, in denen er nicht publiziert, schreibt er in seinem autobiographischen Roman *Der halbe Weg*: „Ich stand immer beiseite. Ich beobachtete aufmerksam ... Und schließlich im Krieg tat ich noch etwas mehr. Ich vermochte solchen zu helfen, die schlimmer dran waren als ich. Insgesamt befand ich mich in einem endlosen Wartezustand. Dafür hat man die freundliche Bezeichnung „innere Emigration“ erfunden. Sie mißfällt mir, denn da wird ein meist unberechtigter Anspruch auf Aktivität erhoben; etwa von manchen meiner Berufskollegen, die weiter publizierten und ihre Seele zu salviazen meinten, wenn sie hie und da eine zweideutige Floskel einschmuggelten, in der Hoffnung das Publikum würde zwischen den Zeilen lesen. Im Zeitalter der Massenmedien ist indessen diese Fähigkeit verloren gegangen. Ich habe es damit erst gar nicht probiert.“³

1941 Totalsepsis durch die alte Verwundung. Sechs Operationen, mehrere Gelenke entfernt.

1943 im November in Berlin bombenverschüttet, Verlust aller Habe.

1944 einzelne Filmarbeiten, Verhaftung vieler Bekannter. Als Kriegsversehrter wurde er nicht eingezogen, auch nicht zum Volksturm.

1945 nach Holstein, dort im Mai von britischen Stellen geholt, in Hamburg. Aufbau des ersten deutschen Funksenders des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR).

Bis 1949 leitend beim Hamburger Sender. Reisen in alle Besatzungszonen. Prozeßberichte.

Hörspiele und andere Sendungen. A.E. über den Rundfunk: „Rundfunk ist, das Ohr eines einzelnen Menschen erreichen ... Diese ersten vier Jahre habe ich im Rundfunk buchstäblich sagen können, was ich wollte ... wir konnten die Militärregierung angreifen ... wir haben gegen die Taktik des Hamburger Senats polemisiert ... Die Freiheit des Geistes war in den Jahren 1945, 46, 48 sagenhaft und ich hab 'ne Menge Sendungen gemacht, die ich später nie wieder hätte machen können.“⁴

1946 bis 1947 Herausgabe der *Nordwestdeutschen Hefte* mit Peter von Zahn.

1947 vereinzelt Filmarbeit. Teilnahme an der Neubegründung des deutschen PEN, der internationalen Schriftstellervereinigung. Hörspiel *Was wäre, wenn ...*

1949 „kündigt er aus politischen Gründen beim NDR, wieder freier Schriftsteller. Kette neuer Operationen (bis 1963).“

1955 bis 1956 letztes Filmdrehbuch *Stressmann*.

1957 Roman: *Volk ans Gewehr*, und das Buch: *Epochen der Weltliteratur*.

1964 detaillierte Berichterstattung im Rundfunk über den Auschwitzprozess entgegen einer allgemeinen Tendenz, man solle „Gras über das alles wachsen lassen“. Seit damals als freier Mitarbeiter regelmäßig Sonntagskommentare im NDR. Leitung des Nachwuchsstudios beim NDR (zehn Jahre lang, als freier Mitarbeiter). Mitglied in der RFFU und im Schriftstellerverband (VS), Vorläuferorganisationen der IG Medien, 1971 Tätigkeit im Vorstand des VS.

1973 erhält er den Alexander-Zinn-Preis der Hansestadt Hamburg für kritischen Journalismus.

1975 bis 1985 erscheinen noch mehrere Bücher: *Drama der Republik*, Essay zur Neuauflage der *Weltbühne*-Ausgaben bis 1933; *Zornige alte Männer*, A.E. und andere zu Entwicklungen in der BRD; *Der halbe Weg*. Zeitgeschichtliche Sendungen im Fernsehen. In seinen letzten Jahren oft als Zeuge des Jahrhunderts befragt. „Ich habe nicht sehr, aber doch ein wenig Sorge, was werden 75 bis 80 Millionen vereinter Deutscher, oder, sagen wir in dem Fall mal böseartig, Teutonen, in diesem Europa vielleicht innerhalb der nächsten zwanzig Jahre anrichten.“⁵

¹ Westdeutscher Rundfunk, 1.2.91, 20.45 Uhr, West 3

² Hamburger Bibliographie Band 4, Axel Eggebrecht, Verf. Inge Lehmkühl, Zitate aus dem Aufsatz von Robert Neumann. Aus dieser Bibliographie stammen auch die meisten Angaben zum Lebensweg von A.E., die Bibliographie reicht allerdings nur bis 1969, die späteren Angaben sind von mir — lückenhaft — ergänzt.

³ *Der halbe Weg*, Zwischenbilanz einer Epoche, Rowohlt 1975, S. 289

Dokumentiert: Die russische Wirklichkeit

Die russische Wirklichkeit schrieb A. Eggebrecht sein erster Artikel für die *Weltbühne*, schon zuvor 1925 nach seinen Aufenthalten in Moskau. Es war war er aus der KPD ausgetreten.

Ein wenig laut, die Überschrift? Der Leser Jahr um Jahr überschwemmt von den Auslassungen der Berichterstatter, auf den Kopf geschlagen von den vielen Reisebüchern und anderen Dokumenten der Vermittlung, wird meinen, die „russische Wirklichkeit“ in dem oder dem Sinne sei doch hierzulande bekannt genug geworden.

Mir scheinen viele Fragen. Gespräche und dabei laut gewordene Vorstellungen das Gegenteil zu erweisen. Zudem stehe ich der Mehrzahl jener Buch- und Presseberichte skeptisch selbst dann gegenüber, wenn sich ihre Verfasser unweit meiner eigenen Anschauungen bewegen. Hier ist in Wahrheit eine neue Welt, die in ihrer ganzen Neuheit praktisch erlebt werden muß. Muß mir da der Berichterstatter, der dieses Land nur aufgesucht hat, um es zu beschreiben, nicht ein bißchen verdächtig sein? Nur der kann an die Deutung russischer Erscheinungen herangehen, der dort mitgearbeitet hat. Außerdem kann ich den Eindruck nicht loswerden, daß — abgesehen von der politischen Stellungnahme, rein funktionell — jene Berichterstatter alle viel zu sehr aus einem westlich-kritischen Blickpunkt für eine Leserschaft schreiben, die in ihren vier Berliner oder Frankfurter Pfählen verlangt, daß er sich ihren festliegenden, fertigen Begriffen anpasse.

Aus diesen beiden Gründen erklärt sich, daß in Rußland viel zu rasch, zu primitiv und zu oft gewertet wird. Es wimmelt von Beurteilern und Kritikern — die Nichts-als-Reporter und Registratoren fehlen. Möglich, daß es nicht anders sein kann, wenn innerhalb der bestehenden Gesellschaft über die Versuche ihres Todfeindes berichtet wird. Jedenfalls aber klappt bei Journalisten wie Lesern auf diese Weise zwischen Interesse und Urteil eine große Lücke, die mit den tausend kleinen Tatsachen und Beobachtungen des russischen Alltags ausgefüllt sein müßte.

Hier wird dieser Bericht ein wenig nachzuhelfen versuchen. Sein Verfasser gibt sich, das hält er für geboten, zuvor noch als erklärten Freund des Sowjet-Regimes zu erkennen ...

Ein willkürliches Beispiel soll mitten in die überraschende Atmosphäre russischer Öffentlichkeit führen, ein Beispiel, das zugleich beweist, wie entfernt sie von der unsern ist und welchen Mißdeutungen preisgegeben.



„Gerade ein etwas anarchisch fühlender, handelnder, denkender, arbeitender Schriftsteller braucht den Rückhalt einer starken Organisation, damit er so leben und arbeiten kann, wie er will“ — Axel Eggebrecht auf dem 1. Gewerkschaftstag der IG Medien 1989

Man las in allen deutschen Blättern vor einiger Zeit mit geheimem Gruseln: ein großer Teil der Werke Leo Tolstois sei drüben verboten und sogar zum Feuertode verdammt, und dieses Urteil sei durch öffentlichen Richterspruch verkündet worden.

Nun das sieht ungefähr so aus:

An Sonnabendnachmittagen findet vor der Arbeiterschaft der großen Betriebe öfters ein sogenanntes „Propaganda-Gerichtungsverfahren“ statt. Wie mit allen Zweigen des öffentlichen Lebens soll die breite proletarische Masse auch mit der Justiz genau bekannt sein, damit diese wirklich mehr und mehr in der Allgemeinheit Fuß fassen und von da aus beeinflußt werde. In diesen Gerichtssitzungen wird irgendein exemplarischer Fall statuiert: irgendein bekannter Theoretiker oder auch ein Arbeiter übernimmt die Rolle des Angeklagten und wirkliche Staatsanwälte, Verteidiger, ein wirkliches revolutionäres Tribunal verhandeln bis zum Urteilspruch ... Also Alles in Allem: eine volkstümliche Form der Diskussion, die zugleich den praktischen Wert hat, daß die Zuhörer die juristische Praxis ihrer Welt an einem interessanten Objekt erproben. Die Praxis des unverhüllten Klassengerichts, das sich immer, auch in der kleinsten Bestechungsaffäre, zugunsten der kommunistischen Idee offen einsetzt. Und so wurde nun eben auch einmal gegen — Leo Tolstoi verhandelt. Wurden seine Werke durchgesprochen. Wurde seine Bedeutung für die Klassen-

revolution auf bestimmte Seiten seiner Arbeit eingeschränkt. Wurde ein Teil seiner Schriften für unrevolutionär erklärt und höchst feierlich zum — Verbrennungstode verurteilt.

Ich sah sie ganz friedlich mehrere Wochen später in einem Schaufenster der Mochawau ausliegen. Muß aber noch dazu bemerken, daß selbstverständlich der Sowjetstaat das Verbot der Bücher, die er im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung für unbequem hält, mit aller Energie durchführt. Daß es also Gedankenfreiheit nicht gibt und nicht geben soll. Daß diese Zensur nötigenfalls auch vor einem Namen wie Tolstoi nicht Halt machen würde ...

Noch fünf, zehn Jahre ruhige Entwicklung — und die kommunistische Regierung ist endgültig stabilisiert ...

Freilich handelt es sich bei diesem russischen Experiment für uns zunächst nur um ein Stück Weges, das Einer uns vorangeht. Aber es scheint der rechte Weg Oder doch ein besserer als der traurige Holzpfad, den wir immer noch und immer weiter beschreiben.

Wir sollten versuchen, den russischen Weg recht genau kennenzulernen. Nicht das Paradies auf Erden da drüben zu suchen. Vorläufig werden wir das dort auch nicht finden. Wie kämen wir in einer zerstückelten und müden Welt dazu, mit einem Schlag das Paradies zu verlangen?

A. Eggebrecht in der *Weltbühne*, 21. Jhg., Bd. 1, 1925 S. 876

Der Literat als Seismograph

„Der wahre Literat strebt nicht danach, Macht auszuüben oder auch nur entfernt an ihr teilzuhaben. Im Gegenteil, er wird argwöhnisch, wenn Staat, Ordnung, Obrigkeit ihm zustimmen. Er überlegt dann, ob er irgendetwas falsch gemacht hat.“

Auch ich war nicht frei von diesem Argwohn, als ich erfuhr, daß ich diesen Preis bekommen sollte ...

Aber dies muß ich zum Schluß doch noch einmal ganz deutlich herausstellen: Der Literat ist neugierig auf alles, auch auf die Macht: weil er sie beobachten will, kritisieren, warnen, antreiben, vielleicht auch einmal inspirieren. Das ist alles. Damit nimmt er im sozialen Organismus eine nützliche Funktion wahr, die des Seismographen, der empfindlich auf manche leisen Regungen, Bewegungen reagiert, die andere im Drange ihrer Geschäfte überhören.

Kommt es einmal zum Erdbeben, dann wird womöglich der Seismograph dafür verantwortlich gemacht. Ich sage auch das aus Erfahrung: Noch heute kann man die Bezeichnung hören, wir

Literaten hätten, beispielsweise in der *Weltbühne*, die Republik von Weimar unterwühlt — weil wir frühzeitig deren Schäden und Versäumnisse anprangerten. Nun wir müssen es ertragen,

daß unsere Unruhe, unsere Bereitschaft zu Veränderungen bei den Zufriedenen und Satierten Anstoß erregt ...

A. Eggebrecht bei der Verleihung des Alexander-Zinn-Preises 1973

Anzeige

Neuherausgabe aus Anlaß des 50. Jahrestages des Überfalls des Nazi-Faschismus auf die sozialistische Sowjetunion Stalins

Marx • Engels • Lenin • Stalin über den Partisanenkampf

Moskau 1944

ca. 150 Seiten, DM 5,—

Anlaßlich der widerlichen »Preußenfeiern«:

Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum

Moskau 1942

94 Seiten, DM 4,—

(Plus Portokosten) zu bestellen bei:

Buchladen G. Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 6 Frankfurt/Main